

Fach- und Praxisbuch



Demokratiepotenziale im Gemeinwesen

Potenziale
Moderation
Rahmenbedingungen
Rechtsextremismus
Religion
Selbstverständnis
Ressourcen
Methoden
Standorte
Arbeitskreise
Entwicklung
Initiative
Kreativität
Aktionen
Nachdenken
Vernetzungen
Gemeinschaft
Generationen
Motivation
Interessen
Lebenswelten

Impressum:

Herausgeber: Stiftung Demokratische Jugend in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Kontakt:

Stiftung Demokratische Jugend
Grünberger Straße 54
10245 Berlin
www.jugendstiftung.org

Redaktion: Ursula Gaedigk, Ines Große

Satz & Layout: ZEICHEN & GEFUNKEL, Berlin

Fotos: Stefan Preuhs, die Fotos aus der Projektarbeit wurden freundlicherweise von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Projekten zur Verfügung gestellt

Druck: Mercedes Druck Berlin

Das Fach- und Praxisbuch basiert auf der bundesweiten Fachtagung „Demokratiepotenziale im Gemeinwesen“, die die Stiftung Demokratische Jugend in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ vom 9. bis 12. Mai 2006 in Berlin durchgeführt hat.

Diese Publikation wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesmodellprogramms CIVITAS.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Fach- und Praxisbuch

Demokratiepotenziale im Gemeinwesen

Herausgeber:
Stiftung Demokratische Jugend
in Kooperation mit dem
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

*Ingrid-Barbara Simon,
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend*..... 4

Perspektiven entwickeln, Zivilgesellschaft stärken

*Andreas Pautzke, Geschäftsführer
Stiftung Demokratische Jugend* 6

Demokratie braucht Engagement

*Dr. Ansgar Klein,
Geschäftsführer Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement* 8

Integrationspotenziale bürgerschaftlichen Engagements im lokalen Raum

Prof. Dr. Thomas Olk 10

Bürgergesellschaft und Demokratie im kommunalen Raum

PD Dr. Alexander Thumfart 19

DEMOKRATIE FÖRDERN IM GEMEINWESEN

Ein systemischer Ansatz zur Gemeinwesenberatung

Wolfram Hülsemann 27

Gemeinwesenaktivierung in benachteiligten Stadtteilen

Oliver Fehren 30

ENGAGEMENT IM AUFWIND

Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Gemeinwesen

Olaf Ebert, Dr. Karsten Speck 33

ENGAGEMENTFORMEN IN NETZEN UND NISCHEN

Vernetztes bürgerschaftliches Engagement

Dr. Babette Scurrall..... 39

Gesellschaftliche Integration durch Partizipation

Dr. Wolfgang Vorkamp 42

ZUKUNFT ENTLEERTER REGIONEN

Leben und Umgang mit Abwanderung

Susanne Thies 45

Abwanderung von jungen Menschen und die Folgen für die demokratische Entwicklung

Bernd Mones 48

POLITISCHE BILDUNG IM GEMEINWESEN

Besondere Anforderungen an politische Bildung in Ostdeutschland

Martin Ziegenhagen 51

AKTIVIERUNG DES GEMEINWESENS54

*Aktion Zivilcourage Pirna, Organizing Schöneweide,
Augen auf - Netzwerkarbeit in Löbau-Zittau,
Kompetenznetzwerk Nordvorpommern,
Netzwerk Bürgerschaft in Aue*

**STRUKTUREN FÜR ENGAGEMENTFÖRDERUNG
JUNGER MENSCHEN64**

*Szenenwechsel in Halle, ENNO 21 - Jugendnetzwerk
im Kirchenkreis Rostock, Change in - Jugend in
Augsburg engagiert sich, Kinder- und Jugendstadt-
plan Filderstadt*

AUS GESCHICHTE LERNEN72

*Bildungs- und Museumsscheune Linstow,
Jugendliche schreiben Zeitzeugengeschichte,
„Pierwszy Krok - ein erster Schritt“*

**BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT
IM LÄNDLICHEN RAUM78**

*Netzwerk Landkultur, ZwischenRAUM - Netzwerkar-
beit im Saale-Holzland-Kreis, Netzwerk Altenburger
Land, „QUO VADIS“ - Neue Wege in Riesa,
Jugendnetz Fläming, NetzWerkstatt in Wittstock,
Regionales Jugendbüro Ivenack, „per regio“ -
Perspektiven für Bad Doberan, Patchwork Plus -
Netzwerkarbeit in der Oberlausitz, Ideenwerk Halle-
Saalkreis, Netzwerk in Märkisch-Oderland*

DEMOKRATISCH HANDELN LERNEN100

*Netzwerk für Demokratische Kultur in
Potsdam-Mittelmark, Zentrum für Demokratie
Treptow-Köpenick, Peerleader-Training in Nord-
vorpommern, Kinderdorfprojekt in Hütten, Kinder
(er)leben Demokratie*

**MITWIRKUNG MIT WIRKUNG - GESTALTUNGS-
UND BETEILIGUNGSFÖRDERUNG IN JUGEND-
UND LOKALPOLITISCHEN KONTEXTEN**

**Jugendverbände - Experimentierfelder
für die Partizipation von jungen Menschen**
Christian Weis110

**Evangelische Jugend in Ostdeutschland -
Werkstatt der Demokratie?**
Florian Dallmann113

**Chancen zivilgesellschaftlichen Engagements
bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextre-
mismus auf kommunaler Ebene**
Markus Ulbig118

ANHANG

Weiterführende Literatur120
Modelle, Methoden und Verfahren122
Autor/-innenverzeichnis125

Vorwort

Lebendige Verantwortungsgemeinschaften in Städten und Gemeinden bieten den Menschen die nachhaltigste Perspektive für eine lebenswerte Zukunft in ihren Kommunen. Deshalb gilt es in einer demokratischen Gesellschaft immer wieder, Gestaltungsbeteiligung im lokalen und regionalen Nahraum zu stärken und die vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten transparent zu machen.

Ein aktives Gemeinwesen, das Demokratie und Toleranz stärkt, entsteht vor allem durch bürgerschaftliches Engagement. Das vorliegende Fach- und Praxisbuch über „Demokratiepotenziale im Gemeinwesen“ trägt dazu bei, das Wissen um vielfältige Ansätze der Engagementförderung für den Aufbau starker demokratischer Strukturen im Gemeinwesen zu nutzen. Es basiert auf der bundesweiten Fachtagung, die die Stiftung Demokratische Jugend in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) im Rahmen des Bundesaktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ durchgeführt hat. Akteure, die auf vielfältige Weise unsere demokratische Gesellschaft mitgestalten, diskutierten auf der Fachtagung die Erfahrungen aus dem Bundesaktionsprogramm und seinen drei Teilprogrammen CIVITAS, entimon und Xenos.

Im Rahmen des Bundesaktionsprogramms und seiner Teilprogramme wurden seit 2001 bundesweit



rund 4.500 Projekte, Initiativen, lokale und regionale Netzwerke zur Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens gefördert. Mit dieser Programmausrichtung und der damit verbundenen Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements sind neue, modellhafte Wege beschritten worden, den antidemokratischen und fremdenfeindlichen Tendenzen in unserem Land entgegen zu wirken. Die Förderpraxis hat zu einer breiten Vernetzung zwischen Projektträgern, kommunalen Verantwortungsträgern und Akteuren vor Ort angeregt.

Das gemeinsame Ziel aller bisher geförderten Projekte bestand darin, demokratisches, tolerantes

Verhalten und ziviles Engagement insbesondere bei jungen Menschen zu stärken sowie Toleranz und Weltoffenheit zu fördern.

Demokratie und Toleranz sind Grundlagen unserer Gesellschaft. Grundlagen, die zu unserem Selbstverständnis gehören und die wir immer wieder lebendig gestalten müssen. Dabei gilt es, sich den aktuellen Herausforderungen wie den sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen der Menschen, dem demografischen Wandel und einem sich zunehmend bürger-nah gebenden Rechtsextremismus zu stellen. Immer wieder zeigen uns Meldungen über fremdenfeindliche oder antisemitisch motivierte Gewalttaten, wie nötig ein entschiedenes Auftreten von Bürgerinnen und Bürgern ist: gegen Gleichgültigkeit, gegen rechtsextremes und rassistisches Gedankengut und für ein menschenrechtsorientiertes und gleichberechtigtes Miteinander. Das erfordert die aktive Beteiligung aller Menschen im Gemeinwesen.

Das hier vorgelegte Fach- und Praxisbuch zeigt ein breites Spektrum demokratiefördernder Pro-

jekte in Initiativen, Vereinen, Verbänden, Schulen, Gewerkschaften oder Religionsgemeinschaften, die vielfältige Engagementformen in unterschiedlichen Regionen etabliert haben. Viele Menschen möchten sich aktiv und verantwortungsvoll an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen in ihrem Lebensumfeld beteiligen. Das Buch regt zum Nachdenken darüber an, wie das Vertrauen dieser Menschen in ihre eigenen Potenziale gestärkt werden kann und wie Engagementformen und Beteiligungsstrukturen für Jung und Alt besser als bisher ermöglicht werden können.

Ich hoffe, dass das in diesem Buch gesammelte Fach- und Erfahrungswissen professionell mit dem Thema Befassten ebenso nutzt wie interessierten Bürgerinnen und Bürgern und so einen Beitrag für ein aktives Gemeinwesen leistet.

Ingrid-Barbara Simon
**Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

Perspektiven entwickeln, Zivilgesellschaft stärken

Demokratische Institutionen sind schnell am Ende, wenn Menschen sie nicht mit Leben füllen und demokratisch handeln. Die Stiftung Demokratische Jugend und ihr Kooperationspartner, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, unterstützen deshalb engagierte Bürgerinnen und Bürger, die ihr Gemeinwesen demokratisch gestalten. Das vorliegende Fach- und Praxisbuch „Demokratiepotenziale im Gemeinwesen“ will Diskussionen anregen über Möglichkeiten und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements beim Aufbau demokratischer Strukturen in lokalen Zusammenhängen. So sollen Kräfte gebündelt werden für eine starke demokratische Kultur, ein lebendiges bürgerschaftliches Engagement und gegen rechtsextreme Tendenzen.

Die Stiftung Demokratische Jugend sieht ihre Schwerpunktaufgabe in der Entwicklung von Perspektiven für junge Menschen in Kommunen und Regionen der neuen Bundesländer. Von entscheidender Bedeutung für die Orientierung junger Menschen ist ihr konkretes Lebensumfeld, also der Ort und die Region, in der sie aufwachsen. Die Stiftung Demokratische Jugend unterstützt deshalb die Entwicklung lokal integrierter Handlungsstrategien, um lokale und regionale Potenziale zu erschließen. Viele Kommunen müssen sich erst für freiwilliges / bürgerschaftliches Engagement junger Menschen öffnen und ihnen



entsprechende Teilhabechancen im Gemeinwesen ermöglichen. Junge Menschen brauchen besondere Unterstützung, um sich aktiv und verantwortungsvoll an Gestaltungsprozessen in ihrem Lebensumfeld zu beteiligen. Viele rechnen gar nicht damit, dass ihr Engagement willkommen ist und müssen erst motiviert und ermutigt werden, sich aktiv einzubringen. Der Einsatz für die Mitgestaltung junger Menschen lohnt sich, denn ihr Demokratiebewusstsein hängt wesentlich davon ab, welche Erfahrungen sie mit Teilhabe und Partizipation, Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit machen konnten.

Die Praxis des Engagements ist vielfältig, das zeigt der umfangreiche Praxisteil in diesem Buch. Engagierte Akteure berichten eindrucksvoll von ihren unmittelbaren Erfahrungen und geben einen Einblick in unterschiedliche Projektansätze auf lokaler Ebene. Wissenschaftliche Diskurse über gesellschaftliche Entwicklungen und damit zusammenhängende Fragen der Demokratie- und Engagementförderung beleuchten Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachrichtungen und mit verschiedenen Erfahrungshintergründen. Fach- und Praxisexperten kommentieren den Diskurs, indem sie den gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch von Kindern und Jugendlichen aus Sicht der Jugendverbände darlegen. Ein Kommunalpolitiker hebt in seinem Beitrag die Bedeutung

bürgergesellschaftlichen Handelns in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus hervor. Denn die zukunftsorientierte Herausforderung, „Demokratiepotenziale im Gemeinwesen zu stärken“, erfordert einen breit angelegten Austausch zwischen dem Erfahrungswissen der Engagierten vor Ort, wissenschaftlicher Fachkompetenz und politischen Verantwortungsträgern. Ich wünsche mir, dass das vorliegende Fach- und Praxisbuch diesem Anspruch gerecht wird und Ihnen auf vielfältige Weise Anregungen für Ihre eigene Arbeit vermittelt.

Andreas Pautzke
Geschäftsführer der
Stiftung Demokratische Jugend

Demokratie braucht Engagement

Wie kann die auf das bürgerschaftliche Engagement bezogene Arbeit für gute Rahmenbedingungen, für die Stärkung von Gestaltungsspielräumen und für die Stärkung gesellschaftlicher wie politischer Beteiligung mit der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt verknüpft werden? Die Bereiche Demokratieentwicklung und Engagementförderung gehören inhaltlich und fachlich eng zusammen und sollten zukünftig sehr viel stärker miteinander verzahnt werden. Dieses Fach- und Praxisbuch leistet dazu einen Beitrag und beleuchtet Demokratie- und Engagementpotenziale im Gemeinwesen aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement setzt sich dafür ein, bestmögliche Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Engagement leistet einen großen Beitrag zur sozialen und politischen Integration, kann Ausgrenzung verhindern und zur Gewaltprävention beitragen. Doch Engagement gibt es auch im Bereich der Rechtsextremen. Daher muss die Agenda der Engagementförderung künftig demokratiepolitische Aufgaben sehr viel stärker integrieren. Es gilt, solche Akteure zu schwächen und normativ gesetzte Verhaltensstandards der Zivilgesellschaft - wie Gewaltfreiheit, Toleranz und die Regeln gleichberechtigten Miteinanders - auszuweiten.



Der kommunale Raum hat dabei besondere Bedeutung. Nur wenn in den Kommunen Beteiligung und Demokratie praktisch gelebt werden, wenn hier eine lebendige Zivilgesellschaft existiert, kann sich die Zivilgesellschaft auch nachhaltig gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus wehren.

Engagement haben wir in Ost und West mit der Bürgerbewegung zum Ende der DDR eindrucksvoll erfahren können. Doch Engagement ist nicht nur eine punktuelle Angelegenheit für außerordentliche Situationen. Engagement geschieht alltäglich und wirkt alltäglich. Es wird in seiner gesellschafts-

politischen Gestaltungskraft oftmals noch stark unterschätzt.

Engagementförderung muss im engen Kontakt mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelt werden. In Ostdeutschland ist das besonders schwierig, weil es nur wenige Organisationen wie die Stiftung Demokratische Jugend gibt, die ihren Schwerpunkt auf die neuen Bundesländer legen. Die meisten Verbände haben sich von West nach Ost entwickelt und verfügen in Ostdeutschland noch immer über schwächere Organisationsbindungen. Viele Organisationen sprechen die spezifischen Interessen ihrer ostdeutschen Mitglieder häufig immer noch nur ungenügend an. In Ost- wie Westdeutschland braucht Engagement aber Organisationen, die vor allem im kommunalen Raum sichtbar sind und als Anlaufstelle, als Moderator, als Unterstützer am Aufbau von Beteiligungskulturen mitarbeiten. Wenn eine solche

Organisationskultur auch von den jeweiligen Organisationsspitzen unterstützt wird, ist viel gewonnen.

Das vorliegende Buch stellt wertvolle Praxisprojekte vor, die auf unterschiedlichste Weise Beteiligung erfolgreich ausgeweitet haben, die durch Engagement Integrationseffekte erzielen, die Organisationskulturen entwickeln und so die demokratische Gestaltung des kommunalen Raums durch Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

Für die notwendige Debatte um Demokratiepoteziale im Gemeinwesen ist dieses Buch ein wichtiges Forum. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern, dass es Ihre tägliche Praxis bereichert.

Dr. Ansgar Klein

Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes
Bürgerhaftliches Engagement

Integrationspotenziale bürgerschaftlichen Engagements im lokalen Raum

Prof. Dr. Thomas Olk

Einleitung

In Öffentlichkeit und Politik haben Konzepte und Leitbilder wie bürgerschaftliches Engagement, Zivil- bzw. Bürgergesellschaft und Sozialkapital in den letzten Jahren einen erheblichen Bedeutungsaufschwung erlebt. Ob es sich um Programme zur Revitalisierung von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (Bund-Länder-Programm „Die soziale Stadt“, E&C usw.), um Strategien zur Integration von Migrantinnen und Migranten, um Netzwerke und Aktivitäten gegen (Rechts-)Extremismus, Gewalt und Intoleranz oder um Programme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien (Lokale Bündnisse für Familie) geht, immer spielen zivilgesellschaftliche Ressourcen, bürgerschaftliches Engagement und Bürgeraktivierung eine prominente Rolle. Überall dort, wo die Problemlösungspotenziale von Markt und Staat nicht hinreichen oder sogar versagen, richten sich die Hoffnungen und Erwartungen immer öfter an die Ressource „Zivilgesellschaft“. Solche hochgesteckten Hoffnungen und Erwartungen produzieren Klärungsbedarf. Die entscheidende Frage lautet: Können zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationsformen, also Stiftungen, freiwillige Vereinigungen, Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement diese hohen Erwartungen erfüllen? Worin bestehen die spezifischen Leistungspotenziale von bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft und Sozialkapital, wo

sind ihre Grenzen und auf welche Art und Weise und durch wen können diese spezifischen Kräfte und Ressourcen gestärkt werden? Die Klärung solcher Fragen ist von erheblicher politisch-strategischer Bedeutung, denn wenn es nicht gelingt, die Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Handlungsformen auszuloten, dann droht die Gefahr der Überlastung und Überforderung und die systematische Produktion von Enttäuschungen.

Worum geht es? Was ist das Problem?

Um die Problemlösungspotenziale zivilgesellschaftlicher Kräfte ausloten zu können, ist es zunächst erforderlich, die Probleme, die es zu lösen gilt, zu definieren. In dieser Hinsicht kann festgestellt werden: Das gesellschaftliche Leben in den Städten und Landkreisen - also auf der lokalen bzw. regionalen Ebene - ist in den letzten Jahrzehnten zweifellos bunter geworden. Gesellschaftliche Individualisierungsprozesse haben zur Erosion gewachsener Sozialmilieus und zur Herausbildung einer Vielfalt von Lebensstilen und Wertorientierungen beigetragen. Wanderungsbewegungen führen zugleich zu einer wachsenden Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in der deutschen Wohnbevölkerung, und der Strukturwandel familialer Lebensformen sowie die demografische Alterung der Bevölkerung tun ein Übriges, um die relativen Anteile und qualitativen Beziehungen



zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Alters- und Generationsgruppen nachhaltig zu verändern. Allerdings: Diese Vielfalt und Vielgestaltigkeit signalisieren nicht lediglich Buntheit und neue Wahlmöglichkeiten, wie es die Individualisierungstheoretiker der 1980er Jahre suggerieren wollten, sondern sie verweisen auch auf die Verschärfung neuer (und alter) sozialer Ungleichheiten - auf Polarisierungs- und Spaltungsprozesse in modernen Gegenwartsgesellschaften. Hinter der Buntheit und Vielgestaltigkeit einer individualisierten, durch eine Vielzahl von Ethnien geprägten Gesellschaft lauert die Gefahr der Erosion des sozialen Zusammenhalts, wächst die Wahrscheinlichkeit der Ausgrenzung von Andersartigkeit, von gewaltgeprägten Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen und der Herausbildung von Parallelgesellschaften. Die gesellschaftlichen Prozesse, die hiermit angesprochen sind, werden in den politischen wie sozialwissenschaftlichen Debatten als „Exklusion“ bzw. als Herausbildung einer „sozialen Unterklasse“ diskutiert. Umbrüche in der Erwerbsarbeit bzw. auf dem Arbeitsmarkt, die Schwächung traditioneller Milieubindungen und die abnehmende Fähigkeit

des Sozialstaates zum sozialen Ausgleich werden dafür verantwortlich gemacht, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und sich auf diese Weise soziale Gruppen herausbilden, die von der Mehrheitsgesellschaft mehr und mehr ausgeschlossen werden. Kennzeichnend für die gesellschaftliche Lage dieser „neuen Unterklasse“ - bzw. wie es in der aktuellen Debatte um eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt: „sozialen Unterschicht“ - ist die Kombination einer marginalen ökonomischen Position mit dem Verlust unterstützender sozialer Netzwerke. Materielle Deprivation und soziale Desintegration treten hier also Hand in Hand auf.

Das Neue an dieser Sichtweise auf Armut, Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung ist die Erkenntnis, dass die gegenwärtig zu beobachtenden Prozesse der Polarisierung und Exklusion nicht auf den Aspekt der ökonomischen Marginalisierung beschränkt sind. Vielmehr werden gesellschaftliche Zugehörigkeit und Teilhabe auf mehreren Ebenen zugleich in Frage gestellt: auf der Ebene des Zugangs zu materiellen Ressourcen, auf der Ebene des Zugangs zu sozialen Netzwerken und ihrer unterstützenden Ressourcen sowie auf der Ebene des Zugangs zu gesellschaftlichen Teilbereichen und Institutionen wie etwa Gesundheit, sozialstaatliche Dienste und Leistungen, freiwillige Assoziationen der Zivilgesellschaft (Vereine, Stiftungen, Parteien etc.) und informelle Netzwerke. Solche Formen der Exklusion haben auch eine sozialräumliche Dimension: Es bilden sich Stadtteile mit hohen Anteilen an Armen und Arbeitslosen in den Städten heraus. Im Zuge solcher sozialräumlicher Konzentrationsprozesse kann auch eine zusätzliche Benachteiligung durch das Quartier entstehen - aus benachteiligten Quartieren werden benachteiligende Quartiere, weil die Bewohner über schlechte institutionelle Teilhabemöglichkeiten vor Ort verfügen. Die Quali-

Neue Formen sozialer Exklusion verbinden ökonomische Marginalisierung mit sozialer Desintegration.

tät der Wohnungen und des Wohnumfeldes sinkt, und vor allem die Anwohner werden nur noch auf soziale Netze „von ihresgleichen“ zurückgeworfen. Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die Problemkonstellation, über die hier geredet wird, ist ganz offensichtlich dadurch gekennzeichnet, dass die Spaltung und Polarisierung hinsichtlich der materiellen Lebenschancen mit sozialen Desintegrationsprozessen gerade auf lokaler und regionaler Ebene verbunden sind. Es besteht die Gefahr der Erosion des sozialen Zusammenhalts, der Ausgrenzung von Andersartigkeit, der Entstehung fremdenfeindlicher und gewaltbereiter Orientierungen und der Eskalation von Konflikten zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppierungen, die in spezifischen regionalen Lebenszusammenhängen aufeinander stoßen. In dem Maße, wie die Angst vor ökonomischem Abstieg, vor einer materiellen Verschlechterung der eigenen Situation und Arbeitslosigkeit bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht, entstehen aus dem Kern der Mehrheitsgesellschaft Neigungen zur kulturellen Abgrenzung gegenüber Andersartigen und zur aggressiven Ausgrenzung schwacher Gruppen. Materielle Verteilungskonflikte werden mehr und mehr mit kulturellen Anerkennungskonflikten verstrickt. Zugleich schlägt die hierarchische Anordnung der Lebenslagen nach dem Schema „oben-unten“ in eine Differenzierung von „innen-außen“ um: Die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft und die Träger von Privilegien verteidigen ihre relativ bevorzugte Position, indem sie vermeintlich andersartige, abweichende und schwache Gruppen an den Rand der Gesellschaft drängen und ihnen damit Teilhabechancen verweigern.

Eine solche Diagnose wirft natürlich die Frage nach den Integrationschancen durch zivilgesellschaftliche Akteure und Handlungsformen auf. Was kann die Zivilgesellschaft, was können bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital dazu

beitragen, um solche Prozesse der Polarisierung und Desintegration abzumildern bzw. gar umzukehren? Folgt man der Diagnose der Entstehung neuer Formen von Exklusion, dann kommt es bei ihrer Bekämpfung offensichtlich auf dreierlei an:

1. auf die Schaffung von Zugangschancen zu materiellen Ressourcen,
2. auf die Einräumung von Teilhabe- und Mitbestimmungschancen in gesellschaftlichen Teilbereichen und Institutionen sowie
3. auf die Schaffung von Zugängen zu sozialen Assoziationsformen und Beziehungsnetzwerken - und zwar von Netzwerken, die nicht ausschließlich aus den Benachteiligten bzw. Ausgegrenzten selbst bestehen.

Die Umverteilung materieller Ressourcen kann durch zivilgesellschaftliche Akteure und Handlungsformen allenfalls indirekt beeinflusst werden. Hier liegt nach wie vor eine zentrale Aufgabe und Verantwortlichkeit bei Markt und (Sozial-)Staat. Andererseits scheint klar zu sein, dass das Problem der Entstehung neuer Formen der Ausgrenzung und der Herausbildung einer sozialen Unterklasse durch die Zuteilung von Einkommen allein nicht zu bewältigen sein wird. Hier geht es auch um Anerkennung und Teilhabe, also um die Einbindung benachteiligter und ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen in soziale Beziehungsnetzwerke und um Teilhabechancen in gesellschaftlichen Teilbereichen und Institutionen.

Was verstehen wir unter Zivilgesellschaft, und welche Ressourcen können wir hier finden?

Um diese Frage beantworten zu können, muss geklärt werden, was als Zivilgesellschaft verstanden werden soll. Dieses Vorhaben ist nicht einfach, da

die konzeptionellen Verständnisse von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in der einschlägigen Diskussion keineswegs deckungsgleich sind und in dieser Hinsicht kein Konsens besteht. Einigkeit besteht allenfalls dahingehend, dass mit dem Konzept der Zivilgesellschaft Akteure und Handlungsformen angesprochen sind, die zwischen bzw. jenseits von Staat, Markt und der privaten Sphäre von Familienhaushalten angesiedelt sind. Danach besteht der institutionelle Kern der Zivilgesellschaft aus einem breiten Spektrum von freiwilligen Non-Profit-Organisationen und gemeinwohlorientierten Zusammenschlüssen, Vereinigungen, Initiativen und Organisationsformen. Ob allerdings Zivilgesellschaft ein empirisch beobachtbares Realphänomen oder aber ein normatives Ideal darstellt bzw. ob Zivilgesellschaft als ein fest umrissener Sektor, fein säuberlich abgegrenzt gegenüber Markt einerseits und Staat andererseits oder aber eher als eine zivilgesellschaftliche Handlungslogik zu verstehen wäre, die auch sektorübergreifend wirksam werden kann, dies sind strittige und ungeklärte Fragen.

Feststellen kann man aber, dass das Konzept der Zivilgesellschaft seit den frühen 1980er Jahren auch in Deutschland einen erheblichen Bedeutungsaufschwung erlebt hat. Es wurde zum Schlüsselbegriff antidiktatorischer Kritik in Ost-Mitteleuropa sowie in Lateinamerika und Südafrika und wird inzwischen in verschiedenen politischen Milieus von der politischen Mitte bis zum linken Rand des Spektrums mit überwiegend positiver Konnotation verwendet. Ich teile die Auffassung, dass es sinnvoll ist, das Konzept der Zivilgesellschaft sowohl in seiner deskriptiv-analytischen als auch in seiner normativ-präskriptiven Bedeutungskomponente ernst zu nehmen. Es verknüpft also stets die Repräsentation realer Phänomene und Handlungsformen mit einer (utopischen) Kritik des Bestehenden. Dieser kritische Reflex bezieht sich - ausgehend von der

Betonung gesellschaftlicher Selbstorganisation und individueller Eigenverantwortung - sowohl gegen bestimmte Ausformungen staatlichen Handelns als auch gegen bestimmte Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, ohne generell mit Markt und Staat unvereinbar zu sein.

Darüber hinaus gilt: Vor einem allzu glatten Verständnis von Zivilgesellschaft als einer guten, friedlichen und solidarischen Gesellschaft ist zu warnen. Auch Zivilgesellschaft ist durch Macht- und Interessengegensätze, durch Streit und Konflikte geprägt. Es ist daher ratsam, zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Organisationsformen in empirischer Absicht zu untersuchen. Betrachtet man Zivilgesellschaft nicht als Ideal sondern als im Ansatz bestehende Wirklichkeit, so kommen ihre Unvollkommenheit, ihre Fragilität, ihre Dissonanzen und Ambivalenzen in den Blick. Es ist daher auch fragwürdig, ganze Gesellschaften als Zivilgesellschaften zu charakterisieren.

Legt man romantisierende und harmonisierende Vorstellungen von Zivilgesellschaft beiseite, dann bietet die reale Verfasstheit der Zivilgesellschaft hier und heute ein widersprüchliches, zerrissenes Bild: Auf der einen Seite finden wir eine Vielzahl von Anzeichen für ein Aufblühen der „good civil society“ - etwa angezeigt durch den hohen Anteil von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in irgendeinem Bereich und in irgendeiner Form bürgerschaftlich engagieren, aber auch in der hohen Anzahl von etwa 350.000 bis 400.000 Vereinen, deren Anzahl sich seit den 1960er Jahren mehr als verdreifacht hat und den ca. 12.500 Stiftungen. Ferner hat sich mit den Bürgerstiftungen eine neue und innovative Organisationsform herausgebildet, die sich quantitativ dynamisch entwickelt und eine neue Qualität des Stiftungswesens repräsentiert. Zur „good civil society“ gehören ferner auch solche privatgewerblichen Unternehmungen, die unter dem Leitbild „corporate citizenship“ nicht ausschließlich als interessenrationale

In der realen Zivilgesellschaft findet sich Rechtsextremismus ebenso wie wachsendes bürgerschaftliches Engagement.

Wirtschaftsakteure sondern auch als „gute Unternehmensbürger“ gemeinwohlorientiert handeln. Auf der anderen Seite finden wir aber ebenso das hässliche Gesicht der „bad civil society“: Auf dieser Schattenseite der Zivilgesellschaft finden wir die ebenfalls zunehmende Anzahl von rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen rechten Kameradschaften, die korrupten Netzwerke von Vorteilsnehmern in Politik und Verwaltung sowie die wachsende Anzahl solcher aggressiver „Bürgerinitiativen“, die sich z.B. in ihrem Kampf gegen die Einrichtung eines Spiel- oder Sportplatzes oder eines Alten- bzw. Behindertenheims in der Nachbarschaft allein auf die Verfolgung von Partikularinteressen kaprizieren. Zivile und unzivile Formen sozialen Kapitals gehen also in real verfassten Zivilgesellschaften durchaus Hand in Hand. Die „gute“ und die „schlechte“ Zivilgesellschaft sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, worin denn der produktive Beitrag von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement bei der Bekämpfung von Desintegration und der Stärkung von Integration im lokalen Gemeinwesen bestehen könnte. Nach dem bisher Gesagten könnte sich der Eindruck verfestigen, dass zumindest die „real existierende Zivilgesellschaft“ weniger eine mögliche Lösung als vielmehr ein Teil des Problems ist. Um die hiermit angesprochenen Fragestellungen beantworten zu können, ist es ganz offensichtlich erforderlich, die konzeptionelle und empirische Ebene „realer Zivilgesellschaft“ zu verlassen und uns mit den normativ-präskriptiven Bedeutungskomponenten des Konzepts Zivilgesellschaft zu beschäftigen. In dieser Hinsicht kann zunächst einmal festgestellt werden, dass es problematisch wäre, einen bestimmten, fest umgrenzten Sektor der Gesellschaft schlicht und einfach mit Zivilgesellschaft in

eins zu setzen. Gegenüber einem solchen Verständnis wäre es angemessener, Zivilgesellschaft sowie zivilgesellschaftliche Handlungsformen als ein Set von Handlungspraktiken, Orientierungen und Aktivitäten zu verstehen, die wir als „zivil“ bzw. „zivilgesellschaftlich“ qualifizieren können. Zivilgesellschaftliches Handeln ist etwa dadurch gekennzeichnet, dass individuelle Selbstständigkeit und gesellschaftliche Selbstorganisation betont werden, dass Konflikte keineswegs unterdrückt und tot geschwiegen, sondern vielmehr öffentlich mit der Orientierung an Kompromiss und Verständigung ausgetragen werden, dass Pluralität, Differenz und Spannungen zwischen Interessen und Gruppen anerkannt, dass Handlungsstrategien gewaltfrei und in Anerkennung des Anderen ausgestaltet sind, und dass bei jeglichem Handeln nicht nur die eigenen Erfahrungen und Interessen, sondern immer auch das allgemeine Wohl eine Rolle spielen. Im Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ werden darüber hinaus Handlungsorientierungen wie Solidarität, Gemeinsinn, Kooperationsbereitschaft und Verantwortungsübernahme genannt. Dieser spezifische Typus sozialen Handelns entsteht nun insbesondere in einem sozialen Raum, der in modernen Gesellschaften zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre zu lokalisieren ist und der durch Organisationsformen wie Vereine, freiwillige Zusammenschlüsse, soziale Bewegungen und Non-Profit-Organisationen repräsentiert wird.

Allerdings sind diese zivilgesellschaftlichen Handlungsorientierungen in ihrer Geltung keineswegs auf diesen Zwischenbereich beschränkt. Ebenso wie die Handlungslogik des Marktes und die Handlungslogik des Staates in den Raum der Zivilgesellschaft eindringen können, so können auch zivilgesellschaftliche Handlungslogiken und Or-

Normativ bezeichnet Zivilgesellschaft u.a. gemeinwohlorientierte, gewaltfreie, solidarische Handlungspraktiken und Einstellungen.

ganisationsformen im Bereich von Markt und Staat Fuß fassen und damit sowohl das Handeln von privatwirtschaftlichen Unternehmungen als auch das Agieren staatlicher Politik „zivilisieren“. Hier wird deutlich, warum „Zivilgesellschaft“ bzw. „zivilgesellschaftliche Handlungslogik“ immer auch ein kontrafaktisches Spannungsmoment realer Gesellschaften darstellt und damit ein utopisches Moment enthält. Zivilgesellschaftliche Handlungs- und Organisationsformen kommen in real verfassten Gesellschaften immer nur in gradueller Form vor: Sie müssen sich gegen gegenläufige Tendenzen und Strukturelemente - also sowohl gegen unzivile Formen des Handelns als auch gegen markt- und staatsförmige Handlungslogiken - behaupten und durchsetzen und gehen darüber hinaus stets auf Neue Kombinationen mit diesen anderen Handlungslogiken und Organisationsformen ein.

Aus diesem Konzept von Zivilgesellschaft ergibt sich auch ein spezifisches Verständnis des freiwilligen und unentgeltlichen Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Anstatt diese Formen des Engagements als beliebigen Ausdruck einer individuellen Entscheidung bzw. eines spezifischen Lebensstils oder aber im traditionellen Sinne ausschließlich als Ehrenamt zu verstehen, signalisiert der Begriff Bürgerschaftliches Engagement, dass bei diesen Formen der Verantwortungsübernahme und des Sich-Einbringens die Menschen in ihrer Rolle als Bürger - also als Mitglieder einer politischen Gemeinschaft - handeln. Bürgerinnen und Bürger übernehmen Verantwortung für die Geschicke ihres Gemeinwesens und füllen damit ihre Bürgerrolle selbstbewusst und eigenverantwortlich aus. Stärkung der Zivilgesellschaft würde dann bedeuten, dass die Bürgerinnen und Bürger in verstärktem Maße Verantwortungsrollen übernehmen und bürgerschaftliches Engagement ein Bestandteil des „normalen“ Funktionierens poli-

tischer und sozialer Institutionen und „normaler“ Alltagspraktiken würde. Bürgerschaftliches Engagement finden wir dann nicht mehr nur in bestimmten hierfür vermeintlich prädestinierten Bereichen und Nischen, sondern vielmehr prinzipiell als ein zentrales und integrales Element sämtlicher gesellschaftlicher Handlungsbereiche und des lokalen Gemeinwesens. Bürgerschaftliches Engagement ist - so verstanden - eine Handlungsform mit „zivilgesellschaftlichem Eigensinn“, die in prinzipiell allen Bereichen der Gesellschaft und in den unterschiedlichsten Formen (vom sozialen Engagement bis zur Mitwirkung in sozialen Bewegungen und zur Zivilcourage) zum Ausdruck kommt. Dabei ist es keineswegs auf politisches Engagement im engeren Sinne beschränkt, sondern umfasst auch solche „vorpolitischen“ Formen des Engagements, in denen die Bürgerinnen und Bürger in Freizeit- und Sportvereinen, in Formen der Geselligkeit etc. gemeinschaftliche Beziehungsformen mit Leben erfüllen, in denen zivilgesellschaftliche Tugenden wie Gemeinsinn, Kooperationsbereitschaft und Interesse am Gemeinwesen gefördert und bestärkt werden.

Wie aber könnten solche zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Organisationsformen zur sozialen Integration der Gesellschaft beitragen? Die Antwort ist klar: Die Stärken und Integrationswirkungen zivilgesellschaftlicher Netzwerke können umso eher zur Entfaltung kommen, je besser es gelingt, soziale Netzwerke und freiwillige Zusammenschlüsse zu etablieren, die Bevölkerungsgruppen umfassen, die sich im Hinblick auf soziale Herkunft, ökonomische Lage, Lebensstil, Alter etc. gerade nicht ähneln, sondern vielmehr höchst unähnlich sind. Robert D. Putnam bezeichnet diese Form der sozialen Beziehungen als „überbrückendes“ soziales Kapital, das er vom „bindenden“ sozialen Kapital unterscheidet. Danach ist das soziale Kapital eines

Zivilgesellschaft trägt zur sozialen Integration bei, wenn sie unterschiedliche soziale Kontexte überbrückt.

Wohnquartiers bzw. eines lokalen Gemeinwesens umso größer, je mehr Beziehungsnetzwerke existieren, die Menschen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten umspannen. Für solche Formen des „überbrückenden“ sozialen Kapitals gibt es viele Beispiele:

- **Jung und Alt:** In Reaktion auf die demografischen Verschiebungen im Altersaufbau und die soziale Segregation der Altersgruppen haben sich inzwischen tausende von Projekten und Netzwerken gebildet, in denen alte Menschen für junge, junge Menschen für alte oder junge und alte Menschen gemeinsam etwas tun. Gerade in diesem Bereich zeigt sich eindrucksvoll, dass es die Zivilgesellschaft ist, in der sich die Angehörigen unterschiedlicher Generationen jenseits der Familie überhaupt noch zu kooperativem Handeln zusammenfinden. Damit erweist sich die Zivilgesellschaft als ein zentraler Faktor hinsichtlich des generationalen Zusammenhalts moderner Gesellschaften.
- **Deutsche und Ausländer:** Auch im Bereich der Migration gibt es ermutigende Ansätze für integrative Netzwerke und Organisationsformen. Zunächst einmal ist die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Organisationsformen ein wichtiger Motor für die Einfädelung in die Ankunftsgesellschaft. Viele erfolgreiche Initiativen und Zusammenschlüsse von Migrantinnen und Migranten zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement den Aufbau von Kontakten und Beziehungsnetzen zu Angehörigen anderer Ethnien erleichtert. Wichtig ist dabei die Anerkennung des Sachverhalts, dass Migrantinnen und Migranten ein legitimes Interesse an der Lösung ihrer vordringlichen Lebensprobleme (Arbeits-

platzsuche, Unterstützung bei Behördenkontakten etc.) haben und aufgrund ihrer eigenen kulturellen Orientierungen und Erfahrungen spezifische Wege des Engagements gehen. Umso erstaunlicher ist, dass die meisten Migrantennetzwerke keineswegs ethnisch homogene, sondern ethnisch und sozial höchst heterogene Gebilde sind. Auch hier gilt also: Eine Gesellschaft, in der viele Ethnien zusammenleben (müssen), bedarf einer lebendigen Zivilgesellschaft, um soziale Integration sicherzustellen.

- **Benachteiligte und Privilegierte:** Viele Projekte und Handlungsansätze in benachteiligten Wohnquartieren und Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf zeigen, dass die Aktivierung unterschiedlicher Bewohnergruppen zu neuen Koalitionsbildungen und Bündnissen führen kann, die gruppenübergreifend angelegt sind und neue Solidaritätspotenziale im Stadtteil bewirken. Aber gerade an diesen Netzwerken zeigt sich auch, dass hierzu oft externe Hilfe erforderlich ist und benachteiligte Bevölkerungsgruppen Ermutigung und Unterstützung in ihrem Engagement benötigen.

Begünstigende Rahmenbedingungen für eine vitale Zivilgesellschaft

Die zuletzt genannten Beispiele weisen bereits darauf hin, dass die Zivilgesellschaft zwar auf Selbstorganisation und Selbstermächtigung aufbaut, aber aufs Ganze gesehen kein deus ex machina darstellt, der sich aus sich selbst heraus stets neu reproduziert. Auch und gerade die Zivilgesellschaft ist eine fragile Handlungspraxis. Sie ist von „entgegenkommenden Strukturen“ und begünstigenden Rahmenbedingungen abhängig. Dies gilt zunächst

einmal in Bezug auf die Gesamtgesellschaft: Der Zustand einer Zivilgesellschaft ist in hohem Maße immer auch von den Handlungs- und Organisationsformen in den nicht-zivilgesellschaftlichen Teilen der Gesellschaft - also den primären Gemeinschaften, Markt und Staat - abhängig. So sind Familien, in denen Befehlsstrukturen und eine patriarchalische Über- und Unterordnung zwischen Geschlechtern und Generationen herrschen, keine „Schule der Zivilgesellschaft“. Auch die Ökonomisierung aller Lebensbereiche in einem digitalen Kapitalismus stellt eine Gefahr für zivilgesellschaftliche Handlungsformen dar. Ähnliches gilt für die Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und (Sozial-)Staat: Während die Einführung des sozialen Rechtsstaates mit der staatlichen Garantie ziviler, politischer und sozialer Bürgerrechte positive Wirkungen auf die Entfaltung der Zivilgesellschaft auslöste, wirkten sicherheitsstaatliche Einschränkungen von Bürgerrechten („Überwachungsstaat“) und eine ausufernde Staatsbürokratie („Überbürokratisierung“) eher zerstörerisch. Auch der expandierende Sozialstaat kann mit einem Zuviel an patriarchalischer Für- und Vorsorge bürgergesellschaftlichen Aktivitätsformen den Atem nehmen. Für den hier zu diskutierenden Sachverhalt ist natürlich insbesondere das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat zentral. In dieser Hinsicht kann festgehalten werden: Während bestimmte Formen der Staatlichkeit - wie skizziert - die Reproduktionsbedingungen zivilgesellschaftlicher Handlungsformen und Netzwerke behindern und einschränken, so können auf der anderen Seite gerade staatliche Ermöglichungsstrukturen eine Entfaltung bürgergesellschaftlicher Aktionsformen fördern. Aus diesem Grunde ist in dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ das Leitbild des „ermög-

lichenden“ Sozialstaates sowie einer „ermöglichenden“ Verwaltung auf kommunaler und lokaler Ebene skizziert und empfohlen worden. Staatliche und kommunale Politik - so die Empfehlung der Kommission - sollen durch ein durchdachtes Gesamtkonzept von sozialrechtlicher Absicherung, Anerkennungskultur und Förderung kommunaler und überlokaler Infrastrukturen sowie nicht zuletzt die Einräumung von Möglichkeiten direkter Demokratie die Zivilgesellschaft und ihre Handlungsformen fördern. Darüber hinaus sollte staatliche Reformpolitik nicht - wie bisher - ausschließlich Staat, Markt und die individuelle Selbstverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die kollektiven Handlungsressourcen zivilgesellschaftlicher Netzwerke adressieren. Zivilgesellschaftliche Organisations- und Handlungsformen sind durchaus ernst zu nehmende Ressourcen, die einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen leisten können. Dazu bedarf es aber keiner vorschnellen Instrumentalisierung, sondern vielmehr der Bereitstellung förderlicher Rahmenbedingungen, um die eigen-dynamische Handlungslogik und die selbst organisierten Handlungsformen zivilgesellschaftlicher Akteure und Netzwerke zur Entfaltung zu bringen. Was für die „große Politik“ gilt, gilt auch für den lokalen bzw. regionalen Raum: Zivilgesellschaftliche Netzwerke und Organisationsformen bedürfen auch hier der Unterstützung durch kommunale Politik und Verwaltung, bedürfen der entgegenkommenden Strukturen und ermunternden Unterstützungsstrategien. Der Grund hierfür ist einfach: Gerade in problembelasteten Regionen bzw. Wohnquartieren haben wir es oft mit Koalitionsbildungen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen gegen andere zu tun. Beispiele sind soziale Netzwerke, z.B. gegen Ausländer sowie Jugendbanden mit erheb-

Entgegenkommende Strukturen, wie regionale Unterstützungsstrategien, fördern die Integrationspotenziale der Zivilgesellschaft.

lichem Kriminalitätspotenzial oder exklusive Netzwerke relativ privilegierter Gruppen. Überlassen wir also die „real existierende Zivilgesellschaft“ ihrem Selbstlauf, dann entsteht nicht nur Vielfalt, sondern dann entstehen auch „unzivilisierte Handlungsformen“ und „unzivilisierte Netzwerke“. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen, z.B. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger oder Angehörige ethnischer Minderheiten, ihre eigenen Formen des bürgerschaftlichen Engagements und ihre eigenen Formen zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse bilden. Diese Formen der Solidarität unterscheiden sich oft von den in der Öffentlichkeit bekannten Varianten des bürgerschaftlichen Engagements bürgerlicher Schichten und werden daher in ihrer Zivilität und Anschlussfähigkeit für zivilgesellschaftliche Netzwerke der Mehrheitskultur nicht immer erkannt.

Gerade hier bedarf es der sozialraumnahen, regionalen Unterstützungsstrategien, die benachteiligte Bevölkerungsgruppen in zivilgesellschaftliche Kontexte einbeziehen und diejenigen Bevölkerungsgruppen, die die hierfür erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen nicht ohne Weiteres mitbringen, darin unterstützen und bestärken, ihre Stimme im Konzert der regionalen Bürgergesellschaft hörbar zu machen. Hierzu bedarf es der lokalen Ermöglichungsstrukturen, der fachlich qualifizierten Stärkung derjenigen Gruppen, die im freien Spiel der Kräfte der Zivilgesellschaft angesichts der Dominanz der ohnehin Starken untergehen würden. Handlungsstrategien wie Gemeinwesenarbeit, Quartiersmanagement etc. sind hier probate, unterstützende Hilfsmittel. Darüber hinaus gilt, dass viele zivilgesellschaftliche Aktionsformen - wie etwa Gesundheitsselfhilfegruppen, soziale Projekte mit benachteiligten Jugendlichen oder Selbsthilfeaktivitäten von Migrantinnen und Migranten - in den Nischen und

an den Rändern etablierter Institutionen und Organisationen des Sozialstaates entstehen. In welchem Ausmaß diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäts- und Organisationsformen herkömmliche kommunale Versorgungsstrukturen „zivilisieren“ können, hängt nicht zuletzt davon ab, ob in den Leitbildern dieser öffentlichen Versorgungsinstitutionen - wie etwa Schulen, Krankenhäuser oder Kindertagesstätten - zivilgesellschaftliche Ressourcen und Handlungsformen als systematische Bestandteile der Organisationsentwicklung anerkannt werden.

Es ist also wahr, dass zivilgesellschaftliche Netzwerke und Organisationsformen eine Eigenlogik aufweisen und sich aus sich selbst heraus fortlaufend neu stabilisieren und kontinuierieren. Allerdings gilt auch: Je feindseliger und je weniger entgegenkommend die Strukturen und Handlungslogiken des Umfeldes sind, desto fragiler, partikularer und schwächer sind diese zivilgesellschaftlichen Organisationsformen beschaffen. Wenn also die inkludierende Wirkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke, also ihre Funktion als „überbrückendes soziales Kapital“ gestärkt werden soll, um sicherzustellen, dass Konflikte „zivil“ ausgetragen und heterogene Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Gemeinwesen artikuliert und realisiert werden können, dann benötigen wir „entgegenkommende Strukturen“, die durch entsprechende Programme, Angebote und Maßnahmen von überlokaler und lokaler Politik und Verwaltung entwickelt und offeriert werden müssen. Es wird also in Zukunft entscheidend darauf ankommen, die bestehenden Ansätze öffentlicher Infrastrukturförderung sowie Handlungsprogramme zivilgesellschaftlicher Aktivierung in ihrer Existenz zu stabilisieren und in ihren fördernden Effekten zu optimieren. Dass es hierzu der Bereitstellung finanzieller Ressourcen in angemessener Höhe bedarf, steht dabei außer Frage.

Bürgergesellschaft und Demokratie im kommunalen Raum

PD Dr. Alexander Thumfart

Handlungsbereiche von Zivilgesellschaft

Die Demokratiepotenziale im kommunalen Raum kann man untersuchen entlang der Differenzierung in Akteursgruppen. So kann man fragen, wie und welche Einstellungen generell und zur Demokratie speziell vorhanden sind bei der Bürgerschaft einer Gemeinde, bei der kommunalen Verwaltung und bei den politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten im Stadt- oder Gemeinderat. Man kann diese drei großen Gruppen weiter unterteilen, etwa in Verwaltungspersonal Ost- und West, in Alt- und Neu-Personal, die Politiker/-innen in Profis, Neulinge oder Altgediente, die Bürgerinnen und Bürger in Parteimitglieder, politisch oder gesellschaftlich Organisierte, etc. Mit diesem Verfahren bekommt man gute Einblicke in die komplexen Strukturen und Denksysteme in Gemeinden, in die politischen Vorstellungen und Erwartungserwartungen, in das, was nicht zueinander passt oder sich sogar blockiert. An einigen Stellen habe ich versucht, diesen Weg zu gehen und etwas über den Zustand der Demokratie in den Gemeinden zu erfahren.¹

An dieser Stelle soll ein etwas anderer Weg eingeschlagen werden. Dieser Weg konzentriert sich mehr auf die Handlungsvollzüge, denn auf die Akteursgruppen. Diese Verschiebung hat vor allem damit zu tun, dass die Gemeinde ohne Zweifel der



„Ort der Freiheit“ und „demokratischen Selbstverantwortung“ ist, wie Alexis de Tocqueville und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland feststellen.² Diese demokratische Verfassung besteht nicht einfach so als stabiler institutioneller Rahmen. Die lokale Demokratie muss vielmehr in Handlungen ausgedrückt, dokumentiert und aktualisiert werden, um als Demokratie Bestand zu gewinnen. Wenn - völlig fiktiv - alle zwar demokratisch denken, aber nicht demokratisch handeln, sind die demokratischen Institutionen sehr schnell am Ende. Der kommunale Raum der Demokratie bedarf also der permanenten Aktualisierung im Vollzug demokratischer Handlungsmuster. In der Konzentration auf institutionalisierte Gruppen

gerät das etwas zu leicht aus dem Blick. Aber es sei gleich hier betont, dass Prozessorientierung und Gruppenorientierung nicht zwei konträre Zugänge sind. Vielmehr ergänzen sie sich. Es gibt also kein „Entweder-oder“, sondern viel mehr ein „Sowohl-als-auch“.

Ich schlage vor, die Bestimmung von relevanten Handlungsvollzügen aus dem Konzept der Zivilgesellschaft / Bürgergesellschaft zu gewinnen. Wenn wir all die Diskussionen um das, was demokratische Zivilgesellschaft ist bzw. sein kann, großzügig zusammenfassen, dann scheinen mir idealtypisch drei Handlungsbereiche klar erkennbar zu sein.³ Demokratische Bürgergesellschaft konstituiert sich, so erstens, durch relativ autonome Selbstorganisation. Bürgerinnen und Bürger handeln hier in offener, nicht exkludierender Weise selbstbezüglich, ohne dass staatlich-kommunale Institutionen und Akteursgruppen (automatisch, notwendig, direkt) beteiligt sind. Beispiele wären Skatvereine, Bowling-Mannschaften, Lesegruppen und Nachbarschaftstreffs. Adressat und Ziel dieses gemeinsamen Handelns ist dann auch nicht (oder nicht primär) das politische System, sondern die Zivilgesellschaft selber.

Den zweiten Handlungstyp möchte ich die kritische Beobachtung des politischen Systems durch die Bürgerinnen und Bürger nennen. Hier geht es um die empirisch abfragbaren Einstellungen gegenüber den normativen Prinzipien und realen Vollzügen politischen Entscheidungshandelns. Klassischerweise heißt das „Politische Kultur“ und ist das vielleicht am wenigsten direkt handlungsförmige Element in der vorgeschlagenen Trias.⁴ Unbestreitbar formt oder richtet aber die Politische Kultur die bürgerschaftlichen Handlungsoptionen und tatsächlichen Handlungsvollzüge der Bürgerinnen und Bürger aus. Wer etwa von Demokratie im Prinzip nichts hält, geht sehr wahrscheinlich

nicht nur nicht zur Wahl, sondern wird seine Ablehnung auch im tagtäglichen Umgang zum Ausdruck bringen, zum Beispiel durch Schimpfen, Agitieren, scharfe Freund-Feind-Trennungen, Androhung von Gewalt. Insofern ist Politische Kultur in einem weiten Sinne ein ganz wichtiger zivilgesellschaftlicher und demokratie-relevanter Handlungsfaktor.

Drittens schließlich umfasst Zivilgesellschaft die dezidierte (öffentliche) und schließlich politische Einflussnahme auf die unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems. Bürgerinnen und Bürger adressieren auf verschiedenen Wegen und unterschiedlich organisiert mit ihren Interessen verschiedene Akteure der Politik und Verwaltung, und sie versuchen, dadurch die politischen Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Relativ autonome Selbstkonstitution, Politische Kultur und dezidiert politische Partizipation sind die drei Kategorien oder Dimensionen, die meiner Meinung nach bei der Untersuchung kommunaler Demokratiepotenziale abgefragt und berücksichtigt werden müssen. Zu diesen drei Dimensionen kommunaler Demokratie und Zivilgesellschaft sollen nun im zweiten Schritt einige empirische Beispiele gegeben werden.

Empirische Befunde

A) SELBSTORGANISATIONEN

Wie der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ von 2002 und viele andere Studien zeigen, ist das tatsächliche bürgerschaftliche Engagement in den neuen Bundesländern insgesamt niedriger bzw. etwas niedriger als in den alten Bundesländern, ca. 32% in den neuen Bundesländern, ca. 37% in den alten.⁵ Diese pauschale Aussage lässt sich

Potenzial für bürgerschaftliches Engagement ist in Ostdeutschland in ähnlichen Dimensionen vorhanden wie in Westdeutschland

weiter differenzieren und auf jenen ersten Bereich spezifizieren, den ich relativ autonome Selbstkonstitution genannt habe. Den größten Teil dieser Selbstorganisation im weitesten Sinne bilden auch in Ostdeutschland die üblichen Verdächtigen: die Institute des Sports, gefolgt von Musik- und Kulturvereinen und der Freiwilligen Feuerwehr.⁶ Hier sind - sieht man von den Kirchen einmal ab - die Unterschiede gegenüber Westdeutschland wohl am geringsten und spiegeln eine gemeinsame und oft leider belächelte „Vereinsmeierei“ wider.

Besondere Bedeutung kommt dem Bereich sozialer Dienste zu, in dem etwa 3 Mio. Ehrenamtliche tätig sind. Gleichwohl soll auf dieses hoch differenzierte Segment hier im Einzelnen nicht eingegangen werden.⁷

Ohne nun darüber streiten zu wollen, ob und wie diese Gruppierungen des Dritten Sektors tatsächlich und umstandslos als Selbstorganisation der Gesellschaft bezeichnet werden können, gibt es in Forschung und Praxis eine Einigkeit zumindest darüber, dass auf kommunaler Ebene speziell im Bereich der Sozialorganisationen, des Sports (Pflichtaufgaben) und im Kulturbereich (fast freiwillige Leistungen) eine ausgesprochen enge Elitenkonnektivität herrscht. Die Spitzen der Sozialdienstleister bzw. Kulturträger und die Spitzen der Verwaltung und der zuständigen Dezernate kennen sich seit Jahren, arbeiten recht eingespielt engstens zusammen, haben manchen Strauß ausgefochten und manches Problem gelöst. Zusammen mit Teilen der politischen Funktionselite bilden sie eine Art Kartell, das in aller Regel gemeinsam bis konsensuell (und mit trotzig-zornigem Blick auf Bund und Land) anstehende Probleme löst, Finanzierungspläne erstellt, Ranglisten der Förderwürdigkeit aufstellt und die Vergabeschlüssel konzipiert. Hier agiert eine ziemlich geschlossene Mannschaft,

die für sich, ihre Mitglieder und deren Interessen nur deshalb effizient agieren kann, weil sie gegenüber anderen, alternativen Interessen, Interessenten und Formen ziemlich exklusiv eingestellt ist. So funktionieren Clubs eben. Wer nicht im Club dabei ist, hat es ausgesprochen schwer, an die Ressourcen Geld und Aufmerksamkeit heranzukommen. Die Gründe dafür brauche ich Ihnen sicher nicht zu nennen, wie ebenfalls nicht die Folgen dieser gatekeeper-Kollegien: deutliche Beharrungstendenzen, Routinisierung, Informalisierung, Lagerdenken, Innovationsträgheit und ein hohes Abschreckungspotenzial für (alternatives) zivilgesellschaftliches Engagement und Experiment.⁸

Deutlich unabhängiger von der politisch-administrativen Sphäre sind die selbst organisierten Tauschringe und Nachbarschaftsgruppen, die Dienstleistungen für ihre Mitglieder erbringen, seien es Umzugshilfen, Babysitting, Kinderbetreuung, Einkaufsservice, Reparatur- und Schrauber-Vereine. Nahezu jede größere Stadt hat solche Tauschringe und Selbsthilfegruppen, die mal mehr mal weniger städtisch koordiniert werden.⁹

Als relativ neue Form beginnen sich die Bürgerstiftungen zu installieren, wenn sich auch diese Form in Ostdeutschland noch sehr schwer tut. In Halle, Weimar, Leipzig und nun auch in Erfurt existieren solche Stiftungen, die aus den Erträgen der eingezahlten Gelder nachhaltige, ökologische, ethisch-rechtfertigbare, soziale und zivilgesellschaftliche Projekte vor Ort fördern. Aber nicht nur ist aufgrund der zu leistenden Mindestbeträge (in der Regel 500 €) die Zahl der Mitglieder nicht sonderlich hoch (und die Zahl der Bürgerstiftungen eben gering), auch die Zahl der förderungsmöglichen Initiativen ist ausgesprochen überschaubar. Das liegt nicht nur daran, dass Bürgerstiftungen sich gerade nicht als Reservefinanzier für Gemeinden verste-

hen, die Gelder sparen wollen, sondern hat auch damit zu tun, dass es schlicht ausgesprochen wenige Gruppen und Projekte gibt, die den Kriterien der Förderwürdigkeit entsprechen. In Erfurt gibt es deshalb zunächst einmal eine Förderung dafür, zivilgesellschaftliche Projekte überhaupt erst ins Leben zu rufen.¹⁰ Gedacht wird hierbei auch an Initiativen, die sich um die Gestaltung von innerstädtischen Brachflächen zu Naturerfahrungsräumen kümmern. Siehe Leipzig, wo es allerdings überwiegend in der Regie der Stadt liegt.

Die wohl insgesamt selbstständigste und staatsfernste Form zivilgesellschaftlicher Selbstkonstituierung bilden solche Institute wie das „Kundenparlament“. Kundenparlamente sind Foren, die eine Kette von Einkaufsmalls auch in Ostdeutschland ins Leben gerufen hat. Jeder Kunde kann, wenn gewünscht, Mitglied dieses Parlaments werden. Und als Mitglied kann die Kundin/der Kunde kritisch die weitere Entwicklung des Centers mit dem Centermanagement diskutieren und auch ein bisschen mitbestimmen. Thüringens größte Silvester-Party ist so entstanden. Ins Leben gerufen wurden auch Tanztees und Kindernachmittage, wie selbstverständlich kundenfreundlichere Wegweiser, Beschilderungen und Sitzmöglichkeiten. Momentan wird über Ladenkonzepte verhandelt.¹¹ Diese Kooperation mit Akteuren des ökonomischen Feldes erfreut sich auch deshalb großer Beliebtheit, weil die Bürgerinnen und Bürger der Meinung sind, hier könnten sie anders als in der „echten“ Politik etwas für sich als Akteure und Betroffene Sinnvolles direkt bewirken. Zugespitzt: Kundenparlament statt Stadtparlament. Und warum auch nicht? Ich bin überzeugt, dass Kundenparlamente Lern-Orte zivilgesellschaftlicher Kompetenz sind.

Insgesamt und vorläufig sehen wir auf kommunaler Ebene in den neuen Bundesländern ein recht breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Selbstorga-

nisation, das allerdings einen deutlichen Schwerpunkt auf den traditionellen Formen und Feldern hat und nur langsam, aber durchaus auch interessante, innovativere Wege geht. Auch wenn wir recht sicher sein können, dass einige dieser Formen prinzipiell demokratisch organisiert sind und partizipationsoffen wie nicht-exkludierend verlaufen, garantiert die Existenz von mehr oder weniger selbst verwalteten Vereinen, Verbänden und Gruppierungen selbstverständlich nicht automatisch eine demokratische Grundhaltung oder Kultur. Wir alle kennen (aus eigener Erfahrung) Beispiele für das Gegenteil.¹² Die Mafia ist nur das krasseste. Deshalb ist ein Blick auf die „Politische Kultur“ unvermeidbar.

B) POLITISCHE KULTUR

Nun ist das, was man Politische Kultur nennt, alles andere als ein schwabbeliger Pudding, den man versucht, an die Wand zu nageln. Politische Kultur hat schon recht feste Konsistenz und Konturen. Das, was Politische Kultur beschreibt und beinhaltet, ist jedoch auch so komplex und kompliziert, dass eine Darstellung immer lückenhaft und gnadenlos verkürzend ist. Meine wenigen Bemerkungen beziehen sich auf die Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie. Hier spielen zwei Referenzpunkte eine große Rolle: a) die Einstellung gegenüber den Performanzen des realen demokratischen parlamentarisch-repräsentativen politischen Systems (hier und jetzt), und b) die Einstellungen gegenüber den Ideen und Prinzipien der Demokratie.

Zum Punkt a): Ganz dramatisch sind die Ergebnisse von Oscar W. Gabriel. Nimmt man eine Dreiteilung in „zufriedene Demokraten“, „kritische Demokraten“ und „Nichtdemokraten“ vor, hat sich das Bild von 1994 bis 1998 so entwickelt: 1994 waren in Ostdeutschland 19% zufriedene Demokraten

(35% im Westen), 46% waren kritische Demokraten (33% im Westen) und 35% Nicht-Demokraten (33% im Westen). 1998 sah es so aus: 24% zufriedene Demokraten (Westen 47%), 37% kritische Demokraten (43% im Westen) und 39% Nicht-Demokraten (19% im Westen). Damit bilden die Nicht-Demokraten, also diejenigen, die das reale politische System ablehnen, die größte Gruppe.¹³

Nicht ganz so dramatisch (aber schlimm genug) sehen die Zahlen aus, sieht man sich den Thüringen-Monitor an, der seit 2000 jährlich erhoben wird und durchaus für Ostdeutschland repräsentativ ist: 2003 gab es in Thüringen 45,6% unzufriedene Demokraten, 10% mehr als 2001. 33% waren zufriedene Demokraten (10% weniger als 2001) und 21% waren Nicht-Demokraten, 8,4% davon Anti-Demokraten.¹⁴ Das sind bis fast auf den Prozentsatz auch die Zahlen von 2005.¹⁵ Lediglich ein Drittel der Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist also mit dem aktuellen politischen System und seinen Leistungen zufrieden, knapp ein Viertel lehnt es völlig ab.

Blickt man nun aber auf die Ergebnisse zur Frage: „Was halten Sie von der Idee der Demokratie als Staatsform?“, erlebt man ein richtiges Wunder. Knapp 60% stimmen der Idee Demokratie als Staatsform überwiegend zu, knapp 20% stimmen voll und ganz zu, etwas mehr als 20% lehnen die Idee der Demokratie völlig ab.¹⁶ 80% Zustimmung zur Idee der Demokratie bei etwa 70% Distanz und Ablehnung der realen Demokratie. Wie geht das zusammen?

Ohne nun auf Details eingehen zu können, so hat die folgende Erklärung für diese Diskrepanz die größte Plausibilität: Das, was unter Demokratie ideell verstanden wird, hat mit dem, was als System hier und jetzt existiert, kaum etwas zu tun. Das heißt: Das reale parlamentarische System wird mit Vorstellungen und Normen gemessen, die der Wirklichkeit gar nicht oder kaum angemessen sind. Oder andersrum: Die Logik des realen politischen

Systems wird nicht (oder kaum) verstanden und nicht (oder kaum) akzeptiert. Dauerhafte und deutliche Enttäuschung sind die notwendige Folge.

Diese Enttäuschung bezieht sich vor allem auf Folgendes: Im politischen System gibt es zu viel Streit und Dissens; die Opposition behindert viel zu sehr, als dass sie konstruktiv die Regierung unterstützt. Entscheidungen dauern viel zu lange, Parlamente sind ineffiziente Postenagenturen, und Politikern geht es nur um Macht, nicht um die Sache.¹⁷ Dahinter steht eine Idee von Demokratie, die auf so etwas wie die Identität von Regierung und Volk abstellt, in der es keine Differenzen, keinen Streit gibt. Es ist - plakativ formuliert - Jean-Jacques Rousseau, der die Messlatte für das reale politische System abgibt.

So gelesen, erweist sich die Distanz/Ablehnung gegenüber dem realen demokratischen System bei gleichzeitiger Bejahung einer rousseauistischen Idee von Demokratie im Grunde als Ablehnung des Parlaments. Unzufriedene Demokraten und Anti-Demokraten sind deutlich oder offen anti-parlamentarisch, anti-pluralistisch und gegen eine Repräsentativ-Verfassung eingestellt. Dieser Zusammenhang hat übrigens einen Geschlechter-bias. Frauen favorisieren deutlich stärker Rousseau und distanzieren sich nachhaltiger von der realen Performanz des politischen Systems als Männer.¹⁸

Dieser Anti-Parlamentarismus zeigt sich an einem anderen, reichlich merkwürdigen Ergebnis: Die „Forderung nach direkter Demokratie“ wird nämlich „am stärksten von den Nicht-Demokraten unterstützt“.¹⁹ Die Nicht-Demokraten sind für direkte Demokratie nicht, weil sie die Interessen der Bürger in das Politisch-parlamentarische System und seine plurale Interessenaushandlungen einspeisen wollen. Ganz im Gegenteil basiert die Forderung nach direkter Demokratie auf der Idee einer Identität von Regierung und Volk, der „richtigen“ Demokratie eben, bei der das Parlament nur stört, folglich umgangen werden muss.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die allseits erhobene Forderung nach mehr „direkter Demokratie“ deutlich ambivalente Züge. Es ist nun nämlich nicht mehr unumwunden klar, dass hier die existierende repräsentative Demokratieform gestützt und gestärkt wird. Es kann im Gegenteil sehr gut sein, dass mit dem Ruf nach „mehr direkter Demokratie“ eine Anti-System-Haltung, eine Anti-Demokratie-Haltung manifestiert, bestätigt, unterstützt und öffentlich transportiert wird. Nicht zuletzt habe ich bei vielen Berichten über politische Mechanismen und Ergebnisse in ostdeutschen Lokalzeitungen ganz genau diesen Eindruck, dass hier dem anti-demokratischen Rousseauismus Vorschub geleistet wird.

Bei all diesen Befunden zur politischen Kultur soll sich also niemand wundern und kann niemand leugnen, dass wir speziell in den neuen Bundesländern ein massives anti-parlamentarisches und in diesem Sinne anti-demokratisches, anti-pluralistisches Reservoir haben. Und dieses anti-demokratische Reservoir enthält nicht nur einige extreme Linke und alle der zahlreichen und immer zahlreicher werdenden Neo-Nazis, sondern dieses Anti-System-Reservoir umfasst eben auch große Teile der so genannten normalen Bevölkerung.²⁰ So vertraten 2003 22,7% der Thüringerinnen und Thüringer rechtsextreme Einstellungen und 43,1% der Bevölkerung können als ausländerfeindlich gelten.²¹ Tendenz leicht zunehmend.

Diesem enormen Gefahrenpotenzial für pluralistische Gesellschaften kommen wir - und das ist mir wichtig - mit der Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung allein nicht mehr bei. Vielleicht bestärken wir es ja im Gegenteil noch.

Das heißt nun nicht, auf die so wichtige Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung zu verzichten. Vielmehr muss man Bürgerbeteiligung in ein ganzes Set an Maßnahmen einbinden. Doch bevor ich dazu komme, die direkte politische Partizipation.

C: POLITISCHE PARTIZIPATION

Hieß es vor Jahren noch, dass der lokalen Politik kaum eine Bürgerinitiative in die Quere kommt, so hat sich dies zweifelsfrei geändert.²² Verstärkt gibt es Bürgerinitiativen gegen Müllverbrennungsanlagen, breite Bündnisse gegen familienpolitische Programme und Aktionskomitees für Aufenthaltsrechte von ausländischen Mitbürgern. Bürgerinnen und Bürger organisieren sich öffentlich, um in ihrem Stadtviertel Baumaßnahmen zu erreichen oder zu verhindern, um Kultureinrichtungen der Städte zu erhalten oder um gegen Sparprogramme mobil zu machen.

Hier beginnt sich ein zivilgesellschaftliches Potenzial zu artikulieren, ein Potenzial, das laut Umfragen übrigens kaum geringer ist als im Westen.²³ Gleichwohl aber gilt weiterhin, dass der öffentliche Raum eher gemieden wird, dass lange Aushandlungsketten gescheut werden, organisatorischen Zusammenschlüssen auf Dauer und Gemeinwohlorientierung mit Skepsis begegnet wird. Stattdessen bevorzugt man den persönlichen Kontakt, den direkten und semi-privaten Weg - wenn überhaupt. Dass Streit, Diskussion und öffentliche Auseinandersetzung das Lebenselixier der Demokratie sind und zudem integrativ wirken, diese Idee ist kaum (wenn überhaupt) angekommen.²⁴ Und nun bin ich bei meinem dritten großen Punkt, den Konsequenzen und den Handlungsstrategien, über die sich schon viele Leute Gedanken gemacht haben.²⁵

Konsequenzen und Handlungsstrategien

Als **ERSTES**: aufklären, aufklären, aufklären. Die Bürgerinnen und Bürger müssen über die Handlungslogiken der parlamentarischen Demokratie

aufgeklärt werden. Das muss in Schulen geschehen,²⁶ den Hochschulen, bei Lehrer/-innen (die oft selber reichlich unsicher sind), das muss durch die Politiker/-innen geschehen, in den und durch Medien, die Bürgerinnen und Bürger selbst. Warum nicht eine Broschüre an alle Haushalte zum „Stadtparlament“ und seiner politischen Logik?

ZWEITENS: Entflechtung der Aushandlungskartelle von Dezernenten, Fachpolitikern und professionellen Gruppenvertretern. Dies könnte geschehen durch mehr gewählte beratende Bürger/-innen in diesen Gremien (in der Regel ja den Ausschüssen), durch Kooptation von Wissenschaftler/-innen, durch Planungszellen und (berufene) Beiräte. So wird die Heterogenität gesteigert,²⁷ und das ist gut sowohl für die Ergebnisse als auch das Engagement und die Zivilgesellschaft. Warum nicht einen freiwilligen Bürger-Pool einrichten (wie in den italienischen Stadtrepubliken), aus dem Bürger/-innen in solche Beiräte gelost werden. Dazu müssen unbedingt auch ausländische Mitbürger/-innen aufgefordert bzw. einbezogen werden.

DRITTENS: Herstellung von Diskussions- und Entscheidungsautonomie stadtteil-öffentlicher Foren. Beim Stadtumbau etwa muss die Bauverwaltung gerade nicht alle Diskussionen steuern, lenken, moderieren und schließlich (auf Distanz) kontrollieren. Verwaltung soll sich im Hintergrund halten und alles dazu tun, dass die Bürgerinnen und Bürger selber machen können. Das schließt die Offenheit für Irritationen dezidiert mit ein. Dazu und dafür muss die Verwaltung geschult werden.

VIERTENS: Leisten wir uns eine wissenschaftliche Beobachtung dieser Prozesse, damit alle Beteiligten lernen.²⁸

FÜNFTENS: Engagement muss sichtbar anerkannt werden. Auszeichnungen sind wichtig, durch die

Oberbürgermeister, den Ortsteilbürgermeister, eine Medaille, eine Feier, warum nicht einmal im Jahr ein Essen im Freien für alle Ehrenamtlichen?

SECHSTENS: Wir brauchen eine Haushaltsstelle „Lokale Demokratie“, die mehr als nur 5.000 € enthält für den „Bürgertisch: Lokale Demokratie“, der einmal/zweimal im Jahr tagt. Dieses Geld, sagen wir 100.000 €, ist von (demokratischen) Gruppierungen für Veranstaltungen, Treffen, Diskussionen abrufbar (vielleicht in Tranchen), ohne riesigen Aufwand.

SIEBTENS: Die ja ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker müssen zum Engagement ermuntern. Sie müssen den Bürger/-innen sagen: Wir können nicht alles für euch tun (nicht alle Wünsche erfüllen), organisiert euch selber, stellt Forderungen, redet mit. Diese Zumutung muss geschehen. Allzu häufig scheuen Politiker/-innen davor zurück, um ihr Image der paternalistischen Omnikompetenz nicht zu gefährden.

ACHTENS: Führen wir den Bürgerhaushalt ein, wenn wir ihn nicht schon haben. Das ist ein wichtiger Schritt zur Transparenz.²⁹

NEUNTENS: Senken wir die Quoten für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

ZEHNTENS: Richten wir Innovationsforen für Beteiligungsformen³⁰ ein und werten die Position des Bürgerbeauftragten auf.

ELFTENS: Stellen wir so viele Informationen, so übersichtlich wie wir es können, der Öffentlichkeit zur Verfügung (etwa auf der Homepage).

ZWÖLFTENS: Gewinnen wir die Frauen (wieder) für die Demokratie! Darüber muss verstärkt nachgedacht werden.

DREIZEHNTENS: Haben wir Geduld, einen langen Atem und Freude am Experiment.

- 1 Siehe Thumfart, Alexander, *Kommunen in Ostdeutschland. Der schwierige Weg zur Bürgerkommune*, in: Klein, Ansgar et al., *Zivilgesellschaft und Sozialkapital*, Wiesbaden 2004, S. 65-84.
- 2 Siehe Tocqueville, Alexis de, *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart 1985, S. 52; maßgebend Artikel 28, Abs. 2 GG; übernommen etwa in der Verfassung des Freistaates Thüringen, Artikel 90-95.
- 3 Die Literatur zur Zivilgesellschaft sprengt den Rahmen einer Fußnote. So mögen ein paar Referenzen genügen: Adloff, Frank, *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Frankfurt/M. et al. 2005; Betz, Joachim/ Hein, Wolfgang (Hrsg.), *Zivilgesellschaft*, Wiesbaden 2005; Cohen, Jean L./ Arato, Andrew, *Civil Society and Political Theory*, 3. print, Cambridge/Mass. 1995; Dahrendorf, Ralf, *Die Chance der Krise*, Stuttgart 1983, speziell S. 88-100; Gosewinkel, Dieter et al. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft – national und transnational (WZB-Jahrbuch 2003)*, Berlin 2004; Habermas, Jürgen, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1992, speziell S. 435-467; Klein, Ansgar et al. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital*, Wiesbaden 2004; Taylor, Charles, *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?*, Frankfurt/M. 2000, speziell S. 64-92.
- 4 Zum Konzept der Politischen Kultur siehe den guten Überblicksartikel von Dörner, Andreas, *Politische Kulturforschung*, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*, Reinbek b. Hamburg 2003, S. 587-619, sowie Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, 2. völlig überarbeitete Aufl. Wiesbaden 2002.
- 5 Zahlen nach Keupp, Heiner, *Kommunale Förderbedingungen für bürgerschaftliches Engagement*, in: APuZ B9/2002, S. 15-21, hier 17. 55% der Bevölkerung im Osten und 68% im Westen sind in Vereinen, Verbänden etc. organisiert; siehe Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages, Bericht. *Bürgergesellschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*, Opladen 2002, S. 226f.
- 6 So sind in Deutschland 1,3 Millionen Bürger in 26.500 kommunalen Freiwilligen Feuerwehren organisiert, davon sind 220.000 junge Menschen aktiv; a.a.O., S. 333; zum Sport a.a.O., S. 160ff. Siehe auch Gensicke, Thomas, *Das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen – Image, Intensität und Bereiche*, in: Heinze, Rolf G./ Olk, Thomas (Hrsg.), *Bürgerengagement in Deutschland, Bestandsaufnahmen und Perspektiven*, Opladen 2001, S. 283-304; sowie Gensicke, Thomas, *Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland*, in: APuZ 12/2006, S. 9-16.
- 7 Pars pro toto: Olk, Thomas/ Otto, Hans-Uwe (Hrsg.), *Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlegung, Entwürfe und Modelle*, München 2003; jüngst Priller, Eckhard/ Zimmer, Annette, *Dritter Sektor: Arbeit als Engagement*, in: APuZ 12/2006, S. 17-24.
- 8 Eine Studie zur Einführung von Bürgerforen in Hamburg/Altona hat diese Kombination aus Routine, Absprachen und Informalität mit dem Effekt der Exklusion alternativer Interessen und Ideen deutlich aufgezeigt; siehe Herrmann, Heike, *Bürgerforen. Ein lokalpolitisches Experiment der Sozialen Stadt*, Opladen 2002, S. 268-278.
- 9 Siehe Roth, Roland, *Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung*, in: Klein, Ansgar/ Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*, Bonn 1997, S. 404-447; Reese-Schäfer, Walter, *Neuere Entwicklungen kommunalistischer Politik*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 12/1999, S. 697-725; Enquete-Kommission, a.a.O., S. 298-318, S. 554-564.
- 10 Siehe die Angaben unter www.buergerstiftung-erfurt.de (Stand 8. Mai 2006).
- 11 Siehe Thumfart, Alexander, *Kommunen in Ostdeutschland*, a.a.O., S. 72-73. Den Hinweis auf die Kundenparlamente sowie genauere Informationen verdanke ich Frau Dr. Susanne Frank, Humboldt-Universität zu Berlin.
- 12 Siehe dazu etwa Roth, Roland, *Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie*, in: Klein, Ansgar et al. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden 2004, S. 41-64.
- 13 Siehe Gabriel, Oscar W., *Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen?*, in: Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen 2000, S. 41-72.
- 14 Dicke, Klaus/ Edinger, Michael/ Hallermann, Andreas/ Schmitt, Karl, *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Einstellungen zur Demokratie: Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003*, S. 44.
- 15 2005 gibt es etwa 44% unzufriedene Demokraten; siehe im Einzelnen Edinger, Michael/ Hallermann, Andreas/ Schmitt, Karl, *Politische Kultur im Freistaat Thüringen 1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Ergebnisse des Thüringen Monitors 2005*, Jena 2005, S. 60.
- 16 Dicke/ Edinger/ Hallermann/ Schmitt, a.a.O., S. 42; Edinger/ Hallermann/ Schmitt, a.a.O., S. 62.
- 17 Siehe dazu den Fragekatalog samt Antworten in Dicke/ Edinger/ Hallermann/ Schmitt, a.a.O., S. 46, 68; Thumfart, Alexander, *Die politische Integration Ostdeutschlands*, Frankfurt/M. 2002, S. 788-826.
- 18 Edinger/ Hallermann/ Schmitt a.a.O., S. 64-65.
- 19 Dicke/ Edinger/ Hallermann/ Schmitt a.a.O., S. 50.
- 20 Siehe etwa Zick, Andreas/ Küpper, Beate, *Politische Mitte. Normal feindselig*, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 4*, Frankfurt/M. 2006, S. 115-135; Heitmeyer, Wilhelm, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005*, in: ebd., S. 15-36. Zu den einzelnen Programmen gegen Gewalt, Rechtsradikalismus und Xenophobie mit einer partiellen Bewertung siehe etwa Lynen von Berg, Heinz/ Pallocks, Kerstin, *CIVITAS – ein Experiment wissenschaftlich begleitet*, in: *neue praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik*, 35. Jg. 1/2005, S. 65-75. Mit weiteren Verweisen auch Bisky, Jens, *Die deutsche Frage*, Berlin 2005, speziell S. 140-148.
- 21 Dicke/ Edinger/ Hallermann/ Schmitt a.a.O., S. 70.
- 22 Siehe Thumfart, Alexander, *Die politische Integration*, a.a.O., 648-651.
- 23 Das Engagementpotenzial, also der Anteil derer, die sich zivilgesellschaftlich engagieren würden, es aber noch nicht tun, liegt in Ost wie West beim knapp 30%; siehe Enquete Kommission, a.a.O., 227.
- 24 Das hat Brigitte Geißel jüngst nachdrücklich noch einmal betont; siehe Geißel, Brigitte, *Kritische Bürgerinnen und Bürger – eine Gefahr für die Demokratie?*, in: APuZ 12/2006, S. 3-9.
- 25 Pars pro toto: Häußermann, Hartmut/ Wurtzbacher, Jens, *Die Gemeinde als Ort politischer Integration*, in: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.), *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 429-449. Heinze/ Olk (Hrsg.), a.a.O., Teil IV; Enquete Kommission (Hrsg.), a.a.O., Teil C. Man kann sich hier durchaus auch am Konzept der „good governance“ orientieren, siehe Meinhold-Henschel, Sigrid, *Partizipationsansätze in Kommunen – ein Zeichen für Good Governance*, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Governance Strategien auf kommunaler Ebene*, München 2005, S. 106-116.
- 26 Siehe etwa Beutel, Wolfgang, *Demokratie und bürgerschaftliches Engagement in der Schule*, in: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.), *Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat*, Opladen 2003, S. 321-248.
- 27 Steigerung der Heterogenität ist eine der zentralen Forderungen, die Kai Brauer aus seiner community-Studie gewinnt; siehe Brauer, Kai, *Bowling together. Clan, Clique, Community und die Strukturprinzipien des Sozialkapitals*, Wiesbaden 2005, S. 297-298.
- 28 Nota bene: „Freiwillig Engagierte zeigen in allen vorliegenden Untersuchungen einen ausgeprägten Wunsch nach Supervision, Qualifizierung und Weiterbildung. Vor diesem Hintergrund ist eine enge Kooperation mit Bildungswerken anzustreben“, so Keupp, Heiner, a.a.O., S. 21.
- 29 Siehe dazu Herzberg, Carsten, *Bürgerhaushalt in Großstädten*, Bonn 2005; in Erfurt hat die Fraktion Bündnis90/Die Grünen einen Antrag zum Bürgerhaushalt eingebracht, dem mehrheitlich zugestimmt wurde. So wird es 2007 erstmals einen Bürgerhaushalt geben.
- 30 Das könnte in Analogie zu den Freiwilligenagenturen stehen; siehe Jakob, Gisela/ Janning, Heinz, *Freiwilligenagenturen als Teil einer lokalen Infrastruktur für Bürgerengagement*, in: Heinze/ Olk (Hrsg.), a.a.O., S. 483-507.

DEMOKRATIE FÖRDERN IM GEMEINWESEN

Demokratie existiert nur auf dem Papier, solange Menschen sie nicht mit Leben füllen. Ein demokratisches Gemeinwesen muss deshalb Bürgerinnen und Bürgern angemessene Gestaltungsmöglichkeiten bieten und auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu einer aktiven Beteiligung motivieren. Diese Aufgabe ständiger demokratischer Praxis stellt sich in urbanen und ländlichen Räumen unterschiedlich dar. Wie können Engagement und Partizipationschancen im Gemeinwesen gefördert werden, besonders in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands?

Ein systemischer Ansatz zur Gemeinwesenberatung

Wolfram Hülsemann

Besondere Herausforderung durch rechtsextremes Bürgerengagement

Das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung unterstützt demokratisches Bürgerengagement in allen gesellschaftlichen Bereichen Brandenburgs. Seit mehr als sieben Jahren beraten mobile Teams insbesondere Kommunen bei der Stärkung des demokratischen Diskurses und Demokratie förderlicher Interaktionen. Das ursprünglich „lineare“ Verständnis der Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus ist mittlerweile einem breiten Beratungsansatz gewichen. Denn das Gemeinwesen ist ein komplexes System, und der Umgang mit Menschen unterschiedlicher Milieus, unterschiedlicher Sozialisation und politischer Einfärbung verlangt in der Praxis nach einem systemischen Ansatz. Ziel der Beratung ist es, Demokratie in konkreten Lebensbezügen zu gestalten. Hier gibt es noch viel zu tun. Gerade angesichts gegenwärtiger Entwicklungen des Rechtsextremismus ist es wichtig, sich darüber zu verständigen, unter welchen Bedingungen dieses Ziel erreicht werden kann.



Rechtsextreme in Ostdeutschland engagieren sich zunehmend bürgerschaftlich, um Kanäle für den Transfer rechtsextremer Ideologie vorzubereiten.

Vom Engagement im Gemeinwesen lebt ein Dorf, eine Stadt. Und beteiligen kann sich jeder, dem Lebensqualität außerhalb des eigenen Wohnzimmers etwas bedeutet oder der seine eigenen Lebensbedürfnisse nach Kontakt und Anerkennung befriedigen will. Des Gemeinwesens, also des Zusammenlebens von Bürgerinnen und Bürgern, nehmen sich inzwi-

schen Rechtsextreme ebenso an, wie es für Demokrat/-innen selbstverständlich sein sollte. Rechtsextreme renovieren Kindergärten oder sorgen sich dort um das deutsche Liedgut, das Ufer des Dorfteiches wird wieder begehbar gemacht, das alte (Krieger-) Denkmal im Dorf erstrahlt in neuem Glanz, das Dorffest wird vorbereitet, und wenn das Hochwasser kommt, dann steht man seinen Mann. Vereine, wie Feuerwehr, Sport und Schützengilde, können ein wichtiger Treffpunkt sein, um rechtsextreme Meinungen auszutauschen, Demokratie abträgliche Gesinnungen zu festigen und sich für gemeinsames Handeln abzusprechen. Es gibt also für Demokrat/-innen Anlass, genauer hinzusehen. Beteiligung, aktive Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens kann auch Teil jener Strategie sein, mit der Rechtsextreme nach eigenen Aussagen die Köpfe, Plätze und Parlamente erobern wollen. Die Strategie eines sich unauffällig ins Gemeinwesen einschleichenden Rechtsextremismus ist immer wieder zu beobachten, insbesondere bei Akteuren, die eine nachweisbare oder offengelegte Nähe zur NPD haben. Die Spanne vom einfühlsamen sozialen Engagement bis hin zur klaren rechtsextremen Propaganda kann den inneren Zusammenhang und das Ziel der Aktivitäten verdecken. Die Alltagskultur des Gemeinwesens zu unterwandern ist die Voraussetzung dafür, schließlich dort handfeste Ideologie abladen zu können. Rechtsextreme nehmen zunächst elementare Lebensfragen und Bedürfnissen der Menschen scheinbar unpolitisch auf, um die Kanäle für den Ideologietransfer vorzubereiten.

Anforderungen an ein demokratisches Beratungskonzept

Welche Konsequenzen hat diese Entwicklung für die aktivierende Gemeinwesenarbeit? Die Beratungsarbeit muss Partizipationsmotivation und

-möglichkeiten für ein demokratisch orientiertes Gemeinwesen fördern; ein Gemeinwesen, dem ein Selbstverständnis als politische Wertegemeinschaft mit demokratischen Werteorientierungen zugrunde liegt. Gefordert ist eine Werterhaltung, die sich aus dem Axiom der Unverletzlichkeit der Würde eines jeden Menschen und der Gleichwertigkeit jedes Menschen ableitet. In diesem Sinne bemüht sich die Mobile Beratung, eine Partizipationskultur unter demokratischen Vorzeichen zu befördern.

Diese Aufgabe steht dort in besonderer Weise an, wo die humane Alltagskultur gefährdet ist. Diese Gefährdung findet statt, wenn Angriffe und Überfälle etwa auf Menschen nichtdeutscher Herkunft verübt werden, wo rechtsextreme Überzeugungen demokratische Werteorientierung verächtlich machen, wo ein hohes Empathiedefizit Menschen dazu bringt, über wachsende Gewalt und Brutalität Einzelner oder Gruppen hinwegzusehen oder diese als zwangsläufige Folgeerscheinung der „Politik von denen da oben“ zu bewerten.

Eine Beratung zur Selbstorganisation im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements muss verschiedene Faktoren erfassen und im Beratungskonzept berücksichtigen. Dabei geht es vor allem um die konkreten Fragen und Probleme im Gemeinwesen, die mentalen Besonderheiten, lokalgeschichtlichen Hintergründe, die Besonderheiten des jeweiligen Sozialraumes, sein sozioökonomisches und soziokulturelles Profil und die Differenz zwischen Stadt und Dorf.

Beratungsarbeit vor Ort muss sich in der Zeitplanung von den beschriebenen Zielen, dem Prozessverlauf, nach Möglichkeit weniger von geplanten Zeitfenstern bestimmen lassen. Denn Beratungsarbeit ist Beziehungsarbeit.

Beratungsarbeit muss sich auch angesichts manchmal erheblicher soziokultureller Differenzen zwischen Berater/-innen und Beratenden von einer wertschätzenden Grundhaltung leiten lassen. Die Zivilisierung der Differenzen, nicht ihre Einebnung - am Letzteren arbeitet der Rechtstextremismus - ist gelebte Demokratie vor Ort. Wenn es gelingt, diese Aspekte zu berücksichtigen, finden sich die Instrumente, öffnen sich die Prozesse zur Sicherung und Weiterentwicklung eines demokratischen Bürgerchaftsverständnisses.

Das Institut für Gemeinwesenberatung hilft, demokratiefeindliche Entwicklungen im Gemeinwesen zu erkennen. Die Berater/-innen suchen mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort geeignete, der jeweiligen Situation angemessene Gegenstrategien. Demokratische Grundorientierungen werden kommuniziert und gestaltet, weniger in Agitationen und Aktionistischem, sondern durch Übungen des demokratischen Diskurses, der Kompromissuche zwischen Unterschiedlichen und der Kooperation in konkreten Arbeitsfeldern. Die Umbenennung von Straßen, die Gestaltung des Totengedenkens am Denkmal, die Diskussion über die zu groß konzipierte Abwasseranlage, die Verantwortung für den Jugendclub, der Konflikt um die Umgehungsstrasse sind Themen und Aufgabenfelder und sollen hier

nur beispielhaft genannt sein. Es gibt kein Feld, das nicht Übungs- und Bewährungsfeld der Demokratinnen und Demokraten wäre. Demokratie ist eben mehr als eine Organisationsform. Gemeinwesenaktivierung verfolgt stets die Absicht, auch an der Steuerung des „Systems“ zu beteiligen oder beteiligt zu werden. Erfahrungsgemäß werden vorhandene Ordnungsstrukturen dadurch nicht beschädigt, sondern erfahren die notwendige Frischzellenkur.

Gemeinwesen braucht einen Sinn! Das Dorf und die Stadt braucht ein Bild von sich selbst; eine Philosophie, wie jedes System. Es wird zunehmend deutlich, dass Leitbilder herkömmlicher Art, die nur die äußeren Entwicklungsbedingungen im Blick haben, oftmals nicht umsetzbar erscheinen. Demokratie fördern bedeutet, demokratische Grundorientierungen vitalisieren zu helfen, damit sie in konkrete Alltagszusammenhänge übersetzt werden können.

Ziel und Wege dieser Aktivitäten müssen miteinander erarbeitet und dann „befeiert“ werden. Es braucht eine Art säkularer Spiritualität in unseren Dörfern und Städten. Bürgerengagement muss immer auch elementare soziale Bedürfnisse befriedigen und bestenfalls den demokratischen Leitgedanken allen Zusammenlebens sinnlich gestalten.

Gemeinwesenaktivierung in benachteiligten Stadtteilen

Oliver Fehren

Demokratie fördern

Ohne die Partizipation benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist die Demokratie gefährdet.

In einer Gesellschaft, in der benachteiligte Bevölkerungsgruppen kaum Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können, ist die Demokratie grundsätzlich gefährdet. Demokratie und Zivilgesellschaft dürfen nicht zu Mittelschichtveranstaltungen werden. Wollen wir unser Gesellschaftssystem auch in Zukunft noch ernsthaft als „demokratisch“ auffassen, so ist es unerlässlich, darauf zu achten, „dass die Trägergruppen der Zivilgesellschaft auch in Zukunft hinreichend breit aufgestellt sind.“¹

Eine wichtige Aufgabe der Demokratieförderung ist darum die Förderung der politischen Partizipation von Menschen aus benachteiligten Stadtteilen. Als „Institut für stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung“ arbeiten wir seit über 20 Jahren in sozial benachteiligten Quartieren. Politische Partizipation beschreibt das Verhältnis zwischen Entscheidungsträger/-innen und Entscheidungsbetroffenen. Der Dialog zwischen Bürgerinteressen und politisch legitimierte Repräsentanten, Habermas würde sagen, zwischen der Peripherie der Lebenswelt und dem System, ist nur vorstellbar als öffentlicher Dialog. Zentral für die Demokratieförderung ist also die Herstellung von Öffentlichkeiten. Welche konkreten An-



satzpunkte zur Demokratieförderung in problembeladenen lokalen Gemeinwesen bieten sich?

Mein Kollege M. Preis hat darauf hingewiesen, dass die Sicherung von elementaren Lebensvoraussetzungen (Wohnung, Heizung, Gesundheit, Essen) für benachteiligte Bevölkerungsgruppen bewusstseins- und alltagsfüllende Ausmaße annehmen kann.²

Noch so aufwändig beworbene Veranstaltungen, die zur Bürgerbeteiligung aufrufen, werden von solcherlei Marginalisierten kaum wahrgenom-

men. Denn auf der Agenda des durchschnittlichen Gestaltungspessimisten steht ausdrücklich nicht: „Welche Entwicklung sollte das Gewerbegebiet in der Nähe meines Stadtteils nehmen? Wann ist die nächste Kommunalwahl und welche Partei wähle ich da? Was kann ich tun, um mich für eine Gesamtschule im Stadtteil einzusetzen und damit die Bildungschancen meiner Kinder zu verbessern? Welche Haltungen sollten wir hier im Stadtteil entwickeln, um ein besseres multikulturelles Zusammenleben zu erreichen?“³

Die Aktivierung

Die festgestellte Unfähigkeit, benachteiligte Bevölkerungsgruppen an der Gestaltung des Gemeinwesens stärker zu beteiligen, liegt, neben der zunehmenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Ungleichheit, auch in der Form der Ansprache. Daher möchte ich kurz ein wesentliches Instrument aus dem Handwerkszeug der Gemeinwesenarbeit skizzieren: die Aktivierung.

Wenn wir an einem möglichst hohen Partizipationsgrad der Bürger/-innen interessiert sind, dann suchen wir Menschen, die in Entscheidungs-/Gestaltungsprozessen eine aktive Rolle einnehmen wollen. Dieses Suchen nennen wir Aktivierung. Der Begriff ist sehr missverständlich und klingt nach „motivieren“. Das wäre dann allerdings paternalistisch. Aktivieren meint vielmehr: Aktivität erkunden. Bei einer Aktivierung im Sinne einer Aktivitäts-erkundung fragen wir: Wozu werden Leute aktiv bzw. wozu würden sie gerne aktiv sein, sind aber aus verschiedensten Gründen daran gehindert? Die Aktivierung erfolgt in zwei Schritten:

Erstens finden wir heraus, was die Menschen wollen (eigene Kräfte, eigene Potenziale). Wofür wer-

den sie bereits aktiv? Welche Themen brennen ihnen so stark auf den Nägeln, dass sie bereit sind, sich dafür gemeinsam mit anderen zu engagieren? Wesentlich dabei sind die persönliche Ansprache, das Klinkenputzen, das Aufgreifen der für die Leute wichtigen Themen und der Verzicht auf hochschwellige Veranstaltungssettings (lieber mal im Innenhof versammeln, als in einer Aula mit förmlicher Redeliste). So erreichen wir zu bestimmten Themen Bürgerversammlungen, zu denen weit über 100 Leute erscheinen. Dadurch entsteht im Stadtteil eine Form demokratischer Öffentlichkeit, die die politischen Parteien schon lange nicht mehr erzielen.

Nachdem die Menschen in öffentlichen Versammlungen, nach z.T. harten Diskussionen und mitunter auch chaotischen Auseinandersetzungen ihre Meinungen gebündelt haben, erarbeiten wir mit ihnen in einem zweiten Schritt, wie sie selbst möglichst erfolgreich an der Durchsetzung ihrer Interessen arbeiten können.

Beispiele für solche Organisationsformen sind das Mieternetzwerk, ein Zusammenschluss von verschiedenen Mietergruppen und einzelnen Bürger/-innen, die sich vor dem Hintergrund massiver großflächiger Wohnungsverkäufe im Ruhrgebiet für den Erhalt ihrer Mieterrechte einsetzen und ein türkischer Gartenverein, der den Wunsch nach eigenen Kleingartenparzellen damit verbindet, die interkulturelle Öffnung des einheimischen Kleingartenwesens voranzutreiben.

Förderung von Demokratie im benachteiligten Gemeinwesen heißt also Förderung von Selbstorganisation der Bürger/-innen, d.h. Unterstützung der Bürger/-innen bei der Artikulation und Organisation ihrer Interessen in Gruppen und Versammlungen.

**Aktivierung
der Gestaltungs-
pessimisten gelingt
nur durch
Anknüpfen an
ihre Eigeninteressen.**

**Institutionen
müssen zu
mehr demo-
kratischer
Öffnung akti-
viert werden.**

Die Aktivierung der Institutionen

Um auch die beteiligungsfernen Schichten an demokratischen Willensbildungsprozessen zu beteiligen, ist es nach unserer Erfahrung nicht ausreichend, nur auf die Aktivierung eben dieser benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu setzen.

Denn was ist gewonnen, wenn diese es geschafft haben, sich nach schwierigen Versammlungen innerhalb ihres Viertels auf gemeinsame Ziele zu verständigen, sie mit ihren Anliegen dann aber nicht zu Politik und Verwaltung durchdringen? Die Demokratisierung der Institutionen ist für die Entwicklung der Bürgergesellschaft von zentraler Bedeutung: „Die innere Verfassung dieser institutionellen Orte (z.B. von Schulen), die je nach Lebensphase einen Großteil unseres Alltagslebens prägen, dürfte mitentscheidend für das spezifische politische Gewicht sein, das zivilgesellschaftlichen Assoziationen und Bürgerengagement zukommt.“⁴ Mit dem Essener Modell des Quartiermanagements setzen wir aus diesen Überlegungen heraus nicht allein auf die aktiven Bürger/-innen, sondern betreiben als sogenannte „Intermediäre Instanz“ Aktivierung und Demokratisierung auf verschiedenen Akteurs-Ebenen:

Mit Hilfe der oben beschriebenen Aktivierung fördern wir die Bürger/-innen in den zumeist informellen Formen politischer Beteiligung (Initiativen, runde Tische, Bürgerversammlungen).

Diese Traditionen haben wir um intermediäre Handlungen ergänzt, um so auch die Institutionen

bei ihrer Öffnung für die Bedürfnisse der Nutzer/-innen zu unterstützen: Wir entwickeln mit den Institutionen Schritte, durch die diese sensibler für die Bedürfnisse ihrer Adressat/-innen werden.

Als Dialogmanager verbessern wir das Zusammenspiel von Politik/Verwaltung mit Bürger(gruppen), damit in der Lebenswelt entdeckte gesellschaftliche Fehlentwicklungen systematisch ins politische System eingespeist werden können. In unserer intermediären Funktion stellen wir dabei Transparenz und gegenseitiges Verständnis für die verschiedenen Rationalitätsstrukturen, Verfahrenslogiken und Arbeitsgeschwindigkeiten her.

Sowohl die altlinken Vorstellungen einer „Mobilisierung der Marginalisierten“ von unten gegen die da oben, als auch die neoliberale Durchreichung (sozial-) staatlicher Verantwortung an die da unten, überfordern die Engagement-Kapazitäten der Bürger/-innen. Um die politische Teilhabe der Bürger/-innen zu erhöhen, bedarf es in unserer sich zunehmend ausdifferenzierenden Welt professioneller intermediärer Dialogmanager, deren Aufgabe es ist, die fragmentierten Kommunikationsstränge im Gemeinwesen immer wieder miteinander in Beziehung zu setzen.

**Zur Vermitt-
lung von
Lebenswelt
und System
bedarf es pro-
fessioneller
intermediärer
Instanzen.**

¹ Ansgar Klein im Interview von CIVITAS aktuell, 1/2006, S. 2.

² Vgl. Preis, M., Endogene Potenziale und Gestaltungspessimisten, in: Außerschulische Bildung: Zivilgesellschaft: Voraussetzung und Aufgabe politischer Bildung, 4/2004, S. 397.

³ Ders., a.a.O., S.397.

⁴ Roth, Roland, Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2/2003, S. 64.

ENGAGEMENT IM AUFWIND

Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Grundlage für ein funktionsfähiges Gemeinwesen und eine aktive Bürgergesellschaft. Nach empirischen Befunden sind viele Bürgerinnen und Bürger auch bereit, sich freiwillig stärker zu engagieren. Doch die Motive, Formen und Sinnbezüge des Engagements sind im Umbruch. Wie kann dieses Engagementspotenzial erschlossen werden? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um Gestaltungsspielräume und Teilhabechancen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene stärker zu vergrößern?

.....

Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Gemeinwesen

Olaf Ebert und Dr. Karsten Speck

Seit langem wird in Vereinen, Verbänden, Politik und Öffentlichkeit über die Entwicklung und Veränderung, über Umfang und Strukturen sowie über Chancen, Grenzen und Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements kontrovers diskutiert.

In der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement zeigen sich allerdings sehr unterschiedliche, z.T. ambivalente Intentionen und Erwartungen, die von politischen Instrumentalisierungen und Einsparmöglichkeiten im hauptberuflichen Bereich, über sozialstaatliche Reformbestrebungen und Strategien zur Weiterentwicklung der Demokratie, bis hin zu Vorstellungen einer Zivil- bzw. Bürgergesellschaft reichen.¹ Trotz der sich gegenwärtig abzeichnenden Kontroversen und Widersprüchlichkeiten besteht allgemein Konsens darüber, dass bürgerschaftlichem Engagement in unserer Gesellschaft ein zentraler Stellenwert zukommt und von daher nicht nur einer verstärkten Aufmerksamkeit, sondern vor allem öffentlicher und politischer Anerkennung und einer intensiven Förderung und Unterstützung bedarf.



Begriffsbestimmung

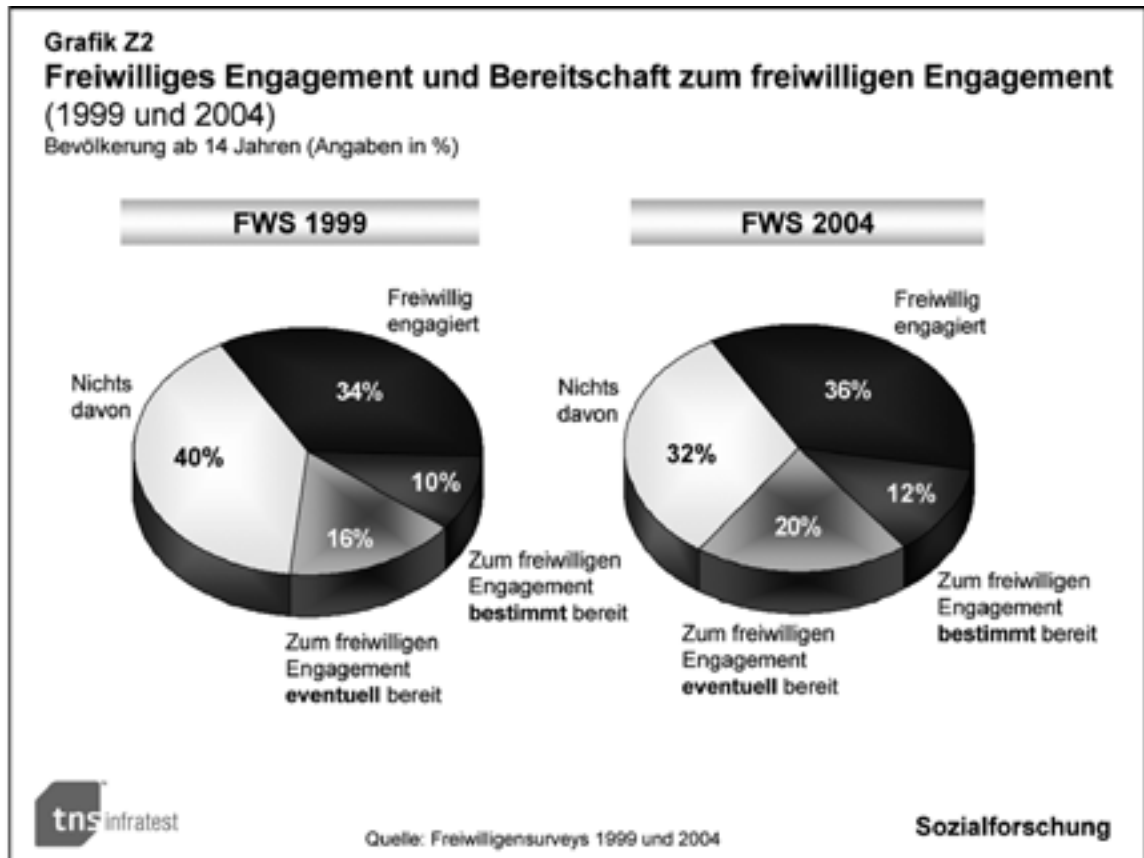
Eine wichtige Weichenstellung in diesen Diskussionen ist bereits mit dem Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ und seiner inhaltlichen Bestimmung getroffen. Er wird inzwischen überwiegend in einer sehr weit gefassten Bedeutung verwendet und fungiert als Sammelbegriff für

Das freiwillige Engagement wandelt sich und dient häufiger auch der eigenen Selbstentfaltung.

ganz unterschiedliche Formen von *freiwilligen, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten, gemeinwohlorientierten* Tätigkeiten, die *im öffentlichen Raum* stattfinden und zumeist *gemeinschaftlich ausgeübt* werden.² Bürgerschaftliches Engagement verbindet in dieser Version traditionelle und neue Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden und Kirchen, unterschiedliche Varianten der Eigenarbeit, der Selbsthilfe, der Wahrnehmung öffentlicher Funktionen sowie Formen der politischen Beteiligung und Mitbestimmung. Doch was verbirgt sich eigentlich alles hinter diesem in vielerlei Hinsicht so wichtigen Thema? Hierauf wird im Folgenden eingegangen.

Problemaufriss

Bürgerschaftliches Engagement wirkt in alle Lebensbereiche hinein. Es ist Ausdruck der Verantwortung des Einzelnen für eine soziale, nur im Miteinander funktionierende Gesellschaft. Dieser oder auch ganz anderen Intentionen folgend sind heute in Deutschland etwa 22 Millionen Menschen (36% der Bevölkerung) - vom 14jährigen Jugendlichen angefangen bis ins hohe Seniorenalter hinein - freiwillig bzw. ehrenamtlich engagiert. Bürgerschaftliches Engagement ist also keine soziale Randgruppenerscheinung, sondern eher ein gesellschaftliches Massenphänomen. Aus freien Stücken engagieren sich Menschen in Sportvereinen,



in sozialen Einrichtungen, bei der Feuerwehr, in kulturellen Institutionen, in der Politik, bei Gericht und an vielen anderen Orten der Gesellschaft. Diese freiwillig engagierten Menschen leisten zumeist ein- bis zweimal pro Woche durchschnittlich etwa 5 Stunden ehrenamtliche Tätigkeiten, wobei zu berücksichtigen ist, dass ein Drittel der Engagierten, die „Hochaktiven“, deutlich mehr als fünf Wochenstunden investieren, während viele auch weniger zeitintensiv bzw. eher sporadisch engagiert sind.

Der Freiwilligen-Survey hat gezeigt, dass die Engagementquote in Ost- und Westdeutschland nach wie vor sehr unterschiedlich ist. So engagieren sich in Ostdeutschland inzwischen etwa 30% der Bevölkerung, während es im Westen 37% sind. In der Untersuchung wird deutlich, dass Personen viel eher zu einem Engagement bereit sind, wenn sie sozial integriert sowie beruflich und finanziell abgesichert sind. Die hohe Arbeitslosenquote, aber auch die unterschiedlichen Engagementstraditionen in Ost- und Westdeutschland bilden hier mögliche Erklärungsansätze für die unterschiedlichen Engagementzahlen.³ Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang auch die Erkenntnis des Freiwilligen-Surveys, dass entgegen der weit verbreiteten Meinung, die Jugend in Deutschland sei nur auf sich selbst bedacht und zeige kein Engagement, in empirischen Untersuchungen das Gegenteil festgestellt wurde.⁴

Vor diesem Hintergrund erstaunt, warum zahlreiche Organisationen beklagen, dass ihnen die Ehrenamtlichen, insbesondere der jugendliche Nachwuchs, fehlen. Ursachenzusammenhänge für diesen scheinbaren Widerspruch bilden - so unsere These - auf der einen Seite der vielerorts diskutierte gesellschaftliche Wandel, der einen Wandel des freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagements hervorgerufen hat⁵ und auf der anderen Seite die

Rahmenbedingungen für das Engagement auf der Ebene des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Organisationen. Dies soll im Folgenden kurz begründet werden.

Offensichtlich befinden sich die Motive, Formen und Sinnbezüge des Engagements seit einigen Jahren im Umbruch. Während pflichtbezogene, altruistische Motive an Bedeutung verlieren und freiwilliges Engagement weniger aus traditionellen Milieubezügen (wie etwa in der Kirchengemeinde, bei der Volkssolidarität o.ä.) heraus geleistet wird, dient das Engagement häufiger auch der eigenen Persönlichkeitsentwicklung und Selbstentfaltung. Freiwillige wollen nicht nur *Geben*, sondern auch *Nehmen*. Gefragt sind also Tätigkeiten, die Spaß machen, Mitgestaltungsmöglichkeiten bieten und individuellen Bedürfnissen nach Freiraum, Selbstbestimmung, Zeitsouveränität und persönlicher Entwicklung gerecht werden. Engagementbereite Bürgerinnen und Bürger wollen sich zudem zunehmend stärker zeitlich begrenzt und projektbezogen engagieren. Dieses „neue Selbstbewusstsein“ und das „veränderte Anspruchsverhalten“ von freiwillig Engagierten müssen Politik, aber auch Verbände, Vereine und Initiativen im Blick haben.

Hier deuten sich gegenwärtig Passungsprobleme an. So verweist der Freiwilligen-Survey darauf, dass 30 Prozent der Bevölkerung den eigenen Angaben zufolge bereit wären, sich stärker als bisher freiwillig zu engagieren, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür gegeben wären. Die prinzipielle Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist also offensichtlich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern vorhanden. Selbst wenn man unterstellt, dass diese grundsätzliche Bereitschaft nicht in jedem Fall in die Praxis umgesetzt wird, kann von einem erheblichen, bislang unausgeschöpften Engagementpotenzial in der Bevölke-

Die Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement müssen den neuen Bedürfnissen angepasst werden, um das vorhandene Engagementpotenzial auszu-schöpfen.

rung ausgegangen werden. Wenig Transparenz besteht allerdings darüber, wo interessierte Bürgerinnen und Bürger solche Tätigkeiten finden können. Dafür sprechen zumindest die Befunde des Freiwilligen-Surveys, nach denen sich etwa 60% der Bevölkerung bessere Informations- und Beratungsangebote zur Verwirklichung ihrer Engagementinteressen wünschen und sich davon eine stärkere Förderung des freiwilligen Engagements erhoffen.

Konsequenzen hinsichtlich der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement kann auf unter-

schiedlichen Ebenen erfolgen. Unsere These lautet hier, dass es in Deutschland nicht an der Kenntnis notwendiger oder hilfreicher Rahmenbedingungen mangelt, sondern vielmehr an deren Umsetzung.

Auf der *Organisationsebene* kommt den bereitgestellten Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement eine große Bedeutung zu. Die drängendsten Probleme von Freiwilligen sind - dem Freiwilligen-survey zufolge - die ungenügenden Finanzen, Räumlichkeiten und Ausstattungen. Darüber hinaus wünschen sich viele Freiwillige eine bessere fachliche und menschliche Begleitung und Unterstützung in Verbindung mit mehr Fortbildungsmöglichkeiten.⁶ Hier besteht ohne Zweifel ein großer Handlungsbedarf.



A) ANERKENNUNGSKULTUR UND MITBESTIMMUNGSMÖGLICHKEITEN IN DEN ORGANISATIONEN

Die Gestaltung eines engagementfreundlichen Klimas zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen in den Organisationen wirkt sich ebenfalls auf das bürgerschaftliche Engagement aus. Dabei erscheinen gegenwärtig besonders die Anerkennungs- und Umgangsformen gegenüber den Freiwilligen in Organisationen stark verbesserungswürdig. Den veränderten Engagementinteressen eines großen Teils der Freiwilligen und veränderten Ansprüchen an die Rahmenbedingungen und den möglichen „Eigennutz“ freiwilligen Engagements kann und sollte von den Organisationen mit einer neuen Anerkennungskultur begegnet werden. Eigenständige, abgegrenzte Aufgabenbereiche, Mitgestaltungsmöglichkeiten, entgegengebrachtes Vertrauen in die Fähigkeiten der Freiwilligen, alltägliche und institutionell verankerte Anerkennung der freiwilligen Arbeit, Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch sowie Information, Beratung und Begleitung stellen für viele freiwillig Engagierte adäquate Möglichkeiten der Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit dar. Um bislang nicht engagierte Bevölkerungsgruppen zu gewinnen, sind die Organisationen gefordert, die unterschiedlichen Erwartungen, Motive und Anspruchshaltungen stärker zu berücksichtigen und Gestaltungsspielräume bzw. Teilhabechancen zu ermöglichen.

B) FREIWILLIGENMANAGEMENT IN DEN ORGANISATIONEN

Als Probleme für bürgerschaftliches Engagement auf der Organisationsebene sind außerdem die unzureichende sozialwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Bedeutung, die dem Engagement beigemessen wird und die fehlenden Konzepte

zur Werbung und Einbindung von (potenziell) Engagierten anzusehen. So erkennen Verbände und Vereine bis heute vielfach nicht die enorme sozialwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements. Die sozialwirtschaftliche Bedeutung wird beispielsweise nur äußerst selten als Standortvorteil gegenüber privatgewerblichen Trägern hervorgehoben, geschweige denn über entsprechende Personalentwicklungskonzepte zielgerichtet gefördert. Noch seltener allerdings wird die zivilgesellschaftliche Bedeutung des Engagements für die eigene Organisationskultur berücksichtigt und in der Außendarstellung hervorgehoben. Zielgerichtete und kreative Konzepte zur Werbung und Einbindung, die nicht allein die Organisationssicht widerspiegeln, sondern auch die Sichtweisen, Erwartungen und Motive von Engagierten aufgreifen, sind ebenfalls eher selten. Letztlich müssen Organisationen die Förderung freiwilligen Engagements als professionelle, eigenständige Aufgabe verstehen, die eines entsprechenden Managements sowie eigener personeller, räumlicher und finanzieller Ressourcen bedarf. Der Umgang mit freiwillig Engagierten sollte also einen ähnlichen Stellenwert einnehmen wie die Personalentwicklung hauptamtlicher Mitarbeiter.

C) FÖRDERUNG DES ENGAGEMENTS DURCH FREIWILLIGENAGENTUREN

Einen Beitrag zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements können auch die inzwischen bundesweit über 180 Freiwilligenagenturen leisten, indem sie auf der einen Seite Organisationen bei der Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement beraten und auf der anderen Seite insbesondere diejenigen Menschen ansprechen, die bislang noch nicht aktiv sind und

Organisationen müssen die Förderung freiwilligen Engagements als eigenständige Aufgabe verstehen.

Die Förderung freiwilligen Engagements bedarf eines entsprechenden Managements sowie eigener personeller, räumlicher und finanzieller Ressourcen.

Freiwilligenagenturen können Menschen für ein Engagement gewinnen, die bislang noch nicht aktiv sind.

Die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements ist auch eine Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.

sie für ein Engagement gewinnen.⁷ Durch ihre zielgruppenspezifische Informationsarbeit, professionelle Beratung, „passgenaue“ Vermittlung in ehrenamtliche Tätigkeiten, umfangreiche Formen der Qualifizierung und eine gezielte Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit können Freiwilligenagenturen mit dazu beitragen, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger für eine aktive Gestaltung der Gesellschaft engagieren.

*D) ENGAGEMENTFÖRDERUNG
DURCH BUND, LÄNDER UND GEMEINDEN*

Die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements ist allerdings auch eine Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Vom Staat erhoffen sich die Freiwilligen eine umfassende und wirkungsvolle Unterstützung der Gruppen, Vereine, Projekte und Initiativen, in denen sie sich engagieren. Eine solche Erwartungshaltung an den Staat widerspricht nicht dem Grundgedanken des bürgerschaftlichen Engagements, der mitunter erhofften Entlastung des Staates oder den finanziellen Möglichkeiten des Sozialstaates. Bund, Länder und Kommunen müssen mehr tun, als finanzielle Mittel bereitstellen. Sie sind beispielsweise gehalten, das Engagement rechtlich abzusichern, vorhandene rechtliche Regelungen im Sinne einer Engagementförderung auszulegen und engagierten Bürger/-innen „Türen zu öffnen“. Problematisch ist, dass gegenwärtig zwar oft an die „moralische Pflicht“ der Bürger/-innen zum bürgerschaftlichen Engagement appelliert, parallel dazu aber die Rechte derselben Bürger/-innen zur Mitentscheidung und -gestaltung und die damit notwendigermaßen einhergehende Verwaltungs- und Parteienreform vernachlässigt wird. Nicht selten scheitert Bürgerengagement an einer Skepsis und Blockadepolitik von Verwaltungen und Politik. Unabhängig davon müssen auch Geld- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden, um freiwilliges En-

gagement nachhaltig zu fördern. So sind Programme zum Auf- und Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, z.B. durch ein CIVITAS-Folgeprogramm insbesondere in Ostdeutschland, von zentraler Bedeutung für die Engagementförderung. Letztlich wird eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch Einzelmaßnahmen oder -aktivitäten auf lediglich einer Ebene nur partiell gelingen. Erst durch ein Bündel von unterstützenden Maßnahmen und Aktivitäten ist erwartbar, dass eine größere gesellschaftliche Beteiligung und eine umfassende Förderung bürgerschaftlichen Engagements erreicht wird. Durch institutionelle und organisatorische Maßnahmen, die vor allem auf kommunaler Ebene wirksam werden müssen, können bestehendes Engagement stabilisiert und neue Engagementpotenziale aktiviert werden. Hierzu müssen sich politische Entscheidungsträger, Verwaltungen, Verbände und Einrichtungen in den Kommunen wie auch auf Landes- und Bundesebene stärker als bisher engagieren und gemeinsam an einer Unterstützungsstrategie arbeiten, die freiwilliges Engagement in allen Bereichen und Formen aktiviert und nachhaltig fördert.

1 Vgl. Heinze, R.G./ Olk, T., *Bürgerengagement in Deutschland - Zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion*, in: Heinze, R.G./ Olk, T. (Hrsg.), *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven*, Opladen 2001, S. 12.
2 Vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.), *Bericht Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*, Schriftenreihe Band 4, Opladen 2002.
3 Vgl. Backhaus-Maul, H./ Ebert, O./ Jakob, G./ Olk, T. (Hrsg.), *Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland*, Opladen 2003.
4 Picot, S., *Jugend und freiwilliges Engagement*, in: Picot, S. (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativbefragung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Frauen und Männer, Jugend, Senioren und Sport*, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.3, Stuttgart, Berlin, Köln, S. 111-207; Ebert, O./ Hesse, A., *Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis*, in: *Jugendhilfe* 6/2001, S.295-301; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Freiwilligen-Survey 2004*, a.a.O.; u.a.
5 Heinze, R.G./ Olk, T., a.a.O.
6 Vgl. *Freiwilligen-Survey 2004*, a.a.O.
7 Vgl. ausführlicher Ebert, O./ Janning, H., *Freiwilligenagenturen*, in: Möller, Kurt (Hrsg.): *Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft? Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements*, Opladen 2001, S.85-100.

Abbildungsnachweis:
Graphik Z2 in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004, Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, Wiesbaden 2006, S. 16.
Graphik Z 16 in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004, Ergebnisse der*

ENGAGEMENTFORMEN IN NETZEN UND NISCHEN

Die Integration der Bürgerinnen und Bürger in ihr Gemeinwesen ist eine Voraussetzung für soziales Engagement und demokratisches Handeln. Integration und soziales Vertrauen entstehen durch aktive gesellschaftliche Partizipation und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit des eigenen Handelns. Welche Partizipationsmöglichkeiten bieten die Nischen der „Gemeinwesen-unternehmungen“, welche die Netze von Vereinen und Organisationen? Um diese Demokratiepotenziale zu stärken, müssen die Parallelwelten Engagement- und Demokratieförderung zusammenrücken.

.....

Vernetztes bürgerschaftliches Engagement

Dr. Babette Scurrall

Die Situation in Ostdeutschland

Auf den ersten Blick ist die Situation in Ostdeutschland erschreckend: Bindungsverluste im Gemeinwesen, hohe Arbeitslosigkeit, abnehmende Wahlbeteiligung und Radikalisierungstendenzen kennzeichnen die Lage. Offensichtlich reichte der Transfer des westdeutschen Rechts- und Institutionensystems nach 1990 nicht aus, um Ostdeutschland einzugliedern. Die herkömmlichen Integrationsweisen der westdeutschen Gesellschaft mit ihren Instrumenten der Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktförderung und repräsentativen Demokratie können die enormen wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Umbrüche in Ostdeutschland nicht auf entwicklungsfähige Pfade lenken.¹

Doch die gegenwärtige krisenhafte Entwicklung in Ostdeutschland birgt auch Chancen. Meine Beobachtungen und meine eigene Arbeit in Projekten und Prozessen der Regionalentwicklung rund um Dessau in den vergangenen 14 Jahren lassen Po-

tenziale einer zukunftsfähigen, demokratischen Entwicklung aus Nischen und Netzen heraus erkennen. An der Schnittstelle bürgerschaftlichen Engagements und wirtschaftlichen Handelns entstehen neue Bewältigungsstrategien und Entwicklungspfade. Im Folgenden möchte ich Beispiele für solche Gestaltungsansätze aufzeigen.

Neue Ansätze im Kultur- und Sozialbereich

In Wolfen-Nord bei Bitterfeld suchten wir im Rahmen des Projektes „Zukunft der Arbeit und nachhaltiges regionales Wirtschaften“² nach Hinweisen auf zukunftsfähige Wirtschaftsformen. In einer Situation, in der Erwerbsarbeit in Unternehmen und bei öffentlichen Arbeitgebern nur für ungefähr die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung vorhanden ist, beschäftigten wir uns mit arbeitsmarktpolitisch geförderter Arbeit im Sozial- und Kulturbereich. Für viele Menschen entsteht hier eine Nische auf dem Arbeitsmarkt.

Die herkömmlichen Integrationsweisen der Gesellschaft können die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Umbrüche in Ostdeutschland nicht auf entwicklungsfähige Pfade lenken.

Die Kultur- und Sozial-ABM ermöglichen den Beschäftigten, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit selbst zu verdienen. Viele engagieren sich über die Erwerbsarbeitszeit hinaus für „ihr“ Projekt, sie identifizieren sich damit und hoffen auf eine Wiedereinstellung nach einem weiteren Jahr Arbeitslosigkeit. Die ABM ist für viele Menschen ein Lernort. Die meisten kommen aus einer Industrietätigkeit und kennen sorgende und kulturell-gestaltende Tätigkeiten nicht aus der Erwerbsarbeit. Erwerbsarbeit, Haushalt und Freizeit standen für sie lange unvermittelbar nebeneinander. Nicht im Denken, sondern in der notwendigen Veränderung des Handelns werden nun Zusammenhänge sichtbar und beginnt - unreflektiert - die Entwicklung von bürgerschaftlichem Handeln und wirtschaftlichem Denken.

Trotzdem leiden die Beschäftigten unter der gesellschaftlichen Nichtachtung, die sich in der niedrigen Bezahlung, mehr noch aber in der Tatsache ausdrückt, dass es eben „keine richtige Arbeit“ ist, sondern ABM und eine Übergangslösung. Danach folgen wieder Sozialtransfers, Nebenerwerb, prekäre Beschäftigungsformen, Zweit- und Teilzeitarbeit, Unternehmensgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus bei ungenügendem Eigenkapital. Wie sollen solche gemischten Einkommen aus Erwerbsarbeit, Sozialtransfer, Unternehmensgewinn, Einnahmen aus freiberuflicher Tätigkeit in jeglicher Kombination eine stimulierende, motivierende Wirkung für wirtschaftliche Tätigkeiten behalten und zur Akkumulation zur Verfügung stehen?

Darüber hinaus sind ABM für den kulturellen und sozialen Bereich selbst problematisch. Da in ABM zusätzliche Aufgaben erledigt werden, liegt der Schluss nahe, die Erfüllung sozialer und kultureller Aufgaben sei nicht so wichtig.

Jedoch bieten in den Sozial- und Kultur-ABM Menschen für Existenzsicherung und Teilhabe sorgende Kooperation und kulturelle Gestaltung an. Das ist ein zukunftsweisender Dienst, den sie der Gesellschaft leisten. Doch es fehlen die notwendigen institutionellen Arrangements in Wirtschaft und Gesellschaft, um diese Leistungen nutzbringend zueinander zu fügen. Deshalb bleiben solche Konstruktionen Nischen, die der Stärkung der Gemeinwesen dienen, aber ohne eine Vernetzung mit anderen Nischen und mit wirtschaftlichem Handeln der Gesellschaft nicht entwicklungswirksam werden können.

Die Vernetzung von Nischen muss an der Bindestelle zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen ansetzen. Daraus können ökologisch verantwortliche, dem Gemeinwesen nützliche und individuell existenzsichernde Arbeiten geschaffen werden und starke Stützen demokratischer Gemeinwesen entstehen.

Vernetzte Nischen

Das Beispiel des Gebäudes einer ehemaligen Eisenwarenhandlung in Dessau zeigt dies.

Eine Gruppe engagierter Architekten und Stadtplaner machte aus einem zerfallenden, denkmalgeschützten Wohn- und Geschäftshaus ein Projekt mit Wohn-, Gewerbe- und Vereinsräumen. Dazu wurde die Wohnungsgenossenschaft DAKSBAU eG gegründet. Die aufwändige Organisation und das Management des Projekts betrieben die Genossenschaftler/-innen ehrenamtlich. Hinzu kamen gemeinschaftliche Eigenarbeit bei der Sanierung des Gebäudes und bei Reparaturen sowie Eigenleistungen der Mieter/-innen, die mit der Miete verrechnet wurden.

Als Wohnungsunternehmen mit etwa der Hälfte gewerblicher Mieter/-innen, als nicht nur im Mitgliedergeschäft tätige Genossenschaft und als am Markt handelndes Unternehmen mit sozialen, ökologischen und kulturellen Zielsetzungen ist die DAKSBAU nach den herkömmlichen Kategorien weder ein „richtiger Unternehmer“ noch ein soziales Projekt. Sie fällt durch jedes Raster der Wirtschaftsförderung und keines ihrer Instrumente ist anwendbar. So war es beispielsweise schwierig, eine Bank für Kauf- und Baukredite sowie die nötigen Bürgschaften zu finden.

Zivilgesellschaftliches Engagement wird häufig nicht als Wirtschaftsfaktor erkannt, umgekehrt begreift sich zivilgesellschaftliches Engagement selbst nicht als wirtschaftlicher Akteur. Dabei sind Projekte wie die DAKSBAU insbesondere in strukturschwachen Regionen von großer ökonomischer und sozialer Bedeutung. Wirtschaft und Gesellschaft müssen die notwendigen institutionellen Arrangements zur Unterstützung solcher Projekte entwickeln.

Es ist die Vernetzung von Nischen, die neue Lebensweisen Wirklichkeit werden lässt. Der Wunsch nach veränderten Lebensweisen, nach mehr Handlungs- und Gestaltungsspielräumen für das eigene Lebensumfeld, regt die Suche nach solchen Vernet-

zungen an. Entsprechende Handlungsformen werden ge- und erfunden.

Die Botschaft dieser Beispiele möchte ich im Sinne von Christoph Spehrs Essay „Gleicher als andere“³ so formulieren: Vernetzt die Nischen eurer Projekte mit anderen Projekten und Initiativen, mit Institutionen, Verwaltungen und Unternehmen. Wenn ihr mit euren Unternehmungen in Nischen seid, macht sie stark und wichtig für andere Menschen. Seid aufmerksam für andere Nischen, bedrängt sie nicht, sondern stärkt sie durch Anerkennung, Publizität und Kooperation. Bleibt offen: Eine Nische gibt Rückendeckung, sollte aber den Blick nach vorn offen lassen. Eure Nische ist eine Form von Kultur und Alltagspraxis; es gibt andere, die vergleichbare Experimentierfelder sind.

Wenn wir nicht genau wissen, wie die Zukunft sein wird, können wir es nur ausprobieren, experimentieren und aushandeln, wie wir sie gestalten wollen.

Die Ansätze werden entwick-
lungswirksam,
wenn Wirtschaft
und Gesellschaft
institutionelle
Arrangements
schaffen und
sich die Nischen
vernetzen.

¹ Land, Rainer, *Ostdeutschland - fragmentierte Entwicklung*, in: *Berliner Debatte Initial* 14 2003/6, S. 76 ff.

² Adler, Frank/ Blaffert, Susanne/ Borner, Joachim/ Peters, Ulla/ Petschow, Ulrich/ Scurrall, Babette, *Zukunft der Arbeit und nachhaltiges regionales Wirtschaften: Nachhaltiges Wirtschaften als Lern- und Selbstorganisationsprozess regionaler Akteure - Umsetzung und Wirkung beispielhafter Praxisprojekte in einer altindustriellen Region Ostdeutschland*. Abschlussbericht. Dessau 2002 unter: www.nachhaltig.org/bauhaus/reg04fr.htm, Stand: 20.07.2005.

³ Spehr, Christoph, *Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation*, Rosa Luxemburg Stiftung 2000, Texte 9.

Gesellschaftliche Integration durch Partizipation

Dr. Wolfgang Vorkamp

Begriffsbestimmung von Integration

Gesellschaftliche Integration bedarf der aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationen.

Demokratische Prozesse im Gemeinwesen sind auf das Engagement, die Aktivitäten und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das setzt deren Integration voraus.

Begreift man Integration als *Herstellung* oder *Aufrechterhaltung* einer Ganzheit aus einzelnen, gegebenenfalls unterschiedlichen Elementen, dann ist Integration kein Zustand, sondern ein *Prozess*, der ständig zwischen Integration, Desintegration und Reintegration abläuft.

Bei dem Thema Integration ist die entscheidende Frage, in welches Ganze etwas integriert werden soll. Jedes Individuum ist nicht nur gegebenenfalls formal in den Arbeitsmarkt oder das Bildungssystem, sondern auch sozial in irgendetwas integriert: in eine Familie, eine Gruppe, eine (Sub-)Kultur, ein Milieu oder einen Verein. Zugleich bedarf es in einer Gesellschaft aber auch der Integration in das gesellschaftliche Gesamtsystem, d.h. der Zustimmung oder besser noch, der aktiven Teilhabe an der Gestaltung und Aufrechterhaltung der bestehenden Normen, Werte und Institutionen der Gesellschaft. Integration wird hier daher als ein gestufter, hierarchischer Prozess interpretiert und als *primäre* und *sekundäre* Integration differenziert.



Primäre Integration findet in konkreten sozialen Beziehungen und *face-to-face*-Kontakten statt und bindet Menschen in lokale Gruppen, Organisationen und spezifische soziale Milieus oder in Subkulturen.

Sekundäre Integration bezieht sich auf abstraktere Prozesse staatlicher und gesellschaftlicher Integration und wird vor allem über gesellschaftliche Organisationen, wie z.B. Vereine, vermittelt. Hier wird die Anbindung der Individuen an gesellschaftliche Normen und Werte durch die Einbindung der Organisationen und Kulturen in die Gesellschaft geleistet.

Auf beiden Ebenen, der primären und der sekundären Integration, lassen sich *passive* und *aktive* In-

tegrationsmuster unterscheiden. Passive Integrationsmuster beschränken sich auf die Akzeptanz und die Zustimmung des Einzelnen zum Ganzen. Diese Muster sind in Zeiten der Krise nicht sehr belastbar, d.h. sie können leicht in Ablehnung und Politikverdrossenheit umschlagen. Aktive Integrationsmuster gründen auf der partizipativen Teilhabe am Ganzen, was auch konflikthafte Interventionen und protestorientiertes Verhalten einschließt und ein aktives Sich-Einsetzen für das Ganze beschreibt.

Eine belastbare Integration, wie sie in heterogenen und pluralen Gesellschaften für demokratisches Engagement erforderlich ist, bedarf unverzichtbar der Partizipation, d.h. der entscheidungsbefugten Teilhabe und einer Selbstwirksamkeitserfahrung. Umgekehrt folgt aus den genannten Bedingungen sozialer und gesellschaftlicher Integration, dass ohne eine selbstwirksame Teilhabe kein Engagement und demokratisches Handeln der Bürgerinnen und Bürger erwartet werden kann.

Integration durch Partizipation: das Beispiel von Vereinen

Vereine, über die u.a. die Integration in das gesellschaftliche Ganze vermittelt wird, werden häufig als „Schule der Demokratie“ bezeichnet. Sie sollen eine zentrale Rolle bei der Integration, der Ausbildung einer bürgerschaftlichen Gesinnung und der Aktivierung von Engagement übernehmen.

Im Rahmen einer empirischen Untersuchung in Dessau wurden alle Vereine und knapp 500 Vereinsmitglieder im Vergleich zu Nicht-Vereinsmitgliedern hinsichtlich unterschiedlicher Integrations-, Partizipations- und Vertrauensniveaus befragt. Dabei zeigt sich, dass die Integrationsniveaus in Abhängigkeit von zwei Variablen variieren.

Deutlich ist zunächst das höhere Integrations-, Ver-

trauens- und Aktivitätsniveau von Vereinsmitgliedern im Vergleich zu Nicht-Vereinsmitgliedern. Nicht-Vereinsmitglieder sind sowohl primär als auch sekundär weitaus geringer integriert. Sie haben kleinere soziale Netzwerke, geringere soziale Kompetenzen, zeichnen sich hingegen durch eine höhere Politikverdrossenheit aus.

Eine differenzierte Betrachtung unterschiedlicher Vereinstypen zeigt, dass die gesellschaftliche Integration auch von der Art der Vereine abhängig ist. Man muss Vereine deshalb hinsichtlich ihres Zwecks, ihres Anliegens und hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Positionierung in der Gesellschaft unterscheiden.

Von noch größerer Bedeutung für den Grad der Zustimmung und der Integration der Mitglieder als die Art der Vereine ist die Art der Teilhabe, also die Möglichkeit zum verantwortlichen, selbstwirksamen Handeln der Mitglieder. Es sind vor allem diese Erfahrungen der Wirksamkeit des eigenen Tuns, die die Einzelnen in die Umgebung einbeziehen, mit der sie handelnd zusammenwirken - wenngleich nicht immer harmonisch und konsensuell - und die sie durch ihre Teilhabe zum Teil des Ganzen werden lassen. Es muss bei der Frage nach der Integration daher sowohl zwischen der Art und den Zielen der jeweiligen Organisation, als auch und insbesondere zwischen den Partizipationsniveaus unterschieden werden.

Besonders deutlich zeigt sich die integrative Wirkung von Partizipation an den Mitgliedern der Vereine, die nicht nur einem Privatzweck dienen, wie die Sport- und Freizeitvereine, sondern die neben dem persönlichen Interesse der Mitglieder ein allgemeines Anliegen haben, wie z.B. die Wohlfahrts- und Sozialvereine. Betrachtet man hier die Organisationen, die bereits in der DDR bestanden haben und die sich insofern in einer spezifischen kultu-

Die Integration und das demokratische Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist abhängig von den Zielen, Werten und internen Strukturen der jeweiligen Einrichtung.

rellen und sozialpolitischen Tradition bewegen, dann lassen sich die Mitglieder dieser Vereine allgemein als „sozialengagierte Systemverweigerer“ beschreiben, die insgesamt eine sehr geringe Zustimmung zum politisch-gesellschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland haben. Sie weisen neben der fehlenden Zustimmung eine sehr hohe politische Aktivität auf, müssen aber als wenig integriert in das gesellschaftliche Ganze gelten.

Unterscheidet man die Mitglieder nach ihrer Funktion und nach dem Grad aktiver Teilhabe im Verein, dann weisen die ehrenamtlichen Funktionsträger/-innen die höchsten Werte bei der allgemeinen Zustimmung zu gesellschaftlichen Normen, Werten und Institutionen sowie bei den politischen Aktivitäten in ihrem Segment auf. Die geringste Zustimmung und die geringste Integration von allen Untersuchten findet man hingegen im selben Segment bei den einfachen Mitgliedern derselben Vereine.

Offensichtlich leisten also insbesondere die gesellschaftlichen Aktivitäten, Entscheidungsbefugnisse und die daraus hervorgehenden Selbstwirksamkeitserfahrungen der ehrenamtlich Aktiven, ihr tätiger Kontakt mit der umgebenden Gesellschaft, einen wesentlichen Beitrag zu deren Integration. Die

passiven Mitglieder hingegen verbleiben in ihrer Nische in weitgehender Ablehnung, Widerstand und Rückzug.

Das Integrationsniveau und das daraus erfolgende demokratische Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist demnach, so zeigt die Untersuchung, zum einen abhängig von der sozial-politischen Einstellung der jeweiligen Einrichtung, ihren Zielen, Werten und internen Strukturen. Zum anderen ist aber vor allem die aktive Partizipation von Bedeutung für die Integration, und das gilt selbst in systemverweigernden Nischen.

Ein entscheidendes Mittel für eine nachhaltige Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern und deren demokratisches Engagement im Gemeinwesen ist die Schaffung von Möglichkeiten der Partizipation. Das erfordert die Umverteilung von Entscheidungsbefugnissen und -kompetenzen und das Angebot von Möglichkeiten, die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu erfahren.

Dazu müssen Entscheidungskompetenzen und -befugnisse aus der Hand staatlicher Akteure in die Hände der Bürger/-innen (zurück)gegeben werden oder von den Bürger/-innen verstärkt eingefordert werden.

ZUKUNFT ENTLEERTER REGIONEN

Regionen, die stark von Abwanderung betroffen sind, müssen kreative Problemlösungen entwickeln: Junge Menschen brauchen Alternativen zur Abwanderung aus ihrer Heimat ebenso wie Angebote zur Rückkehr. Das Lebensumfeld in den entleerten Regionen muss neu gestaltet werden. Als Expertinnen und Experten für ihre Situation übernehmen die Zurückgebliebenen diese Aufgaben am besten selbst. Dabei brauchen sie Unterstützung, um neues Vertrauen in demokratische Prozesse zu fassen und zu einer aktiven Teilhabe am Gemeinwesen zu finden.

Leben und Umgang mit Abwanderung

Susanne Thies

Leben mit Abwanderung: Sachsen-Anhalt

Was passiert in entleerten Räumen mit den zurückbleibenden Menschen? Welche Probleme wirft Abwanderung für sie auf und welche Umgangsweisen entwickeln sie? Ein vergleichender Blick auf betroffene Regionen in Ostdeutschland und Süditalien zeigt Gemeinsamkeiten, aber auch unterschiedliche Überlebensstrategien.

Der Bevölkerungsrückgang ist in Sachsen-Anhalt stärker als in jedem anderen Bundesland. Er wird zu etwa zwei Dritteln durch Abwanderung und zu einem Drittel durch den Geburtenrückgang verursacht. Die „Sachsen-Anhalt-Studie“ fragt nach den Ursachen dieser Entwicklung und versucht, konkrete Maßnahmen gegen Geburtenrückgang und Abwanderung zu entwickeln (www.menschen-fuer-sachsen-anhalt.de). Sie wurde von der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) zusammen mit der Gesellschaft für Familienforschung e.V. von Dezember 2002 bis November 2004 im Auftrag der Landes-



regierung Sachsen-Anhalt durchgeführt. Die Studie umfasst eine repräsentative Telefonbefragung von über tausend Abgewanderten, qualitative Interviews mit Eltern und Kinderlosen in Sachsen-Anhalt, eine partizipative Befragung von Expert/-innen sowie innerdeutsche und europäische Vergleichsstudien.¹ Die Sachsen-Anhalt-Studie beinhaltet eine Teilstudie über eine von Abwanderung stark betroffene Region in Süditalien, die Basilicata.

Die Sachsen-Anhalt-Studie „Zukunftschancen junger Menschen und junger Familien in Sachsen-An-

Erfolgreicher Umgang mit Bevölkerungsrückgang erfordert die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Auf lokaler, regionaler, landesweiter und EU-Ebene müssen Initiativen gestärkt werden.

halt“ ergänzt quantitative demografische Befunde durch qualitative Daten. Die Empfehlungen, die sich aus der Studie ergeben, werden bereits in die Praxis umgesetzt durch Projekte des nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung sowie der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH).

Ein grundsätzliches Ergebnis der Sachsen-Anhalt-Studie ist: Abwanderung ist nicht ausschließlich arbeitsmarktabhängig. Die Heimatverbundenheit und die Rückkehrbereitschaft der Abgewanderten ist erstaunlich hoch. Maßnahmen gegen Abwanderung und Geburtenrückgang müssen darum ebenso in Köpfe und Herzen der Menschen investieren wie in die Entwicklung regionaler Infrastruktur. Die Einrichtung einer Kontaktagentur für Abgewanderte zur Pflege von Netzwerken ist sinnvoll und notwendig. Diese Rückkehragentur befindet sich derzeit im Aufbau und ist über die Internetseite www.kontakt-ostdeutschland.de zu erreichen. Wichtig ist auch die Förderung der Rückwanderung älterer Menschen nach Abschluss ihrer Berufslaufbahn. Existenzgründerdarlehen, die Förderung von Nebenerwerbstätigkeit und Eigenheimbau sind dazu geeignete Maßnahmen.

Das Rückwanderungsprojekt entwickelt weitere Maßnahmen zur Förderung von Rückwanderung in die neuen Bundesländer. Es fördert den Kontakt der Abgewanderten zur Heimatregion und kommuniziert Rückkehrangebote. Das Projekt unterstützt dabei ostdeutsche Kommunen, ihre Aufnahmebereitschaft für Rückwanderer zu verbessern und ein positives Image zu bilden.

Eine Abwanderungsregion kann Zuzug fördern, indem sie ihre Regionalpolitik bevölkerungsbewusst gestalten. Eine solche Politik muss ausgezeichnete

Hochschul- und berufliche Bildung über den Landesbedarf hinaus anbieten. Studienangebote, die besonders von Frauen nachgefragt werden, sollten ausgeweitet und ein Konzept für eine familienfreundliche Hochschule entwickelt werden.

Derzeit richtet die Hochschule Magdeburg-Stendal in Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zur familienfreundlicheren Gestaltung der Studienbedingungen ein Forum „Studieren mit Kind“ ein.²

Basilicata: Überlebensstrategien einer verlassenen Region

Die Teilstudie der Sachsen-Anhalt-Studie über die Basilicata in Süditalien zeigt Abwanderung vor dem Hintergrund einer gescheiterten Regionalpolitik. Zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles erließ die italienische Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg das Gesetz der „außergewöhnlichen Subventionierung“, das durch Investitionssubventionen von bis zu 85% die Ansiedlung staatseigener und anderer großer Industriebetriebe fördern sollte. Mit der Ölkrise wurde diese Entwicklung gestoppt, und es entstanden sogenannte „Kathedralen in der Wüste“. Die regionalen Disparitäten sind in Italien nach wie vor enorm. Hier hat die Politik von Region, Land und EU auf der ganzen Linie versagt.

Zwischen der Basilicata und Sachsen-Anhalt fallen Gemeinsamkeiten auf. In beiden Regionen ist die Arbeitslosigkeit allgemein und unter jungen Menschen äußerst hoch. Die Bevölkerung ist überaltert. In beiden Regionen wurde Industrie subventioniert und angesiedelt, ohne regionale sozioökonomische Gegebenheiten ausreichend zu berücksichtigen. Hochqualifizierte wandern in prosperierende Regionen ab.

Doch welche speziellen Überlebensstrategien entwickeln die Betroffenen vor Ort; wie gehen sie mit der Abwanderung um? Dies untersuchte die Basilicata-Teilstudie im Dorf Cirigliano. Cirigliano hat 400 Einwohner/-innen, keine großen Verkehrsachsen, schwierigen Zugang zum Meer und zu anderen urbanen Zentren. Abwanderung und Überalterung sind hier noch deutlicher ausgeprägt als sonst in der Basilicata. 80 bis 90% der Bewohner/-innen sind über 60 Jahre alt. Es herrscht eine hohe Ortsverbundenheit der Abgewanderten und Gebliebenen. Die wichtigste Strategie zur Ortsentwicklung ist die Gründung des Kulturvereins „Pro Loco“. Die Bewohner/-innen planen Angebote für den Agrotourismus sowie Übernachtungsmöglichkeiten für Tourist/-innen. Die Regionalregierung der Basilicata fördert durch ein besonderes Programm die Bindung der Lukanier/-innen im Ausland an ihre Heimatregion, indem eine Kommission der Regionalregierung „Lucani al estero“ (Lukanier im Ausland) gebildet wurde. In mindestens 14 Ländern der Welt gibt es Dachorganisationen von ausgewanderten Lukanier/-innen, die von der Regionalregierung der Basilicata auch finanziell in geringem Umfang unterstützt werden. In Deutschland gibt

es mindestens zehn solcher Vereine. Das Gesetz der „außergewöhnlichen Subventionierung“ wurde 1992 abgeschafft. Außerdem wurden spezifische Programme für heimkehrende Emigrant/-innen entwickelt.

Diese Maßnahmen sind auf andere entleerte Regionen nicht eins zu eins übertragbar.

Es stellen sich einige Grundfragen, die es in Zukunft zu beantworten gilt:

Welche Menschen leben in Zukunft in Abwanderungsregionen, und wie begreifen und gestalten sie ihr Leben in diesen Regionen? Welche Stärken haben Abwanderungsregionen? Wie sieht die Zusammensetzung der Gebliebenen bzw. Zurückgekehrten aus? Welche Überlebensstrategien der Da-gebliebenen finden wir vor? Welche Maßnahmen können Kommunen entleerter Regionen ergreifen und fortführen, um ihre Kommune attraktiv zu gestalten für Zu- und Rückwanderer?

1 Diese Studie ist die Vorläuferstudie der aktuellen Forschungsprojekte der Hochschule Magdeburg-Stendal „Rückwanderung als dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte“ sowie „Bevölkerungsmagnet Hochschule“ (www.menschen-fuer-ostdeutschland.de).

2 Die Ergebnisse der Studien „Rückwanderung“ und „Bevölkerungsmagnet Hochschule“ werden auf der Abschlusstagung im Oktober 2006 sowie im Abschlussbericht erscheinen.

In entleerten Regionen müssen die Kommunen selbst aktiv werden und einen individuellen Umgang mit der Situation entwickeln.

Abwanderung von jungen Menschen und die Folgen für die demokratische Entwicklung

Bernd Mones

Demokratiegefährdende Entwicklungen unter jungen Menschen

Die Dimensionen von Abwanderung und demografischer Entwicklung in Ostdeutschland sind sehr unterschiedlich. Abgesehen von wenigen Regionen im „Speckgürtel“ Berlins verlassen jedoch seit Jahren sehr viele junge Menschen Ostdeutschland wegen eines Ausbildungsplatzes. Gleichzeitig gibt es durch den Geburteneinbruch Anfang der 1990er Jahre immer weniger junge Menschen.

Die abwandernden Jugendlichen haben überdurchschnittlich gute Schulabschlüsse und sind besonders mobil. In ihrer Heimatregion waren sie relativ aktiv in Schüler/-innenvertretungen, Verbänden und Vereinen oder in regionalen Interessengruppen. Damit wandern junge Menschen ab, die bereits erste Erfahrungen mit demokratischen Prozessen gemacht haben und sich künftig entsprechend einbringen und engagieren würden - so sie denn blieben.

Bevor die Frage nach der Auswirkung von Abwanderung auf Demokratiepoteziale beantwortet werden kann, soll geklärt werden, was Demokratiepoteziale sind, was Demokratie trägt und was



ihr abträglich ist. Vor etwa 200 Jahren analysierte der französische Soziologe Alexis de Tocqueville die Entwicklung der damals noch sehr jungen amerikanischen Demokratie. Für ihn basierte die Demokratie auf zwei Säulen: Auf einer vergleichsweise hohen Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl zu interessieren und zu engagieren und auf einer hohen Loyalität zum Staat und dem ihn stützenden Rechtssystem. Tocqueville untersuchte, welche individuellen Einstellungs- und Verhaltensmuster autoritäre Kräfte fördern: „Ich will mir vorstellen, unter welchen neuen Merkmalen der Despotismus in der Welt auftreten könnte: Ich erblicke eine Menge

Perspektivlosigkeit, mangelnde Selbstgestaltung und Erfahrung mit demokratischen Prozessen fördern autoritäre Einstellungen.

einander ähnlicher und gleichgestellter Menschen, die sich rastlos im Kreise drehen, um sich kleine und gewöhnliche Vergnügungen zu verschaffen, die ihr Gemüt ausfüllen. Jeder steht in seiner Vereinzelung dem Schicksal aller anderen fremd gegenüber: Seine Kinder und seine persönlichen Freunde verkörpern für ihn das ganze Menschengeschlecht; was die übrigen Mitbürger angeht, so steht er neben ihnen, aber er sieht sie nicht.“¹

Dieser Mensch, der nur sich und die Erfüllung seiner Wünsche und Genüsse im Sinn hat, ist heute auch in Ostdeutschland zu Hause. Die Schriftstellerin Dagmar Leupold nähert sich der jugendlichen Lebenswelt literarisch.² Sie beschreibt die Anfahrt auf ein ehemaliges Sanatorium in der Uckermark, ca. 80 km nördlich von Berlin: „In den Ortschaften, die man durchfährt, gibt es neben den allgegenwärtigen Filialisten auffallend viele Fahrschulen: Auf den Stufen sitzen junge Führerscheinanwärter, rauchen, telefonieren, schreiben SMS, den Blick glasig in eine Ferne gerichtet, die der Ort nicht hergibt. (...) Einige von den Jungen und Mädchen, denke ich, werden bei der nächsten Gelegenheit ihr Auto um einen Baumstamm wickeln und von ihren Freunden ein kleines kitschiges Grabmahl erhalten, mit Stofftieren, in Plastikfolie eingeschweißten Liebesbotschaften, Kerzen und Fotos. Diejenigen, die hier ihr Leben verlieren, haben noch nie einen Job verloren: Die Erfahrung, Arbeit zu haben, Verantwortung, Zuständigkeit, Fähigkeiten und Talente, die ihnen ermöglichen, ihr Leben zu gestalten und zu finanzieren, gehört nicht zu ihrem kurzen Leben.“³

Diese Beschreibung eines kleinen Ausschnittes der Lebenswelt Jugendlicher ist sicher eine brutale Überspitzung. Aber sie thematisiert das dünne Eis,

auf dem sich junge Menschen bewegen und verweist auf die Ermöglichungsfaktoren von autoritären Einstellungen. Die nicht gelingen wollenden Übergänge von der Schule in Ausbildung und Arbeit können schnell in die Sehnsucht nach starken, gefährlichen Erlebnissen umkippen. Die Jugendlichen sehen keine Perspektive für sich, fühlen sich nicht erwartet von der Gesellschaft und vom Gemeinwesen. Tocquevilles Mensch ist hier sehr jung und hat sich dem Gemeingeist noch gar nicht zugewandt. Neben Perspektivlosigkeit, mangelnder Einübung von Selbstgestaltung und Erfahrung mit demokratischen Prozessen spielt auch eine Rolle, ob und welche spürbaren Nachteile es für den Einzelnen ergibt, wenn er sich nur sich selbst und seinen Vorteilen zuwendet.

Die Abwanderung junger Menschen in der Grenzregion zu Polen wurde 2002 mit der Studie „Jugend in Grenzregionen“ differenziert erfasst.⁴ Dabei zeigt sich, dass die Wanderungsbereitschaft mit der Größe des Wohnortes wächst. Von den umzugsbereiten Jugendlichen sind 48% weiblich und nur 38% männlich. Am wenigsten umzugsbereit sind schon Erwerbstätige und Arbeitslose. Fast die Hälfte der Befragten kann sich vorstellen, den Wohnort zu wechseln. Abwanderungsgründe sind neben der fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeit auch die mangelnde Attraktivität der Region für die Freizeitgestaltung. Die Herkunftsregion wird geschätzt, aber im Hinblick auf die eigene Perspektive sehr negativ bewertet. Diese Schlussfolgerung lässt die hohe Zahl der potenziell abwandernden Jugendlichen zu. Dafür spricht auch die Tatsache, dass sehr viele Jugendliche mit erfolgreichem Schulabschluss keine betriebliche Ausbildung beginnen, obwohl relativ viele Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben.

Demokratiepotenziale stärken

Wir brauchen Kooperationen mit Akteuren, die Ressourcen jenseits von schulischen oder sozialpädagogischen Ansätzen freisetzen können.

Den Demokratiepotenzialen stehen in Ostdeutschland erhebliche demokratiegefährdende Potenziale gegenüber. Dabei handelt es sich um Einstellungsmuster, die teilweise oder ganz die demokratische Ordnung in Frage stellen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind unter Jugendlichen wie unter Erwachsenen weit verbreitet. Das zeigen sowohl zahlreiche Studien als auch die Praxis von Schule und Jugendarbeit. Die Programme und Projekte der letzten 15 Jahre, die sich diesem Problem zugewendet haben, waren unverzichtbar und müssen fortgesetzt werden. Denn fremdenfeindliche Einstellungen und Gewalt gegenüber Minderheiten sind nicht signifikant eingedämmt. Bei der bisherigen Arbeit zeigten sich einige Probleme: Viele Projekte wirken wenig nachhaltig und sollen zusätzlich die Kommunalhaushalte finanziell entlasten. In den Kommunen arbeiten die zivilgesellschaftlichen Akteure oftmals gegeneinander, ohne einen demokratischen Interessenausgleich zu suchen. Die Labilität gegenüber demokratischen Strukturen ist in den östlichen Bundesländern größer als in den westlichen, und die bleibenden Familien tradieren diese Labilität eher als die abwandernden.

Die künftige Arbeit muss daraus Konsequenzen ziehen und Projekte und Strukturen unterstützen, die durch die enge Verzahnung mit zivilgesell-

schaftlichen Akteuren (Vereine, Sport, Kirche etc.) Nachhaltigkeit besser sichern können. Bestehende zivilgesellschaftliche Akteure, Strukturen und Projekte sollten mehr Verantwortung für benachteiligte Jugendliche übernehmen. Vereine, Verbände, Clubs bis hin zu Kirchen sind oft „closed shops“, sie müssen sich öffnen. Sport ist oftmals zu leistungsorientiert und schließt damit junge Menschen aus, die eine geringe Selbststrukturierung haben und nur schwer mit Niederlagen und Frustrationen umgehen können. Wir brauchen Kooperationen mit Akteuren, die Ressourcen jenseits von schulischen oder sozialpädagogischen Ansätzen freisetzen können: Professionell begleitete Musik-, Kunst- und Kulturprojekte sollten stärker als wichtige Partner von Jugendarbeit und Gemeinwesenprojekten gewonnen werden. Wir müssen jungen Menschen Partizipation ermöglichen: Ihre Interessen systematisch erkunden und strukturell deren Relevanz stärken durch Clubräte, selbstverwaltete Räume und offene Beteiligungsverfahren im Gemeinwesen. Denn Mitgestaltung im Gemeinwesen weckt Verantwortungsbereitschaft und schafft positive „Sinn“-Erfahrungen.

¹ Tocqueville, Alexis de, *Über die Demokratie in Amerika*, dtv 1984, S. 814.

² Der Text entstand im Rahmen eines Projektes, in dem Schriftsteller/-innen sich mit verlassenen, ihrer Funktion beraubten Bauten und den Ursachen und Wirkungen von Wanderung auseinandersetzen.

³ Leupold, Dagmar, *Gefährliche Liegenschaften*, in: *Last and Lost*, Raabe, Katharina/ Szajderman, Monika (Hrsg.), Suhrkamp 2006, S. 227.

⁴ Institut für Kindheits-, Jugend- und Familienforschung, *Junge Menschen in Grenzregionen der neuen Bundesländer*, Vehlmann 2003.

POLITISCHE BILDUNG IM GEMEINWESEN

Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern nutzen Rechtsextremisten kommunal- und sozialpolitische Themen für ihre Agitation. Sie bewegen sich innerhalb zivilgesellschaftlicher Strukturen, treten offensiv bei Bürgerversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen auf. Wie können demokratische Akteure vor Ort damit umgehen? Hier sind Konzepte politischer Bildung gefordert, die den Akteuren geeignete Kompetenzen vermitteln und im Gemeinwesen wirken. Kann politische Bildung bei rechtsextremistischen Bestrebungen und Kampagnen in der Gesellschaft helfen und die Bürgerinnen und Bürger demokratischer und toleranter machen?

Besondere Anforderungen an politische Bildung in Ostdeutschland

Martin Ziegenhagen

Zivilgesellschaft mit schwacher Verankerung

In einigen ländlichen Regionen Ostdeutschlands lässt sich auch 16 Jahre nach der „Wende“ eine nur schwach ausgebildete Verankerung der Demokratie und des politisch-gesellschaftlichen Wertesystems beobachten. Vielen Menschen scheint das „bundesrepublikanische Demokratiemodell nach wie vor fremd“.¹ Ökonomische Krisen, biografische Entwertungserfahrungen und unübersichtliche gesellschaftliche Prozesse führen zu starker Verunsicherung und fördern die Sehnsucht nach einfachen, überschaubaren Strukturen und verständlichen, simplen Lösungen. Dem demokratischen System wird in dieser Hinsicht wenig zugetraut. Die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, wird nicht gesehen; Ohnmacht und Resignation bestimmen das Lebensgefühl vieler Menschen. Einige wenden sich gänzlich von der Demokratie ab,



Die demokratische Zivilgesellschaft fehlt in einigen ostdeutschen Gebieten fast völlig. An ihrer Stelle nehmen Rechtsextremisten eine starke Stellung ein.

andere ziehen sich aus der Öffentlichkeit zurück, flüchten ins Privatleben. Die demokratische Zivilgesellschaft kommt zum Erliegen.

An ihrer Stelle haben Rechtsextremisten eine starke Stellung in vielen Kommunen und Regionen eingenommen. Sie agieren offensiv und selbstbewusst und nutzen kommunalpolitische und

soziale Themen für ihre Agitation. Ihre vermeintliche Durchsetzungsfähigkeit und ihre lokale Vormachtstellung untermauern sie immer wieder mit spektakulären Gewalttaten gegen Angehörige von Minderheiten oder politische Gegner. Und die Zahl ihrer Anhänger wächst, wie jüngste Wahlergebnisse zeigen.

Eine lebendige und engagierte Zivilgesellschaft und eine ausgeprägte demokratische Kultur können ein wirksames Gegengewicht zu rechts-extremistischen Umtrieben darstellen und sind wesentliche Voraussetzungen dafür, rechtsextremistisches Gedankengut erfolgreich aus der Gesellschaft zu verdrängen. Das zeigt die Erfahrung aus zahlreichen Projekten, die in den letzten Jahren im Rahmen der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus durchgeführt wurden.

Aufgaben der politischen Bildung

Welche Rolle kann dabei die politische Bildung spielen? Was ist politische Bildung, und ist sie dazu geeignet, einer am Boden liegenden Zivilgesellschaft neues Leben einzuhauchen und den rechts-extremistischen Hegemoniebestrebungen demokratische Kultur entgegenzusetzen?

Politische Bildung allgemeingültig zu definieren, fällt schwer. Sie wird in ganz unterschiedlicher Weise erworben und erfahren, in der Schule, außerschulisch, privat, durch das Engagement in einer Bürgerinitiative oder einer politischen Partei, durch regelmäßige Zeitungslektüre und vieles mehr. Politische Bildung kann alle Gelegenheiten zur rationalen Auseinandersetzung mit der politischen Wirklichkeit bezeichnen, bei denen Kompetenzen ausgebildet werden, die es dem Menschen ermöglichen, sich im politischen Bereich zu orientieren.²

Diese Erklärung impliziert einen freiwilligen Impetus der Menschen, sich einzumischen, politische Prozesse verstehen und mitgestalten zu wollen. Sie setzt aktive Bürgerinnen und Bürger voraus, die die Demokratie kultivieren, weiterentwickeln und mit Leben füllen. Politische Bildung fördert die dazu nötigen Kompetenzen. Angeboten von Landeszentralen, freien Trägern oder zivilgesellschaftlichen Initiativen ist politische Bildung eine Serviceleistung für eine lebendige, demokratische Zivilgesellschaft.

Was aber, wenn es an dieser demokratiebejahenden Zivilgesellschaft fast gänzlich fehlt und die Serviceleistung nur von einer Handvoll Menschen in Anspruch genommen wird? Klassische politische Bildung stößt hier an ihre Grenzen. Sie eignet sich nicht als „schnelle Eingreiftruppe“, die grundsätzliche Missstände wie mangelndes Demokratieverständnis oder mangelnde Verankerung demokratischer Werte im Handstreich beseitigen kann. Gleichwohl ist es ein wesentliches Ziel der politischen Bildung, zur Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie bzw. zur Schaffung von Lebensgrundlagen für die Demokratie beizutragen. Eine wesentliche Lebensgrundlage der Demokratie ist eine lebendige, demokratisch orientierte Zivilgesellschaft. Insofern ist die politische Bildung gerade in diesen Regionen aufgefördert, tätig zu werden. Sie verfügt auch längst über genügend Konzepte und Methoden, mit denen man eben jene gesellschaftlichen Gruppen erreichen kann, die sich bisher nicht zu Aktivität und Teilhabe motivieren ließen.

Die Frage, ob politische Bildung in Regionen mit schwach ausgebildeter Zivilgesellschaft helfen kann, eben diesem Missstand abzuhelpen, lässt sich also mit ja beantworten. Allerdings sind dafür bestimmte Rahmenbedingungen erforderlich, die nicht überall anzutreffen sind. Die Erfahrung zeigt, dass der Erfolg innovativer, partizipativer

Ziel politischer Bildung ist die Schaffung von Lebensgrundlagen für die Demokratie. Dazu gehört eine lebendige Zivilgesellschaft.

Methoden und Konzepte politischer Bildung entscheidend von der Verankerung der Anbieter in der jeweiligen Region abhängt. Angebote der politischen Bildung werden wahrgenommen, wenn sich Projektträger, kommunale Vertreter und zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort vernetzen. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die Orientierung am tatsächlichen Bedarf vor Ort. Die Angebote und Veranstaltungen müssen von einer sorgfältigen Analyse der kommunalen Bedarfs- und Problemlage ausgehen und so angelegt sein, dass die Adressaten für sich einen Nutzen erkennen, daran teilzunehmen. Durch die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten, beispielsweise durch Bürgerkonferenzen oder Zukunftswerkstätten, kann schrittweise ein Zutrauen zu demokratischen Prozessen geweckt werden. Gerade Menschen, die sich von der Demokratie abgewendet haben oder ihr skeptisch gegenüber stehen, muss politische Bildung zu einem neuen Verhältnis zur Demokratie bzw. einem neuen, grundlegenden Demokratieverständnis verhelfen und ihnen zentrale demokratische Werte anschaulich vermitteln. Nur so kann die Zivilgesellschaft mobilisiert werden. Klassische Themen der politischen Bildung, wie eine Einführung in die Geschichte des Parlamentarismus oder die Erläuterung des Wahlsystems, sollten dahinter zunächst zurückstehen.

Trotzdem ist auch die klassische Form der politischen Bildung ein bedeutsamer Bestandteil eines Konzepts zur Belebung der Zivilgesellschaft.

Vertiefte Kenntnisse über Geschichte und Entwicklung des Rechtsextremismus tragen dazu bei, die wahren Motive des Rechtsextremismus zu erkennen und vermitteln Kompetenzen, um in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Positionen argumentativ zu bestehen. Wenn es gelingt, die kommunalen Eliten, politisch Verantwortliche, Lehrer/-innen, Angestellte in Verwaltung und Polizei oder Mitarbeiter der Jugendarbeit in diesem Bereich zu qualifizieren, kann daraus eine veränderte Haltung der Kommune gegenüber demokratiefeindlichen Tendenzen entstehen. Dies kann erhebliche Signalwirkung für die Zivilgesellschaft haben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass politische Bildung ein wertvoller Baustein in einem mehrdimensionalen Konzept zur Stärkung von demokratischer Kultur und zivilgesellschaftlichem Engagement sein kann. Wenn sie ihre spezifischen Kompetenzen abgestimmt auf die tatsächliche Bedarfslage in einem stabilen lokalen Netzwerk langfristig einbringen kann, sind wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche politische Bildung gegeben. Dazu gehört auch - last but not least - dass ihr die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Erfolgreiche politische Bildung beruht auf einem stabilen lokalen Netzwerk, bedarfsorientierten Angeboten und Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten.

¹ Borstel, Dierk, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), *Bürgerstiftungen für Demokratische Kultur*, Berlin 2005.

² Vgl. www.fortbildung-bw.de/wb/02_privatbereich/30_politische_bildung/index.php?lvl=&oid=.

AKTIVIERUNG DES GEMEINWESENS

Vorgestellt werden Projekte, die erfolgreich und auf unterschiedliche Weise Menschen in ihrer Region oder Kommune motivieren, sich für das Gemeinwesen einzusetzen. Welche individuellen Gründe sind maßgeblich für das bürgerschaftliche Engagement, und wie greifen die Akteure diese Motivation in ihren methodischen Ansätzen auf? Die konkreten Aktivitäten, Entwicklungen und Probleme werden beschrieben.

Aktion Zivilcourage Pirna

Die Aktion Zivilcourage (AZ) ist eine selbstorganisierte, unabhängige Initiative in der Stadt Pirna. Jugendliche schlossen sich 1999 in der AZ zusammen, um rechtsextremen Tendenzen in der Region und der politisch rechts orientierten Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen etwas entgegenzusetzen. Unter dem Motto: „Die Vergangenheit können wir nicht ändern, aber unsere demokratische Zukunft müssen wir aktiv mitgestalten“ machen mittlerweile rund 30 Aktive zwischen 14 und 29 mobil gegen Rechtsextremismus. Längst stehen sie dabei nicht mehr allein - auch viele Ältere unterstützen das Engagement der Jugendlichen.

Schwerpunkt der Arbeit der AZ ist Aktivierung des Gemeinwesens in und um Pirna. Die AZ organisiert Angebote in den Bereichen Kultur, Geschichte und politische Bildung. Sie fördert insbesondere das soziale Engagement junger Menschen. „Bei vielen Jugendlichen ist dieses soziale Engagement zu spüren, es muss nur unterstützt werden“, meint Sebastian Reißig, Gründungsmitglied der AZ und seit fünf Jahren hauptamtlicher Leiter des Initia-

tivbüros. Die AZ hat ein breites Partnernetzwerk zwischen den örtlichen Bildungseinrichtungen, Schulen und Vereinen geschaffen, mit dem sie Informationsveranstaltungen und Projekttagge organisiert. Zum Beispiel zum Thema Musik: „Musik ist eines der wichtigsten Medien zur Aktivierung von Jugendlichen“, weiß der 28jährige Sebastian Reißig. Die AZ veranstaltet regelmäßig Konzerte und Jugendpartys - und bietet damit Alternativen zur rechten Jugend- und Musikszene. Jährliches Highlight ist das RESPECT - Sommerfestival der AZ, dessen Erlös der lokalen Jugendarbeit gespendet wird. Allein 2005 kamen rund 3.000 Menschen in den Schlosspark Dresden/Graupa und feierten zu unterschiedlichsten Musikrichtungen von Bands wie Mutabor und Los Banditos ein ausgelassenes Fest. Das Sommerfestival wird fortgesetzt werden, denn es setzt sichtbare Zeichen für eine weltoffene Kultur und macht anderen Engagierten Mut.

Aufgrund ihrer vielfältigen Arbeit im Gemeinwesen ist die AZ nicht nur für Schulen, Multiplikator/-innen und Vereine zu einem festen Ansprechpartner geworden. Auch kommunale Verantwortungsträger,

die Verwaltung und die Ordnungsbehörden sehen in der AZ einen kompetenten Partner, mit dem sie auf unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten. Viele Veranstaltungen organisiert die AZ gemeinsam mit der Stadt Pirna und anderen Initiativen. Zum Beispiel fand der „Markt der Kulturen“ im Mai 2006 bereits zum vierten Mal statt. Der Marktplatz füllt sich alljährlich mit Informationsständen verschiedener Vereine und Organisationen, kulinarischen Spezialitäten und kunsthandwerklichen Dingen aus

aller Welt sowie einem bunten Kulturprogramm. Die Stadt Pirna mit ihren Bürgerinnen und Bürgern praktiziert so Toleranz und multikulturellen Zusammenhalt in der Region und über die Landesgrenzen hinaus. Den Akteuren selbst ist nicht nur die Veranstaltung wichtig, „sondern auch und vor allem der Weg dorthin“, betont Sebastian Reißig. Denn durch die lange, gemeinsame Vorbereitung verbessert und festigt sich die Zusammenarbeit verschiedener Vereine, Initiativen und Behörden für die Zukunft.



Aktion Zivilcourage Pirna

Ansprechpartner: Sebastian Reißig



Kontakt:

Aktion Zivilcourage e. V.

Lange Str. 43, 01796 Pirna

Tel.: 03 501 - 46 08 80,

post@zivilcourage-pirna.de

www.zivilcourage-pirna.de

Organizing SchöneWeide

Gunther Jancke

Ziele einer Community Organization

Wie können Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und gut vorbereitet politische Entscheidungsprozesse beeinflussen? Wann kommen sie mit Vertreter/-innen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung wirkungsvoll ins Gespräch? Wer füllt die Zivilgesellschaft vor Ort mit Leben? Community Organizations sind eine pragmatische und erfolgreiche Antwort auf diese Fragen. Eine Community Organization oder Bürgerplattform besteht aus lokalen Gruppen, Institutionen und einzelnen Bürger/-innen, die gemeinsam an der Entwicklung ihres Stadtteils arbeiten. Wichtigstes Ziel ist es, persönlich und gemeinschaftlich handlungsfähig zu werden und so das eigene Leben und das gesellschaftliche Zusammenleben gemeinsam mit anderen zu gestalten.

Durch die Bürgerplattform können die Bürger/-innen Werte, die ihnen wichtig sind, sichtbar und hörbar machen und in ihren Aktionen umsetzen. So können sie die demokratische Kultur eines Ortes nachhaltig positiv verändern und eine zusätzliche ernst zu nehmende Stimme an „Tischen der Entscheidung“ sein. Um diese Ziele zu erreichen und eine starke Bürgerplattform aufzubauen, fördern Community Organizations die Beziehungen im Stadtteil und die Selbstorganisation lokaler Gruppen.

Merkmale einer Community Organization

Die Bürgerplattform basiert auf einem funktionierenden lokalen und regionalen Beziehungsgeflecht. Der Aufbau von intensiven Beziehungen gehört darum zur wichtigsten und ständigen Aufgabe. Besonders die anerkannten Führungspersonlichkeiten aus unterschiedlichen Organisationen eines Stadtteils sollen sich persönlich kennenlernen und sich über ihre Interessen verständigen. Wenn diese Community Leaders sukzessive Vertrauen, Solidarität und gegenseitigen Respekt aufbauen, ist eine Abstimmung über gemeinsame Aktionen möglich.

Finanzielle Unabhängigkeit ist für die Bürgerplattform existenziell. Die Bürgerplattform ist Eigentum der Gruppen und Organisationen des Ortes und muss daher von einseitiger, auch staatlicher Finanzierung unabhängig sein. Geld braucht die Organisation aber, um professionell und öffentlichkeitswirksam zu arbeiten und einen unterstützenden Organizer zu finanzieren. Startfinanzierungen können Wirtschaftsverbündete oder Stiftungen leisten. Mitgliedsbeiträge sollten die Finanzierung des Organizers sichern.

Die Bürgerplattform lebt durch ihre Aktionen. In kleinen oder großen Treffen, Gesprächen oder Versammlungen setzt sie sich mit Akteuren aus Parla-

menten, Verwaltung oder Wirtschaft auseinander. Um politische Entscheidungen zu beeinflussen und konkrete Verbesserungen der Lebenssituation im Stadtteil zu erreichen, ist es oft nötig, die Entscheidungsträger/-innen unter Druck zu setzen. Kristallisiert sich in Gesprächen und Basistreffen ein spezifisches Anliegen der Bürger/-innen oder ein Missstand im Stadtteil heraus, organisiert die Bürgerplattform entsprechende Aktionen. Diese Aktionen zielen auf einen konkreten, messbaren Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger. In Berlin beispielsweise kämpfte die Bürgerplattform „Organizing Schöneeweide“ mit einer Aktionskampagne für die Senatsentscheidung zur Ansiedlung einer Fachhochschule im Kiez. Viele Menschen engagierten sich in zahlreichen Aktionen und lernten so, klare Antworten und gezieltes politisches Handeln einzufordern.

Die Bürgerplattform ist ein politischer Lernort. Interessierte und engagierte Menschen erkunden konkret individuelle und kollektive Einflussmög-



lichkeiten in der Gesellschaft. Dabei lernen sie die Funktionsweisen von Staat und Wirtschaft intensiv kennen und erfahren etwas über die Macht des politischen Handlungswillens. Die Bürgerplattform bietet unterstützend Trainings und Seminare zur Politischen Bildung an, in denen die eigene Rolle als organisierte Zivilgesellschaft reflektiert wird, aber auch Beziehungsaufnahme und Strategietaktiken für Aktionen erlernt werden.

Bürgerplattform Organizing Schöneeweide

Ansprechpartner: Gunther Jancke

Kontakt:

Edisonstraße 63

12459 Berlin

Tel.: 030 - 53 00 26 66

www.organizing-berlin.de

jancke@organizing-berlin.de

Augen auf - Netzwerkarbeit in Löbau-Zittau

Die Netzwerkstelle Zittau-Löbau arbeitet in der ostsächsischen Dreiländereckregion Tschechien-Polen-Deutschland zwischen Zittau, Görlitz und Bautzen. Netzwerker Bernd Stracke engagiert sich vor allem gegen rechtsextreme Tendenzen. Dazu trifft er sich regelmäßig mit verschiedenen Akteuren in der Region wie der Opferberatung AMAL, dem Mobilen Beratungsteam (MBT) Pirna und der Entimon-Netzwerkstelle und tauscht sich aus über die aktuelle Entwicklung. In Seiffhennersdorf etwa war sofortiges Eingreifen nötig. Hier organisierte die rechtsextreme Kameradschaft Oberlausitz e.V. jugendkulturelle Veranstaltungen, leistete Ordnungsdienste bei Stadtfesten und etablierte sich so zunehmend in der örtlichen Vereinsstruktur. Es folgten erste rechtsextreme Übergriffe im Jugendclub und im Gymnasium. Die Netzwerkstelle veranstaltete gemeinsam mit der Opferberatung AMAL und dem MBT einen Beratungstag für Eltern und Lehrer/-innen am Gymnasium, um über die rechtsextremen Strukturen aufzuklären und für die Gefahren zu sensibilisieren.

Der Stadtrat überlässt der Kameradschaft mittlerweile keine kommunalen Räume und Freiflächen mehr. Doch die Aufgabe des MBT und des Netzwerkers Stracke ist noch nicht erfüllt: Die Kameradschaft wirkt weiter aus privaten Räumen heraus in

die Region hinein. Hier wird auch künftig eine gute Zusammenarbeit mit Bürgermeisterin und Stadtrat nötig sein.

Die Netzwerkstelle reagiert auf rechtsextreme Tendenzen. Hauptsächlich unterstützt sie jedoch die alternative Jugendkultur und unterbreitet außerschulische Angebote als Ergänzung zum Schulunterricht. Sie organisiert Ausstellungen und Gedenkstättenfahrten und klärt in Veranstaltungen auf über die rechtsextreme Szene.

Ein fester Bestandteil in der Jahresplanung der Netzwerkstelle ist seit 2003 das antirassistische und internationale Fußballturnier „Fußball Grenzenlos“ in Kittlitz bei Löbau. Der Verein Augen Auf e.V. Oberlausitz organisiert das Turnier, an dem Mannschaften verschiedener Jugendklubs, Migrantenteams, Mannschaften mit jugendlichen Spätaussiedler/-innen aus Deutschland sowie Teams aus Polen, Tschechien und der Slowakei teilnehmen. Das Fußballspiel fördert den Austausch unterschiedlichster Kulturen, Akzeptanz und Toleranz und etabliert zudem ein demokratieförderndes Angebot im Gemeinwesen. Die verfestigten rechtsextremen Strukturen in Kittlitz konnten aufgebrochen werden. Der Oberbürgermeister und der Bürgermeister von Löbau sowie der ehemalige Polizeipräsident von Görlitz schrieben das Grußwort zum „Fußball Grenzenlos“ 2005.

„Indem sich Entscheidungsträger hinter das Turnier gestellt haben, sind wir einen Schritt aus der Schmutzdecke rausgekommen“ sagt Bernd Stracke.

Erfolgreich gegen rechtsextreme Entwicklungen sind vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen, die

im Gemeinwesen eingebunden sind, weiß der Netzwerker. In einigen Städten fördert das Gemeinwesen bereits solche zivilgesellschaftlichen Strukturen, und die Verwaltung bekennt sich offen gegen Rechtsextremismus. Doch gerade in den kleinen Dörfern gibt es noch viel zu tun, um solche Verbindungen zu schaffen.



Netzwerkstelle Zittau - Löbau

Ansprechpartner: Bernd Stracke

Kontakt:

Netzwerkstelle Zittau - Löbau
c/o Begegnungszentrum im Dreieck e. V.

Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf

Tel.: 03 58 73 - 31 411

begegnung@bigchicken.org

www.augenauf.net; www.bigchicken.org

Kompetenznetzwerk Nordvorpommern

Die Netzwerkstelle Nordvorpommern engagiert sich gegen eine wachsende rechtsextreme Jugendkultur in Nordvorpommern. Dazu vernetzt Netzwerkstellenleiter Rolf Feige demokratische zivilgesellschaftliche Akteure und fördert politische und jugendkulturelle Bildung und Projektarbeit. Vor allem in der Anlaufphase des Projektes vor vier Jahren war das ein schwieriges Vorhaben. „In Flächenlandkreisen müssen lange Wege überwunden werden, um zu Netzwerktreffen zu fahren. Daran scheitert meist ein kontinuierliches Engagement der Akteure“, hat Feige festgestellt. Deshalb entwickelt und begleitet die Netzwerkstelle mittlerweile vor allem Kooperationsprojekte. Viele örtliche Initiativen, Träger und Einzelpersonen können so aktiviert und vernetzt werden. Die Netzwerkstelle achtet auf die regionale Ausgewogenheit der Projektstandorte, damit eine Vielfalt der teilnehmenden Partner gewährleistet wird.

Wie erfolgreich sich eine Idee zu einem großen Projekt entwickeln kann, wenn viele Träger und Akteure an einem Strang ziehen, zeigt die Jugendkampagne Prora03 und deren Fortsetzung Prora06. Unter dem Leitgedanken „Wer, wenn nicht wir! Wo, wenn nicht hier!“ wurden junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern selbst aktiv, entwickelten eigene Ideen und setzten sie um. Zuletzt nahmen 7.000 junge Menschen an dem Event teil und disku-

tierten „Was muss sich ändern, damit ich in Mecklenburg-Vorpommern bleibe?“

Die Netzwerkstelle setzt sich besonders ein für die kontinuierliche Vernetzung von Schule und freien Trägern. „Gerade in einem Flächenlandkreis wie Nordvorpommern sind Schulen Ballungszentren jugendkulturellen Lebens“, erklärt Rolf Feige. Daher ist es wichtig, soziale Kompetenzen mit Schulprojekten zu stärken.

Fünf Schulen beteiligten sich an POEM, einer Synthese aus Geschichts-, Literatur- und Musikprojekt. Schüler und Schülerinnen deuteten im Nationalsozialismus verbotene Gedichte und beschäftigten sich in diesem Rahmen mit der Lebensgeschichte der Autor/-innen und dem zeitgeschichtlichen Hintergrund. Anschließend interpretierten die Jugendlichen die Gedichte musikalisch und hielten ihre Ergebnisse auf CD fest. „Anfänglich begegneten die Schulleiter/-innen dem Projekt und den Fähigkeiten ihrer Schüler/-innen mit Skepsis“, erinnert sich Netzwerker Feige. Doch dann seien sie sehr erstaunt über das Ergebnis gewesen. Das gemeinsame Konzert aller beteiligten Projektgruppen aus Ribnitz-Damgarten, Barth, Grimmen, Sanitz und Bad Sülze im April 2006 und die Veröffentlichung der POEM CD war für alle Beteiligten ein vielversprechender Auftakt für das Projektjahr POEM 2006.

Gemeinsam mit dem Jugendamt des Landkreises und der JAMBUS gGmbH organisierte die Netzwerkstelle Ende 2005 eine Fachtagung zu den Ursachen und Folgen demokratischer Entwicklungsprozesse und -hemmnisse im ländlichen Raum. Dabei ging es auch

um Konzepte gegen Abwanderung junger Menschen im Rahmen von Gemeinwesenentwicklung und Jugendhilfeplanung. Eine Klausurtagung im April 2006 konkretisierte die Ergebnisse und gab wichtige Impulse für die Erstellung eines neuen Kreisjugendplanes.



Netzwerkstelle Nordvorpommern

Ansprechpartner:
Rolf Feige

Kontakt:
Netzwerkstelle
NVP c/o JAM e. V.
Recknitzallee 1a
18334 Bad Sülze
Tel.: 03 82 29 - 79 510

rolf.feige@noaweb.de
www.noaweb.de

Netzwerk Bürgerschaft in Aue

Die Netzwerkstelle „dynamic power - Netzwerk Bürgerschaft“ arbeitet im Landkreis Aue-Schwarzenberg, im südlichen Zipfel Sachsens am Fuße des Erzgebirges. Sie fördert und bündelt bürgerschaftliches Engagement für einen gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozess in der Region.

In den vergangenen vier Jahren initiierte Angela Klier von der Netzwerkstelle verschiedene Fachnetzwerke in Aue, die mittlerweile unter dem Namen „Netzwerk Bürgerschaft“ zusammengefasst werden.

In Zusammenarbeit mit der Initiative „pro zivilcourage aue“ beispielsweise entwickelte sich das Fachnetzwerk Migration. Es betreut regelmäßig Frauen, Mädchen und Kinder der Asylbewerberheime des Landkreises in Aue/Alberoda und Schneeberg und sorgt für ständige soziale Kontakte zwischen Einheimischen und Asylbewerber/-innen. Ein landkreisweiter Runder Tisch Migration gehört zu dem Fachnetzwerk. Hier treffen sich die Vertreter/-innen aller im Bereich Asyl und Migration tätigen Vereine und Initiativen, der ehrenamtliche Ausländerbeauftragte und Mitglieder zweier Kreistagsfraktionen. Punktuell nehmen die Behörde für Ausländerrecht im Landratsamt Aue - Schwarzenberg, die ARGE und die Arbeitsagentur am Runden Tisch

teil. Die Netzwerkstelle organisiert, moderiert und berät den Runden Tisch.

Das Netzwerk Frauenpower entstand ebenfalls durch eine Initiative der Netzwerkstelle. Gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises und der Kreisstadt, Vertreterinnen des Deutschen Hausfrauenbundes und anderen Trägern der Frauenarbeit engagiert sich die Netzwerkerin hier besonders für die Belange und politische Bildung von Frauen. 2006 organisierte das Netzwerk eine Konferenz und einen Aktivworkshop „Frauenpower“, um den Bedarf an geschlechterspezifischen Angeboten im Landkreis zu ermitteln und sie zu koordinieren.

Politische Bildung für Kinder, Jugendliche und Multiplikator/-innen ist ein weiterer Teil der Arbeit von Netzwerkerin Angela Klier. In Bildungseinrichtungen und Schulen der Region und anderer Landkreise veranstaltet sie Projektstage zu Extremismus, Rassismus und Gewalt.

2003 erhielten die Heinrich-Heine-Mittelschule in Lauter und die Schiller-Schule in Schlema den Titel „Schule ohne Rassismus - Schule ohne Gewalt“. Angela Klier hatte die Schüler/-innen bei ihren Präsentationsveranstaltungen unterstützt. Lehrer/-innen und Multiplikator/-innen bietet die Netzwerkstelle

jährlich Fachkonferenzen an; Sozialarbeiter/-innen können Schulungen absolvieren. Ziel ist es, Wissen über Rechtsextremismus und Gewalt zu vermitteln und Strategien in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aufzuzeigen.

Als etablierte Anlauf- und Beratungsstelle kooperiert die Netzwerkstelle eng mit anderen Strukturprojekten wie dem regionalen Mobilen

Beratungsteam Chemnitz und der Opferberatung AMAL in Wurzen. Sie ist im landesweiten Netzwerk Tolerantes Sachsen aktiv und darüber vertreten am Runden Tisch gegen Gewalt des Sächsischen Landtages. Angela Klier meint, „dass nicht nur die Arbeit der Netzwerkstelle dadurch in das öffentliche landesweite Interesse gerückt ist, sondern dass die gesamte Region inzwischen mehr gehört wird.“



Netzwerkstelle „dynamic power - Netzwerk Bürgerschaft“

Ansprechpartnerin:
Angela Klier

Kontakt:

Netzwerkstelle
„dynamic power -
Netzwerk Bürgerschaft“
c/o FV JKuSZ Aue e.V.
Postplatz 3
08280 Aue

Tel.: 03 771 - 49 94 55
protoleranz@puschkinhaus-aue.de

STRUKTUREN FÜR ENGAGEMENTFÖRDERUNG JUNGER MENSCHEN

Welche Ansätze ermöglichen freiwilliges / bürgerschaftliches Engagement, gestalten es nachhaltig attraktiv und integrieren Menschen langfristig in Engagementstrukturen? Welche Strukturen müssen Träger und Organisationen hier intern schaffen; wo müssen sie sich öffnen, und welche Rahmenbedingungen sollten von öffentlicher Seite ermöglicht werden? Die folgenden Projektberichte zeigen praktische Ansätze für Engagementförderung in beispielhaften engagementfördernden Strukturen. Dabei werden die besonderen lokalen Bedingungen und Strukturen beleuchtet.

Szenenwechsel in Halle

Daniela Koch

Bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen

Jugendliche können sich oft kaum an der Gestaltung ihres Lebensraums beteiligen. Durch konkrete Partizipationsprojekte erhalten sie diese Möglichkeit und sammeln auf diese Weise selbst Erfahrungen mit gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme. Im Gemeinwesen identifizieren sich bürgerschaftlich engagierte Jugendliche verstärkt mit ihrem sozialen Umfeld und ihrer Region und sind eher bereit, sich regional zu verankern. Darüber hinaus zeigen junge Menschen, die in demokratische Strukturen eingebunden sind, seltener intolerantes und antidemokratisches Verhalten. Die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. fördert seit vielen Jahren besonders das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen. Dabei ist es wichtig, sich an die Orte von Jugendlichen zu begeben. Der zentrale und damit Ausgangspunkt für die Jugendprojekte der Freiwilligen-Agentur ist der Lernort Schule.

Projekt „Szenenwechsel“

Raus aus dem Schulalltag, neue Welten entdecken und lernen, sozial verantwortlich und engagiert zu handeln: Im Projekt „Szenenwechsel“ wollen wir gemeinsam mit Schulen und gemeinnützigen Vereinen jungen Menschen soziales Verantwortungsbewusstsein näher bringen und sie zu freiwilligem, ehrenamtlichem Engagement motivieren.

Kernstück des Projekts „Szenenwechsel“ bilden Projektwochen, in denen Schüler/-innen vier Tage lang in sozialen Einrichtungen tätig werden. Die Jugendlichen treten in direkten Kontakt mit Menschen, „die anders sind“. Das können chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, alte Menschen oder Flüchtlinge sein; Menschengruppen also, die uns in der Regel eher anonym und fremd erscheinen. Durch den Kontakt sollen Ängste abgebaut und Vertrauen gestärkt werden. Wir wollten Interesse und Verständnis wecken für diese Menschen.

Das Projekt richtet sich an Schüler/-innen aller Schulformen im Alter von 14 bis 18 Jahren. Die Jugendlichen werden intensiv auf ihre Arbeit in den Organisationen vorbereitet und während ihrer Tätigkeit durch Hauptamtliche begleitet. In den jeweiligen Einrichtungen sollen nicht mehr als vier Schüler/-innen gleichzeitig arbeiten. Die ersten Resonanzen von Seiten der Vereine und Schulen können durchweg als positiv bewertet werden.

Das Projekt „Szenenwechsel“ soll dazu beitragen, den Gedanken freiwilligen Engagements an Schulen zu tragen. Ähnliche Projekte in anderen Bundesländern konnten die Erfahrung sammeln, dass ein Teil der Jugendlichen auch nach Ablauf der

Projektwochen bereit ist, in den Einrichtungen freiwillige Aufgaben zu übernehmen. Auch die sozialen Einrichtungen wurden ermutigt, junge Menschen in ihre Aufgabenfelder mit einzubeziehen.

„Szenenwechsel“ ermöglicht Jugendlichen, die Vielfalt in unserer Gesellschaft als eine Bereicherung zu verstehen, nicht als etwas Fremdes oder Bedrückendes. Die freiwillige Mitarbeit in gemeinnützigen Projekten und der persönliche Kontakt zu sogenannten sozialen Minderheitengruppen können gerade in den neuen Bundesländern einen Beitrag zur Stärkung einer lebendigen demokratischen Kultur unter Jugendlichen leisten.



Projekt Szenenwechsel

Ansprechpartnerin:
Ines Kramer

Kontakt:

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.

Leipziger Str. 37

06108 Halle/Saale

Tel.: 03 45 - 47 01 355, Fax: 03 45 - 47 01 356

info@projektems.de

www.projektems.de

ENNO 21 -

Jugendnetzwerk im Kirchenkreis Rostock

ENNO 21 steht für Evangelisches Jugendnetzwerk Nord Ost und ist rund um Rostock aktiv. In dieser strukturschwachen ländlichen Region Mecklenburg-Vorpommerns bieten in der Regel Sportvereine, Freiwillige Feuerwehr und Kirchengemeinden die einzigen Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Schulen werden selbst in Kleinstädten geschlossen, zentrale Schulstandorte entstehen, und das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs schrumpft.

Die Zahl 21 steht für die Anzahl der anfänglich über ENNO vernetzten Kirchengemeinden und symbolisiert eine Zukunftschance mit Blick auf das 21. Jahrhundert. Inzwischen umfasst ENNO den gesamten Kirchenkreis mit Ausnahme der Stadt Rostock. ENNO 21 wendet sich vor allem an junge Menschen, die in besonderer Weise anfällig sind für rechtsextreme Einflüsse. Das Netzwerk fördert den Aufbau örtlicher kirchlicher Jugendinitiativen genauso wie das Engagement Einzelner. „Wir wollen jungen Menschen schnellen und unkomplizierten Kontakt mit gleichgesinnten Jugendlichen aus anderen Orten ermöglichen, um in kirchengemeindeübergreifenden Jugendgruppen und -veranstaltungen zusammenzufinden“, berichtet Mitarbeiter Martin Kühn.

ENNO 21 nutzt die vorhandenen Strukturen der Evangelischen Kirche, um jungen Menschen Engagement vor Ort zu ermöglichen. Das Jugendnetzwerk

in den Kirchengemeinden initiiert eine Vielzahl von Projekten und führt sie durch. Dabei übernimmt kirchliche Jugendarbeit eine besonders große Verantwortung und fördert christliche und humanitäre Grundwerte. Die in Jungen Gemeinden engagierten jungen Menschen wirken auch auf andere Jugendliche und zeigen ihnen, wie sie sich aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds beteiligen können. Denn die Jugendarbeit in den Kirchengemeinden ist oft der einzige Ort weit und breit, an dem sie ihre Ideen und Projekte verwirklichen können und Unterstützung finden. ENNO 21 bereichert auch kleine Junge Gemeinden inhaltlich durch Projektarbeit.

Die Angebote des Netzwerks richten sich grundsätzlich an alle interessierten Jugendlichen. Die ENNO-Läden in Ribnitz, Bad Doberan und Tessin als offene Treffpunkte mit Projektangeboten sind deshalb nicht in kirchlichen Räumen untergebracht. ENNO bietet politische Bildung, vom niedrigschwelligen kreativ-handwerklichen Projekt über die Jugendleiterausbildung bis hin zum Wochenendseminar zum Thema Rechtsextremismus. An dem Projekt „Geschichten mit Bart und Jugend mit Glatze“ etwa beteiligten sich Jugendliche aus mehreren Kirchengemeinden. Ein Jahr lang setzten sie sich in den verschiedensten Formen mit Werten, christlichen Traditionen und neuen rechtsextremen Tendenzen unter Jugendlichen auseinander. Eine Theatergruppe beschäftigte sich mit den Zehn

Geboten und erstellte eine kurze Fotogeschichte zu jedem Gebot. In Gesprächsrunden fanden Jugendliche in den Dörfern zusammen, konnten auf zentralen Veranstaltungen und in Wochenendseminaren aber auch andere Jugendliche treffen und sich mit ihnen austauschen. ENNO organisierte hier auch

ganz praktisch Mitfahrmöglichkeiten für die sonst eher isolierten Jugendlichen und Jugendgruppen. Netzwerker Martin Kühn meint: „Im besten Fall ist ENNO für die Jugendlichen ein Stück Heimat in ihrer Kirchengemeinde, ein hilfreicher Anlaufpunkt für ihre Wünsche und Ideen.“



Jugendnetzwerk ENNO 21

Ansprechpartner:
Martin Kühn

Kontakt:

Ev. Jugend im Kirchenkreis Rostock
Recknitzallee 1a
18334 Bad Sülze

Tel.: 03 82 29 - 70 425

Martin.Kuehn@enno21.de
www.enno21.de

Change in - Jugend in Augsburg engagiert sich

„Ich hatte eine Menge Spaß“, „Das war eine gute Erfahrung“, „Ich habe viele neue Leute kennen gelernt“, so berichten Jugendliche von ihrem bürgerschaftlichen Engagement. Andere gewinnen mehr Selbstsicherheit oder berufliche Orientierung. Das Projekt „Change in - Jugend in Augsburg engagiert sich“ motiviert junge Augsburgerinnen und Augsburger zwischen 14 und 15 Jahren, diese Erfahrungen zu machen und sich für einen begrenzten Zeitraum freiwillig zu engagieren. Sozialpädagoge Ulrico Ackermann vom Freiwilligenzentrum und seine Kollegin Annette Kappes vom Stadtjugendring konzipieren, organisieren und führen Change in gemeinsam durch. Die Jugendlichen können bürgerschaftliches Engagement ausprobieren in einer Form, die sich zeitlich den eigenen Bedürfnissen und Lebensplänen anpasst. Im Idealfall integrieren sie ihr Engagement langfristig in den Alltag.

Change in startete im Mai 2003 mit 100 Teilnehmer/-innen aus den 8. Klassen einer Hauptschule, einer Realschule und zweier Gymnasien. Die Jugendlichen engagierten sich zwei Stunden pro Woche, insgesamt 40 Stunden lang, in sozialen, kulturellen oder ökologischen Einrichtungen. Sie gingen mit Senior/-innen spazieren, bastelten mit Kindergartenkindern, fütterten die Giraffen im Augsburger Zoo oder schauten hinter die Kulissen der Augsburger Puppenkiste. Freiwillige Mentor/-

innen begleiteten die Schüler/-innen dabei und halfen bei Fragen und Problemen ihnen und ihren Einsatzstellen weiter. Seither haben sich 700 Jugendliche engagiert. Die Anzahl der freiwilligen Mentor/-innen ist auf 50 gestiegen, und insgesamt können die Jugendlichen unter 100 Einsatzstellen auswählen. Aus Change in sind zwei neue Projekte entstanden: Engagierte Jugendliche erarbeiteten eine Wanderausstellung zur Tsunami-Katastrophe in Südostasien, die an vielen Augsburger Schulen gezeigt wurde. Ein Handykurs für Senior/-innen war sehr erfolgreich und wird nun fortlaufend angeboten.

Die Einsatzstellen von Change in beurteilen den Einsatz der Jugendlichen positiv. Die Mitarbeiter/-innen fühlen sich bereichert und entlastet; sie können Projekte realisieren, die sie allein nicht hätten durchführen können. Die Jugendlichen renovieren Räume, bereiten eine neue Nutzung vor, unterstützen bei der Einzelbetreuung oder helfen bei Werbeaktionen. Das typische Resümee einer Einsatzstelle lautet: „Eine tolle Initiative, ein guter Ansatz, um Jugendliche in das freiwillige Engagement zu integrieren.“

2005 erhielten die Mentor/-innen den „Gesunde Städte Preis 2005“ für ihr Engagement für die Jugendlichen. Im selben Jahr präsentierten Schüler/-innen die selbst mitgestaltete Homepage

www.change-in.de. Interessierte können sich hier schnell und unkompliziert über das Projekt, die Anmeldung und die nächsten Termine informieren.

An der letzten Change-in-Phase beteiligten sich

insgesamt 23 Schulen, darunter auch eine Förderschule. Ein Ende von Change in ist nicht in Sicht. Inzwischen gibt es auch Anfragen von Kommunen im Großraum Augsburg, die ein ähnliches Projekt in ihrer Kommune umsetzen wollen.



Change in

Kontakt:

Freiwilligen-Zentrum Augsburg

Ulrico Ackermann

Tel.: 0821 - 45042211

Fax: 0821 - 45042215

ackermann@freiwilligen-zentrum-augsburg.de

Stadtjugendring Augsburg

Annette Kappes

Tel.: 08 21 - 45 02 640

Fax: 08 21 - 45 02 644

tip@sjr-a.de

www.change-in.de

Kinder- und Jugendstadtplan Filderstadt

Ein Stadtplan lädt ein zur Reise durch die Stadt: Straßen, Eisenbahnlinien, Kirchen und Museen lassen sich so entdecken. Was Kinder und Jugendliche interessiert, bleibt allerdings meistens verborgen, kein herkömmlicher Stadtplan erwähnt Spielplätze, Eisdielen oder Jugendeinrichtungen. Zumindest in Filderstadt wird sich das nun ändern.

Acht Jugendliche zwischen 18 und 22 Jahren erarbeiten einen Kinder- und Jugendstadtplan für die baden-württembergische Stadt. Wer weiß schließlich besser als die Jugendlichen selbst, welche Informationen Jugendliche brauchen? So erkundet die engagierte Gruppe also das Angebot in der Stadt, entwickelt Symbole für relevante Orte, recherchiert Adressen, Öffnungszeiten und inhaltliche Angebote. Alteingesessene und Neuzugezogene in Filderstadt werden demnächst einen Wegweiser für Kinder und Jugendliche benutzen können, der das Angebot in Filderstadt transparent macht und viele Fragen auf einen Blick beantwortet. Ob Kinder- und Jugendeinrichtungen, Spielwarengeschäfte, Vereine, Freizeitangebote oder Anlaufstellen für Hilfesuchende, alle für Kinder und Jugendliche interessanten Orte sind im Stadtplan durch spezielle Symbole leicht zu finden. In einer dazugehörigen Broschüre können die Kontaktadressen und Kurzvorstellungen der Institutionen nachgelesen werden.

Unterstützt werden die engagierten Filderstädter Jugendlichen von der Landesstiftung Baden-Württemberg. Die Stiftung fördert bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen nicht nur in den klassischen Arbeitsfeldern von Vereinen und Verbänden, sondern versucht auch im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich an die Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen anzuknüpfen. In den Jugendfreiwilligenprojekten „Jugend engagiert sich“ (jes) engagieren sich junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren zeitlich begrenzt für Projekte in ihrem jeweiligen Lebensumfeld. Jedes Projekt wird von einem Mentor oder einer Mentorin für Bürgerengagement begleitet, die den Bezug zum Gemeinwesen herstellen und als Vertragspartner der Landesstiftung ein Sachmittelbudget verwalten. Cornelia Olbrich und Jürgen Lenz sind Bürgermentoren in Filderstadt und beraten das Kinder- und Jugendstadtplan-Projekt: In Filderstadt gibt es ein Referat für Bürgerbeteiligung, das in speziellen Kursen ehrenamtliche Bürgermentoren ausbildet. Mentoren mit ihren Erfahrungen und Kontakten sind Türöffner für engagementbereite Bürger/-innen. Darüber hinaus stellen sie sich zeitlich begrenzt zur Verfügung, um gemeinsam mit Jugendlichen Freiwilligenprojekte zu initiieren und zu realisieren.

Cornelia Olbrich und Jürgen Lenz haben 2003 die ersten interessierten Jugendlichen für das Stadt-

plan-Projekt gewonnen, die monatlichen Treffen der Gruppe begleitet, bei Problemen moderiert, bei Fragen weitergeholfen, Anzeigenkunden zur Finanzierung des Stadtplans geworben und mit nach einem passenden Verlag gesucht. 2007 wird der Stadtplan voraussichtlich fertig sein, und die Filderstädter/-

innen können auf Entdeckungsreise gehen. Olbrich und Lenz berichten: „Die engagierten Jugendlichen selbst haben ihre Stadt neu kennen gelernt und viele Kontakte geknüpft. Sie sind initiativ geworden und halten bald das Ergebnis ihrer Arbeit in den Händen, über das sich viele Menschen hier freuen werden.“



Kinder- und Jugendstadtplan Filderstadt

Ansprechpartner/-innen:
Cornelia Olbrich

Kontakt:

Tel.: 07 11-77 48 87

cornelia.olbrich@arcor.de

Jürgen Lenz

0711 - 77 75 647

bjlenz@gmx.de



AUS GESCHICHTE LERNEN

Die folgenden Jugendprojekte beschäftigen sich mit regionaler und lokaler Geschichte und Identität. Dabei beschränken sie sich nicht auf die Vermittlung geschichtlicher Fakten, sondern verbinden die Auseinandersetzung mit dem Vergangenen mit dem Blick auf die Gegenwart. So regen sie Diskussionen über aktuelle gesellschaftliche Prozesse an und stärken eine „Kultur des Dialogs“, die eine Grundlage demokratischen Handelns ist.

Bildungs- und Museumsscheune Linstow

Wolhynien liegt nicht in Mecklenburg. Und doch gibt es in Linstow ein Museum für wolhyniendeutsche Geschichte. Der Heimatverein Linstow dokumentiert dort seit 1993 die Geschichte, Arbeits- und Lebenswelt der Wolhyniendeutschen bei ihrem Neubeginn in Linstow. Der Hitler-Stalin-Pakt zwang viele Wolhynier, ihre Heimat in der Ukraine zu verlassen und im polnischen Warthegau zu siedeln. Angesichts der heranrückenden sowjetischen Front mussten sie nach Westen fliehen. Für 73 Familien war Linstow 1946 und 1947 die Endstation.

Der Heimatverein Linstow ist Träger des Projekts „Miteinander - Füreinander“. Die Wolhynier und ihre Geschichte zeichnen sich aus durch das friedliche Nebeneinander verschiedener Nationen und Konfessionen auch unter schwierigsten Bedingungen. Mit seiner Arbeit erhält das Projekt dieses Vermächtnis und vermittelt es weiter. Eine demokratische und weltoffene Dorfkultur ohne fremdenfeindliche Tendenzen ist das Ziel von Projektmitarbeiterin Karin Ranke.

Zentraler Ort der Projektarbeit ist die im Mai 2005 fertiggestellte Bildungs- und Museumsscheune. Unter dem Motto „Aus Geschichte lernen - das Le-

ben und die Zukunft gewaltfrei gestalten“ können sich Interessierte in Seminaren und Projekten mit der Geschichte der in Linstow ansässigen wolhyniendeutschen Familien beschäftigen.

Besondere Angebote regen Kinder und Jugendliche an, sich aktiv mit der Geschichte auseinanderzusetzen und das Gemeindeleben mitzugestalten. Die Bildungsstätte kooperiert dazu überregional mit Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen. An Projekt-, Wander- und Begegnungstagen lernen Kinder und Jugendliche die wechselvolle Geschichte der wolhyniendeutschen Menschen kennen. Und einige wollen anschließend mehr wissen: Die Schüler/-innen der Schule in Krakow am See beschlossen nach ersten Besuchen im Umsiedlermuseum, selbst weiter zu forschen. Unterstützt durch das Programm „Zeitensprünge“ (www.jugendstiftung-perspektiven.org)¹ sammelten sie Lebensberichte ehemaliger Wolhynier in Linstow und Umgebung. Das Ergebnis ihrer Spurensuche haben die Zehntklässler/-innen gefilmt. „Dieser Film soll die bewegte Geschichte der Wolhyniendeutschen dokumentieren und deutlich machen, was Krieg und Vertreibung für die Menschen bedeutet“, so die Schüler/-innen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Projekts ist die Orga-

nisation internationaler Begegnungen. Jedes Jahr treffen sich deutsche Kinder und weißrussische Kinder, Spätaussiedler/-innen, Wolhynier/-innen und Dorfbewohner/-innen aus Dobbin-Linstow zu Begegnungstagen. Es wird gemeinsam gekocht, gebastelt, gespielt und gesungen. Und natürlich wird über die Geschichte der Wolhynier gesprochen. Künftig werden Workshops diese Begegnungen ergänzen.

Die Linstower Bürgerinnen und Bürger, die sich in dem Heimatverein engagieren, übernehmen aus ihrer Geschichte heraus Verantwortung für ihren

Ort und integrieren andere in diese Arbeit. Der Erfolg ist ein lebendiges kulturelles Leben in ihrem Gemeinwesen. Mit dem Aufruf: „Kommt raus - ihr werdet gebraucht“ wenden sich die aktiven Dorfbewohner/-innen nun an die zurückgezogen lebenden Menschen im Ort. Denn die neuen und alten Linstower wissen, dass es ein gutes Zusammenleben nur gibt, wenn man aufeinander zugeht und sich am Geschehen beteiligt.

¹ Die Stiftung Demokratische Jugend fördert gemeinsam mit den Jugendministerien in den fünf neuen Bundesländern die „Zeitensprünge-Projekte“ in Form von Landesprogrammen. Ziel ist es, Jugendliche für die Geschichte ihrer Region oder ihres Ortes zu interessieren, sie auf Spurensuche zu schicken und ihnen die finanziellen Möglichkeiten zu bieten, eigene historische Projekte zu initiieren.



Heimatverein Linstow

Ansprechpartnerin:
Karin Ranke



Kontakt:

Heimatverein Linstow e.V.

Hofstr. 6

18292 Linstow

Tel.: 03 84 57 - 51 963

wolhynien@freenet.de

www.umsiedlermuseum.wolhynien.de

Jugendliche schreiben Zeitzeugengeschichte

„**S**ehr geehrter Herr Sachs, Sie werden sich vielleicht wundern, dass ich Ihnen schreibe. Ich bin Schüler der Nachbarschaftsschule in Leipzig. (...)“. So beginnt im Herbst 2005 einer von über 20 Briefwechseln zwischen Leipziger Schülerinnen und Schülern und ehemaligen Leipzigern, die, weil sie Juden waren, ihre Stadt vor mehr als 60 Jahren verlassen mussten. „Wie denken Sie heute über die Deutschen?“, „Können Sie mir sagen, was es für Sie bedeutet, Jude zu sein?“, „Sprachen Sie schon Englisch, als Sie nach England kamen?“ In oft monatelangen Briefkontakten befragten die 16- bis 18-jährigen Jugendlichen der Nachbarschaftsschule Leipzig und des Evangelischen Gymnasiums ihre Briefpartner/-innen zu ihren Erinnerungen an ihre Heimatstadt Leipzig, an Diskriminierung, Flucht und Vertreibung und zu ihrem neuen Leben in einem anderen Land.

Ausgangspunkt für das einjährige Projekt waren Videointerviews, die die Mitarbeiter/-innen des Schulmuseums und Student/-innen der Uni Leipzig mit den Zeitzeugen im Laufe der letzten Jahre geführt hatten. Erste Kontakte zu Zeitzeugen gab es deshalb bereits, weitere entstanden über die enge Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde zu Leipzig. „Wir wollen Jugendliche aktiv an der historischen Arbeit beteiligen“, erklärt Projektleiterin Leona Bielitz die Idee zu „Schüler schreiben Geschichte“. „Die Schülerinnen und Schüler sollen Geschichte nicht einfach konsumieren, sondern die Vergangenheit

möglichst in Bezug zu setzen zu ihrem Leben heute“. So sind es vor allem die kleinen Erlebnisse, die die Geschichte lebendig werden lassen. Etwa, wenn sich herausstellt, dass die Briefpartnerin vor ihrer Flucht nur zwei Häuserblocks entfernt in derselben Straße gewohnt hat. „Für viele Schüler war es die erste Begegnung mit Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde“, erinnert sich Leona Bielitz. Streckenweise schwierig war die Kopplung des Vorhabens an den Schulunterricht. „Es ist natürlich nicht leicht, den Jugendlichen zu vermitteln, dass sie persönliche Bindungen aufbauen sollen, wenn gleichzeitig dafür Noten verteilt werden“, beschreibt Leona Bielitz einige strukturelle Probleme der Projektumsetzung.

Nachzulesen sind die Briefe inzwischen in dem mehr als 300 Seiten starken Sammelband „Geteilte Erinnerungen - Jugend in Leipzig unterm Hakenkreuz“. Neben den Briefwechseln mit ehemaligen Leipziger Juden beinhaltet das Buch auch 16 Interviews, die die Schüler/-innen im Frühjahr 2006 mit Leipziger Nicht-Juden geführt haben. Zeitzeugeninterviews mit Nicht-Juden wurden in Leipzig bislang von niemanden geführt und nutzbar gemacht. „Wir wollten deutlich machen, dass es auch in Leipzig ganz unterschiedliche Blickwinkel auf diese Zeit nationalsozialistischer Diktatur gab“, erläutert Projektleiterin Bielitz diese zweite Projektetappe. Nur so könnten Jugendliche lernen, die vielfältigen Lebenswelten zu reflektieren und sich mit ihnen aus-

Um das Buch auch über die Projektlaufzeit hinaus nutzbar zu machen, werden die Mitarbeiter/-innen des Schulmuseums eine Handreichung für Lehrer/-innen erstellen.



Tel.: 03 41 - 21 30 568 und/oder 0177 - 67 38 609
leonabelitz@schulmuseum-leipzig.de

„Pierwszy Krok - ein erster Schritt“

„Pierwszy Krok“ - „Einen ersten Schritt“ ging das Jugendhaus Storchennest e.V. zusammen mit Schüler/-innen des Franzburger Gymnasiums und der Regionalschule in Niepars. Um mehr über Zwangsarbeit in der Region Niepars zwischen 1939 und 1945 zu erfahren, wandten sich die Jugendlichen an deutsche und polnische Zeitzeugen. Das Forschungs- und Begegnungsprojekt startete 2003 auch mit dem Ziel, möglichst viele Menschen für das Thema Zwangsarbeit zu sensibilisieren und eine Aufarbeitung der Geschichte anzustoßen.

Die Jugendlichen griffen ein schwieriges Thema auf, über das sich Deutsche und Polen jenseits zwischenstaatlicher Verhandlungen seit Kriegsende kaum ausgetauscht haben. Das direkte Gespräch mit den betroffenen Menschen ließ sich nicht einfach organisieren: Viele Zeitzeug/-innen waren mittlerweile gestorben oder konnten aufgrund ihres hohen Alters nicht mehr an dem Projekt mitarbeiten. Diejenigen ehemaligen Zwangsarbeiter/-innen, die sich beteiligten, sprachen mit den Jugendlichen oder schilderten ihre Erinnerungen in Briefen. Einige von ihnen waren auch bereit, an ihre ehemaligen Einsatzorte zurückzukehren.

Viele von ihnen machten damit einen Schritt zur Verarbeitung der Vergangenheit: „Heute bekam ich einen Brief von Ihnen, und ich brach in Tränen

aus. Die Hölle des Krieges wird niemand vergessen, die Erinnerungen bleiben. Vorwürfe und Vorurteile gegenüber den Deutschen hege ich nicht. Ich unterstütze gerne das Deutsch-Polnische Projekt und beteilige mich daran. Wenn ich auf irgendeine Weise helfen kann, dann tue ich es gerne.“ (Regina S., in „Pierwszy Krok“ - Ein erster Schritt, S. 16, 2004). Die Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgruppen, Dokumente und Briefe fassten die Jugendlichen in einer Broschüre in deutscher und polnischer Sprache zusammen. Damit bereiteten sie sich vor auf den inhaltlichen Höhepunkt des Projekts, eine Begegnungswoche mit polnischen und deutschen Zeitzeug/-innen, lokalen Akteuren und weiteren Gästen. Die Jugendlichen organisierten eine Begegnung der ehemaligen Arbeitsorte und führten in das Thema Zwangsarbeit ein. „Es gab eine große Bereitschaft, länder- und generationsübergreifend Verantwortung zu übernehmen“, berichtet Projektleiter Benedikt Banaszekiewicz. „Das hat uns ermutigt, weiterzuarbeiten.“

In einem zweiten Schritt der Zusammenarbeit besuchten die Jugendlichen die Nieparser Partnergemeinde in Zaleszany, die das Projekt von polnischer Seite aus begleitet und unterstützt hatte. „Unsere Gastgeschenke waren Laptop und Digitalkamera, um auch polnischen Jugendlichen ein ähnliches Forschungsprojekt in ihrer Gemeinde zu ermöglichen“, erzählt Projektleiter Benedikt Banaszekiewicz.

wicz. Das Amt Niepars lud die polnische Partner-
gemeinde nach Deutschland ein. Darüber hinaus
erarbeiteten die Schüler/-innen des Franzburger
Gymnasiums eine eigene Ausstellung, um ihre Er-
fahrungen festzuhalten. Die bisherige Entwicklung
des Projektes, die Vorgehensweise, Probleme und

Ergebnisse der Arbeit dokumentierten die Schüler/-
innen auf einer CD.

Im nächsten Schritt wertet eine Historikerin das
Stralsunder Archiv aus, bereitet die Daten für Schü-
ler/-innen auf und legt so den Grundstein für zu-
künftige Projekte.



„Pierwszy Krok - ein erster Schritt“

Ansprechpartner:
Benedikt Banaszekiewicz

Kontakt:
Amt Niepars
Amtsjugendpfleger
Gartenstrasse 13 b
18442 Niepars

Tel.: 0172 - 35 75 539
ajp@amt-niepars.de

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IM LÄNDLICHEN RAUM

Gerade ländliche, strukturschwache Regionen sind häufig geprägt von Perspektivlosigkeit und einer nur schwach entwickelten sozialkulturellen Infrastruktur. Gleichzeitig fehlen oft Engagementstrukturen und -möglichkeiten zur Gestaltungsbeteiligung insbesondere junger Menschen im ländlichen Raum. Die folgenden Projekte vermitteln Jugendlichen Perspektiven für ein Leben und Bleiben in ihrer Region, binden die lokalen Partner vor Ort in diese Arbeit ein und nehmen sie in die Verantwortung.

Netzwerk Landkultur

Manche Dörfer sind so klein, dass sie kaum auf der Landkarte zu finden sind. Die 500-Einwohner-Gemeinde Quetzdölsdorf liegt im Südosten Sachsen-Anhalts zwischen den Städten Halle/Saale, Bitterfeld und Wolfen. Sie ist geprägt von abgewickelten Industriestandorten und reicher Gartenbautradition.

Hierher laden Christine Wenzel und Veit Urban von der Netzwerkstelle Landkultur zum Quetzer Salon ein. Gäste aus Verwaltung, Unternehmen, Parteien und Verbänden können sich dort treffen, literarische, politische und philosophische Themen diskutieren, Konzerte oder Vorträge hören. Im Salon begegnen sich Menschen persönlich, die sich für die Region verantwortlich fühlen, und tauschen sich aus über ihr Wissen und ihre Erfahrungen. „Kein Verantwortungsträger hat Lust auf zusätzliche Gremienarbeit, in der oft auf sinnlosen Zuständigkeitsgrenzen beharrt wird. Deshalb wollen wir einen Wohlfühlort schaffen, der langfristige Beziehungen fördert und konstruktives Debattieren und Visionieren ermöglicht“, erklärt Netzwerker Veit Urban. Mit der ländlichen Salonkultur will er die Jugend- und Sozialarbeit in der

Region stärken. Der erste Quetzer Salon im September 2006 beschäftigte sich mit der Landkultur als Potenzial aktivierender Gemeinwesenarbeit. Eine Wissenschaftlerin, ein Landesdenkmalpfleger und ein Künstler diskutierten mit den anwesenden Gästen über den Strukturwandel im ländlichen Raum. Das Spektrum der Fragen war breit: Wie entwickelt sich die Kulturlandschaft? Stirbt das Dorf? Wie wollen wir leben? Eine Ausstellung setzte sich mit Zeit und Raum fotografisch auseinander und zeigte Bilder aus dem Schlossarchiv und von Jugendlichen. Im Rahmen des Zeiteinsparung-Programms hatte der Fotograf Max Baumann die Ausstellung gemeinsam mit Jugendlichen erarbeitet. Dazu konnten sich alle Gäste über ein festliches Essen freuen.

Die nächsten Salontreffen werden Arbeitswelt und Lebensbewältigung, die regionale Kulturlandschaft und gemeinschaftliche Wohn- und Gesundheitskonzepte thematisieren. Damit sind auch die Säulen der gesamten Netzwerkarbeit genannt. Arbeitswelt und Lebensbewältigung etwa gehören für Veit Urban unmittelbar zusammen: „Die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit ist nicht abzuschaf-

fen. Und wenn bezahlte Arbeit abnimmt, nimmt frei verfügbare Zeit zu - was tun wir mit dieser Lebenszeit?“ Die Netzwerkstelle stärkt die regional orientierte Ökonomie und bietet Perspektiven für die Lebensbewältigung. Dazu kooperiert sie mit der Freiwilligenagentur Wolfen und fördert arbeitsweltbezogene Projekte mit Nischencharakter, etwa handarbeitsintensiven Gartenbau, regionale Denkmalpflege oder Hauswirtschaftsprojekte. Im Projekt „Garten-Gärtner-Gedächtnis: Berufschancen

und Lebensqualität im ländlichen Raum!“ lernen interessierte Frauen und Männer marktorientierte Beschäftigungsfelder im Gartenbau, in der Landschaftskunst und in der Haus- und Gastwirtschaft kennen. „Wir versuchen, die spezifischen Ressourcen des ländlichen Raums zu nutzen und neue Chancen zu eröffnen. Aus geförderter Beschäftigung und freiwilligem Engagement haben sich schon einige Menschen hier neue Lebensgrundlagen erarbeitet“, berichtet Netzwerker Urban.



Netzwerkstelle für die Region Saalekreis, Bitterfeld, Köthen

Ansprechpartner: Christine Wenzel
Veit Urban



Kontakt:

Netzwerkstelle Landkultur
c/o Land.Leben.Kunst.Werk. e.V.
Geschwister-Scholl-Str. 25
06780 Quetzdölsdorf
Tel.: 03 46 04 - 920 - 69 oder - 72
Fax: 03 46 04 - 92 073
info@netzwerk-landkultur.de
www.netzwerk-landkultur.de

ZwischenRAUM - Netzwerkarbeit im Saale-Holzland-Kreis

Als der Startschuss vor dem Rathaus im thüringischen Kahla fällt, verteilen sich 38 Schülerinnen und Schüler schnell in alle Richtungen. Denn sie haben sich viel vorgenommen: Einige legen zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr einen Hubschrauberlandeplatz an. Andere organisieren die Geburtstagsfeier für zwei Bewohner eines Pflegeheims oder bauen eine Kneippsche Lauf- und Taststrecke. Sie alle engagieren sich einen Tag lang freiwillig - und einige von ihnen werden auch langfristig in „ihrem“ Projekt mitarbeiten.

Schüler-Freiwilligentage organisiert die Netzwerkstelle Saale-Holzland-Kreis seit August 2005. „Jugendliche ab 13 Jahren lassen sich oft für bürgerschaftliches Engagement begeistern. Sie entwickeln gerade erst ihre Hobbys, und die Schule lässt ihnen noch Zeit für Engagement in der Freizeit“, weiß Netzwerkerin Kati Langenberger. Ein gelungener Freiwilligen-Tag will gut vorbereitet sein. Die Netzwerkerin spricht die unterschiedlichsten Institutionen an und erarbeitet mit ihnen Engagement-Angebote. Die Jugendlichen sollen möglichst das Ergebnis ihrer Arbeit am Ende des Tages sehen können. Nicht nur soziale, sondern auch organisatorische, kulturelle und handwerklich-kreative Einsätze stehen den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung, damit sie die ganze Bandbreite des bürgerschaftlichen Engagements kennen lernen

können. Um das Angebot des Freiwilligentags bekannt zu machen, geht Kati Langenberger dort hin, wo sich Jugendliche treffen: In die Jugendclubs, aber auch in die Klassenzimmer und auf die Schulhöfe. Zeitungsartikel über das Projekt sind ebenso wichtig. Sie werden von Eltern gelesen, die ihren Kindern davon erzählen. „Immer mehr Menschen im Landkreis unterstützen das Engagement von Jugendlichen. Lehrer/-innen und Schüler/-innen werben selbst in ihren Schulen für den Freiwilligentag. In Kahla gibt es mittlerweile einen festen Ansprechpartner für das bürgerschaftliche Engagement Jugendlicher. Langfristig wollen wir Schüler-Freiwilligenagenturen aufbauen, die zwischen engagementbereiten Jugendlichen und gemeinnützigen Einrichtungen vermitteln“, berichtet die Netzwerkerin.

Um bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwohlorganisationen zu fördern, geht die Netzwerkstelle auch ungewöhnliche Wege. Im September 2006 etwa organisierte sie unter dem Dach der Bürgerstiftung ZwischenRAUM einen Marktplatz, auf dem kein Geld ausgetauscht wurde, sondern Sachleistungen, Know-how oder technische Unterstützung. 30 Wirtschaftsunternehmen und 30 gemeinnützige Einrichtungen trafen sich in Jena zu Verhandlungen über Unterstützungsbedarf und Engagementangebot. Am Ende des Markttages hatten die Teilnehmer 89 Vereinbarungen im Wert

von 58.000 € zum gegenseitigen Nutzen getroffen. Ein gemeinnütziger Verein organisiert nun ein Erlebniswochenende für die Mitarbeiter/-innen eines Unternehmens und stellt dafür seinen Bus zur Verfügung. Die Mitarbeiter/-innen eines Beratungsunternehmens fördern als Mentoren eine Initiative,

die junge Menschen bei der Existenzgründung unterstützt. Viele neue soziale Partnerschaften zwischen Gemeinnützigen und Wirtschaftsunternehmen in der Region sind so bereits entstanden. Und der Marktplatz im nächsten Jahr wird diese Zusammenarbeit sicher noch erweitern.



Netzwerkstelle Saale-Holzland-Kreis

Ansprechpartnerin:
Kati Langenberger

Kontakt:
c/o Bürgerstiftung ZwischenRAUM
Am Rähmen 27
07743 Jena
Tel.: 03 641 - 63 49 558

katilangenberger
@buergerstiftung-zwischenraum.de
www.perspektive-shk.de

Netzwerk Altenburger Land

Das renommierte Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung untersuchte 2006 die Zukunftsfähigkeit deutscher Regionen. Das Ergebnis für das Altenburger Land war katastrophal: Der östlichste Landkreis Thüringens landete auf Platz 431 von 439. Kaum ein Landkreis in Deutschland ist stärker von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen, von ständig abnehmenden Kinderzahlen, gleichzeitig zunehmender Lebenserwartung und schwindender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.¹ „Diese Probleme müssen in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden“, meint Heike Kirsten von der Netzwerkstelle in Altenburg. „Also haben wir eine Veranstaltung organisiert, um regionale Lösungsansätze zu finden.“

Dabei kann Heike Kirsten auf Netzwerke zurückgreifen, die sie mit aufgebaut hat. Die Multiplikator/-innen der Jugendarbeit etwa waren sich 2005 in ihrer Zukunftswerkstatt schnell einig, dass die Distanz der klassischen Jugendarbeit zu Wirtschaftsunternehmen zu groß ist. Schließlich ist die Arbeitswelt für das Leben von Jugendlichen von entscheidender Bedeutung. Aus dieser Erkenntnis heraus gründeten die Teilnehmer/-innen das Netzwerk Jugend/Wirtschaft, um im Interesse der Jugendlichen einen größeren Austausch zwischen beiden Feldern zu erreichen. Mittlerweile beteiligen sich an dem Netzwerk neben Vertreter/-innen

der Jugendarbeit auch Wirtschaftsunternehmen, Verwaltung, Agentur für Arbeit und Berufsberatung. Gemeinsam mit diesem Netzwerk organisiert Heike Kirsten von der Netzwerkstelle nun einen regionalen Fachtag, um die „Chancen für Wirtschaft, Bildung, Soziales und Kommunalpolitik im Altenburger Land“ unter den Bedingungen des demografischen Wandels auszuloten. Wie wird sich der Fachkräftebedarf in der Region entwickeln? Welche Perspektiven kann die Region niedrig qualifizierten jungen Menschen bieten, die kaum eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben? Welche Formen lokaler Ökonomie sind in der Region denkbar und sinnvoll? Wie kann die Region im Bereich der sozialen Stadtentwicklung aktiv werden? Expert/-innen aus Wissenschaft, Praxis und vor allem aus der Region werden an einem Tisch sitzen und versuchen, die spezifischen Potenziale des Landkreises freizulegen. Die Impulse und Ideen der Tagung wird Heike Kirsten in ihrer zukünftigen Arbeit aufgreifen.

Netzwerke durch Zukunftswerkstätten initiieren - dieses Erfolgsrezept hat sich schon mehrfach bewährt. „Die Zukunftswerkstätten sind wichtig, um Akteure für die Netzwerkarbeit zu gewinnen, vorhandene Probleme zu erkennen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln“, berichtet Heike Kirsten. 2005 beteiligten sich über 100 Menschen daran, unter anderem an Zukunftswerkstätten für Jugendliche und Migrant/-innen. Die Migrant/-in-

nen-Werkstatt etwa gab den Anstoß zur Einrichtung des Kulturcafés „International“ in Altenburg Nord. Mitten in einer Plattenbausiedlung betreiben Alteingesessene und Spätaussiedler/-innen nun das Kulturzentrum mit einem vielfältigen Veran-

staltungsprogramm. Die Netzwerkerin resümiert: „Aus einigen Werkstätten entstanden langfristige Projekte, die wir weiter unterstützen“.

1 Die demografische Lage der Nation - Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? S.Kröhnert, F.Medicus, R.Klingholz; Deutscher Taschenbuchverlag 2006



Netzwerkstelle Altenburger Land

Ansprechpartnerin :
Heike Kirsten

Kontakt:

Netzwerkstelle Altenburger Land
c/o Kreisjugendring Altenburger Land e.V.
Geschwister-Scholl-Str.10
04600 Altenburg

Tel.: 03447 - 551095

Fax: 03447 - 311175

info@netzwerkstelle-altenburgerland.de
www.netzwerkstelle-altenburgerland.de

„QUO VADIS“ - Neue Wege in Riesa

Jana Gerhold schläft schon mal in einem Rathaus, wenn die Projektmittel knapp kalkuliert sind und eine Übernachtung im Hotel nicht hergeben. Auf diese eher unkonventionelle Weise lernte die Netzwerkerin auch Riasas französische Partnerstadt Villerupt kennen, als sie die diesjährige Jugendbegegnung vorbereitete. Gemeinsam mit den französischen Partnern organisierte die Netzwerkstelle für 12 deutsche Jugendliche eine Fahrt nach Verdun. In den vergangenen Jahren waren Jugendgruppen aus Riesa bereits nach Theresienstadt und Stutthof bei Danzig gefahren. „Gerade Jugendliche mit ungefestigtem Alltagsbewusstsein und rechtsradikaler Orientierung ändern ihre Einstellungen oft durch Informationen“, resümiert Gerhold ihre Erfahrungen.

Schwerpunktmäßig unterstützen die Netzwerker/-innen Jana Gerhold und Andreas Näther allerdings nicht das Wegfahren, sondern das Bleiben der Jugendlichen im sächsischen Riesa. Die Ideen von Jugendlichen sollen im Gemeinwesen mehr Gehör finden, bei den politischen Entscheidungsträger/-innen und den Riesaer Bürger/-innen. Die Netzwerkstelle „Quo vadis“ initiiert deshalb vor allem kommunalpolitische Beteiligungsprojekte für Jugendliche.

So trafen sich engagierte Jugendliche Anfang 2006, um über eine bessere politische Beteiligung im Ge-

meinwesen zu beraten. Die Netzwerkstelle begleitete die Jugendlichen dabei, eine für sie geeignete Beteiligungsform zu finden. Auch die Oberbürgermeisterin, die Stadträte und das Amt für Kinder, Jugend und Vereine unterstützten das Projekt. Die Jugendlichen entschieden sich für offene, basisdemokratische Jugendforen, an denen Interessierte zwischen 12 und 27 Jahren teilnehmen können.

Alle Themen, die den Jugendlichen wichtig sind und sie betreffen, werden hier nun diskutiert, gegebenenfalls mit den zuständigen Stadträten. Eine Kerngruppe von Jugendlichen übernimmt mehr Verantwortung im politischen Prozess. Die Mitglieder der Kerngruppe werden vom Jugendforum für ein Jahr gewählt. Sie sichern die Arbeitsfähigkeit der Jugendforen als Moderator/-innen, Sprecher/-innen oder Beisitzer und vermitteln deren Inhalte an die erwachsenen politischen Entscheidungsträger. „Denkbar ist ein ständiger Sitz in den Ausschüssen des Stadtparlaments für die Mitglieder der Kerngruppe“, berichtet Andreas Näther. Auf den bisherigen Jugendforen beschlossen die Jugendlichen ein selbst entwickeltes Statut und setzten sich mit dem Rechtsextremismus an Riesaer Schulen auseinander. Die Schulnetzplanung der Stadt Riesa war ebenfalls ein Thema. Der zuständige Referatsleiter wurde eingeladen, berichtete über die Pläne der Rathausverwaltung und beantwortete alle Fragen der Schüler/-innen. Im neuen Schuljahr wollen die Jugendlichen im Rahmen der Jugendforen ihren

Bedarf an Freizeiteinrichtungen und das unvollständige Radwegenetz in Riesa besprechen.

„Die Jugendlichen sehen ihre Themen mittlerweile besser wahrgenommen und wollen ihre Interessen auch künftig über die Jugendforen vertreten. Schon

jetzt rühren sie für das nächste Forum kräftig die Werbetrommel, um möglichst viele Gleichaltrige mit einzubeziehen“, erzählt die Netzwerkerin Gerhold. Auf die Unterstützung der Netzwerkstelle können die Jugendlichen dabei jedenfalls zählen.



Netzwerkstelle Riesa

Ansprechpartner/-innen:
Jana Gerhold, Andreas Näther

Kontakt:
Netzwerkstelle „Quo vadis“
c/o Sprungbrett e.V.
Spinnereistr. 3
01591 Riesa

Tel.: 03 525 - 50 03 11

perspektive@sprungbrett-riesa.de
www.perspektive-riesa.de

Jugendnetz Fläming

„Janz weit draußen“ im südwestlichen Brandenburg war ganz viel los: Streetdancer, DJs und Hiphopper versetzten das Stadtteilzentrum in Schwingungen, Jugendliche feierten die Eröffnung ihrer Skaterbahn, öffentliche Theaterproben, Konzerte, Feuer- und Jonglageshows ließen die Dorfbewohner/-innen staunen. Während der Jugendkulturwoche im Juli 2006 begeisterten Jugendliche sich und andere neun Tage lang für Kunst, Kultur, Sport und Politik. Andrea Isermann-Kühn und Beatrice Bartl von der Netzwerkstelle Fläming hatten die Aktion gemeinsam mit dem Stadtteilzentrum POGO in Belzig organisiert.

Netzwerkerin Andrea Isermann-Kühn erklärt: „Die Jugendlichen konnten sich in verschiedenen Bereichen ausprobieren, entdeckten ihre Talente und vermittelten ihr Wissen an andere weiter.“ Viele Angebote stellten die Jugendlichen selbst auf die Beine. Die „AG Junge Techniker“ reparierte zwei Tage lang kostenlos Fahrräder.

Das dreitägige Rockfestival „Out of Order“ mit lokalen Jugendbands in Medewitz organisierten Jugendliche. Viele interessierten sich für die Diskussionsrunde zum Thema Politische Jugendkulturen oder nutzten den Infostand zu Kriegsdienstverweigerung auf dem Belziger Marktplatz. Die Teilnehmer/-innen einer Exkursion des Info-Cafes erkundeten die Geschichte alltäglicher Orte in Belzig. Andere Jugendliche dokumentierten die Aktionen der Jugendkulturwoche

filmisch, unterstützt durch einen professionellen Regisseur. Der entstandene 45minütige Film wird auf einer großen Abschlussveranstaltung im November gezeigt werden. Das Stadtteilzentrum POGO hatte schon einmal eine Jugendkulturwoche organisiert, weitere Ansätze verliefen aber im Sande der täglichen Arbeitsbelastung. Die Netzwerkstelle griff die Idee 2005 auf und übernahm die Koordination für die Gemeinde Wiesenburg/Mark, das Amt Brück und die Stadt Belzig. So trafen sich die Jugendkoordinatoren der Gemeinden, Schulsozialarbeiter/-innen, Vertreter des Kreisjugendrings und des Stadtteilzentrums POGO und bereiteten die diesjährige Jugendkulturwoche vor. Aus konkurrierenden Trägern der Jugendarbeit wurden nun Kooperationspartner. „Die Jugendkulturwoche war ein großer Erfolg, alle Akteure wollen auch nächstes Jahr wieder mitmachen“, berichtet Isermann-Kühn. „Die Jugendlichen sollen künftig noch mehr mitreden können bei der Organisation. Dazu werden wir Jugendclubs und Schulen in die Arbeit einbeziehen.“

Neben der Organisation der Jugendkulturwoche gehört die Beratung von Fachnetzwerken zur täglichen Arbeit der Netzwerkstelle. So moderieren und beraten die Netzwerkerinnen den Arbeitskreis für integrierte ländliche Strukturentwicklung, der sich für den Erhalt der gewachsenen sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum einsetzt. Haupt- und ehrenamtliche Akteure der Jugendarbeit im Fläming werden regelmäßig zu Expert/-innen-

gesprächen eingeladen. Die Treffen dienen der Fortbildung der Akteure in den Bereichen Projektentwicklung und Förderstruktur, fördern den Austausch und Kooperationen.

Nach vielen Gesprächen im Landkreis weiß Andrea Isermann-Kühn: „Viele greifen auf unsere Arbeit zurück. Der Wert einer Stelle, die regionale Aktionen koordiniert und fördert, wird erkannt.“



Netzwerkstelle Region Fläming

Ansprechpartnerinnen:
Andrea Isermann-Kühn
Beatrice Bartl

Kontakt:

Jugend Netzwerkstelle Fläming
c/o Gemeinde Wiesenburg
Schlossstr. 1
14827 Wiesenburg/Mark

Tel.: 03 38 49 - 79 817 und 030 - 34 45 874
Fax: 03 38 49 - 50 271

netzwerkstelle@dorfwerkstadt.de
www.jugend-netz-flaeming.de

Netzwerkstatt in Wittstock

Die Situation in Wittstock drohte zu eskalieren. In der kleinen brandenburgischen Stadt häuften sich fremdenfeindliche und gewalttätige Übergriffe, Aussiedlercliquen und Cliquen rechter Jugendlicher standen sich feindlich gegenüber. Auch die Alltagskultur war konfliktträchtig und kommunikationsarm. Das Projekt Fairplay suchte in dieser Situation im Jahr 2003 den Kontakt zu den verfeindeten Jugendgruppen und stärkte die demokratische Kultur in Wittstock durch Gemeinwesenarbeit. Die Projektmitarbeiter/-innen Angelika Eikel und Rolf Kleine initiierten ein Videoprojekt, an dem sich sowohl drei Jugendgruppen als auch Vertreter/-innen von CDU, SPD und PDS beteiligten. Jede Gruppe formulierte in einem Video ihre Interessen und Visionen zu Wittstock. An einem feierlichen Präsentationsabend tauschten sich die Gruppen über ihre Filme aus und fanden gemeinsame Handlungsmöglichkeiten. „Die Jugendlichen haben erfahren, dass es sich lohnen kann, miteinander und mit den Erwachsenen zu reden. Den Erwachsenen ist bewusst geworden, dass sie die Interessen der Jugendlichen berücksichtigen müssen“, berichtet Rolf Kleine.

Fairplay hat viele persönliche Kontakte geknüpft und Vertrauen geschaffen. Davon profitiert die Netzwerkstelle Nordwestbrandenburg, die sich 2005 aus dem Projekt entwickelte. Die beiden Netzwerker/-innen Ewa Niedbala und Rolf Kleine wollen jugendlichen Interessen vor allem bei der Stadtent-

wicklung mehr Gehör verschaffen und organisieren den Dialog von Jugendlichen, Verwaltung und Gewerbe. Mittlerweile haben sie in den Köpfen schon einiges bewirkt, so dass die Verwaltung die Jugendbeteiligung automatisch mit einplant. Die stellvertretende Bürgermeisterin regte bereits die Gründung eines Jugendparlamentes an.

So ist es für die Netzwerkstatt leichter, Kooperationspartner für Jugendprojekte wie „Kunst im Schaufenster“ zu vermitteln. Dabei gestalten Jugendliche die Schaufenster leer stehender Läden mit ihren Kunstobjekten. Aktive Jugendinitiativen mit demokratischen Einstellungen finden so einen Platz im öffentlichen Raum und die Stadt profitiert von der attraktiven Gestaltung leer stehender Geschäfte. Die Fotogruppe eines Jugendclubs hat so eine ständige Ausstellungsmöglichkeit erhalten. Eine Gruppe von Gymnasiast/-innen bezog die Stadt in ihre Kunstaktion zum Thema Neugier und Ignoranz ein. Die Jugendlichen hängten überall rätselhafte Bilder auf, die neugierig machten auf einen Laden in der Innenstadt. Dort malten die Schüler/-innen im Schaufenster, allerdings nur teilweise sichtbar. Die Jugendlichen kamen mit Bürger/-innen über wichtige Fragen eines Gemeinwesens ins Gespräch: Finde ich toll, kann ich vielleicht mitmachen? Wann schauen wir hin? Wann machen wir uns die Mühe nicht? Welche Folgen für unser Handeln hat das, was wir sehen?

Netzwerker Kleine sieht Wittstock auf einem guten

Weg. Zwar dominiert nach wie vor die rechte Jugendszene in der Stadt und Umgebung, aber viele Jugendliche orientieren sich mittlerweile auch an demokratischen, friedlichen Werten und finden in der NetzWerkstatt einen Partner, um ihre Wünsche und Interessen zu verwirklichen. Diesen Prozess

will die Netzwerkstelle weiter bestärken. Wenn die Jugendlichen sicher sein können, dass ihre Anliegen von den Erwachsenen aufgenommen werden und die Erwachsenen auf die Jugendlichen als Partner zugehen, dann hat die Netzwerkarbeit ein wichtiges Ziel erreicht.



NetzWerkstatt im Jugendbüro Wittstock

Ansprechpartner/-innen:

Rolf Kleine

Ewa Niedbala

Kontakt:

NetzWerkstatt im Jugendbüro

Kettenstrasse 46

16909 Wittstock

Tel.: 03 394 - 40 07 385

Fax: 03 394 - 40 07 387

netzwerkstatt-dgb@web.de

www.netzwerkstatt-dgb.de

Regionales Jugendbüro Ivenack

Die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen in Mecklenburg-Vorpommern wächst, das lässt sich an Wahlergebnissen ablesen. Aber was bedeutet das für das Leben im Landkreis Demmin? Was denken die Menschen über Demokratie, Rechtsextremismus und Gewalt? Und wie muss gute Präventionsarbeit aussehen?

Das Regionale Jugendbüro Ivenack und das mobile Beratungsteam Greifswald stellten diese Fragen 2005 den politischen Gremien des Landkreises. „Im Präventionsrat des Kreises und im Jugendhilfeausschuss ergab sich schnell, dass eine genaue Situationsanalyse zu Demokratieverständnis und Rechtsextremismus im Landkreis nötig ist. Auf dieser Grundlage soll ein nachhaltig wirkendes Projekt zur Demokratieförderung entstehen“, berichtet Benno Hille, Mitarbeiter des Jugendbüros Ivenack.

Gemeinsam mit seiner Kollegin Melanie Postleb konnte er bei diesem Vorhaben an ein funktionsfähiges Netzwerk anknüpfen, das sie seit 2002 aufgebaut hatten. In Kooperation mit dem mobilen Beratungsteam und dem Institut für Politikwissenschaften der Universität Greifswald organisierten sie eine Studie zu „Demokratie und Toleranz im Landkreis Demmin“ am Beispiel des Amtes Stavenhagen. Die Ergebnisse zeigen eine hohe Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, zunehmende De-

mokratieverdrossenheit und steigende Akzeptanz rechtsextremer Ideologien im Landkreis. Weite Teile der Bevölkerung haben ein nur schwach ausgeprägtes Verhältnis zur demokratischen Grundordnung Deutschlands. Sie interessieren sich kaum für politische Entscheidungsprozesse und gesellschaftliche Mitgestaltung.

Gerade junge Menschen wissen sehr wenig über Grundlagen und Möglichkeiten der Demokratie. Eine stabile organisierte rechtsextreme Szene ist momentan nicht zu erkennen, aber die Rekrutierungsversuche der rechtsextremen Szene verstärken sich. Die NPD ist von einem zunehmenden Teil der Bevölkerung als wählbare Partei und einzig wahre Opposition in Mecklenburg-Vorpommern anerkannt. Die Analyse bescheinigt dem Landkreis eine ausbaufähige Basis für eine zukünftige Präventionsarbeit.

Auf der Fachtagung „Demokratie und Toleranz im Landkreis Demmin“ im September 2006 setzten sich Akteure aus Schule, Politik, Verwaltung und Jugendarbeit mit den Ergebnissen der Untersuchung auseinander. Nun soll ein umfassender Aktionsplan erarbeitet werden, um die Demokratie im ländlichen Raum zu fördern. Benno Hille erklärt: „Der Aktionsplan muss Antworten auf ganz konkrete Fragen geben: Was tun wir gegen Gewalt

im Schulbus? Wie gehen wir vor, wenn die NPD eine Veranstaltung im Ort anmeldet? Wir wollen ziviles Engagement fördern und extremistische und fremdenfeindliche Tendenzen in der Region verhindern.“

Demokratie fördert das Jugendbüro auch mit politischer Bildungsarbeit. Seminare für Schülerräte und die Jugendleiterausbildung thematisieren die Möglichkeiten von Jugendbeteiligung und werben für aktive Teilhabe der Jugendlichen im Gemeinwesen.



Regionales Jugendbüro Ivenack

Ansprechpartner:
Melanie Postleb und Benno Hille

Kontakt:
Eichenallee 50
17153 Ivenack

Tel.: 03 99 54 - 25 734
Fax: 03 99 54 - 25 735

www.regionales-jugendbuero.de
zentrum-ivenack@gmx.de

„per regio“ - Perspektiven für Bad Doberan

„Zum ersten Mal hatte ich das Gefühl: Hier ist meine neue Heimat.“ Mit diesem Eindruck kehrte ein junger Spätaussiedler von einer Kanutour in Mecklenburg-Vorpommern zurück. Junge Spätaussiedler/-innen und Deutsche erkundeten im Sommer 2006 wasserwandernd die Umgebung ihrer Heimatstadt Bad Doberan, und für viele von ihnen war die Schönheit der heimatlichen Natur eine berührende Erfahrung. Organisiert hatte die Aktion die Netzwerkstelle per regio in Bad Doberan im Rahmen des Modellprojekts „Fremde Heimat Bad Doberan - Integration durch Interaktion“.

Dass die bisherigen Angebote der Jugendhilfe junge Spätaussiedler/-innen nicht erreichten, stellten die regionalen Träger der Jugendarbeit 2004 bei einem gemeinsamen Treffen fest. So entstand die Idee zu dem Bad Doberaner Integrationsprojekt, in dem sich die verschiedenen Träger zu integrativer Jugendarbeit zusammenschlossen. Das Modellprojekt fand seinen Platz unter dem Dach des Netzwerks „Migration und Integration“, das die Integrationsbeauftragte des Landkreises Bad Doberan initiierte. Claudia Carla von der Netzwerkstelle übernahm die Leitung der AG „Integration ins Wohnumfeld, Freizeit und Kultur“ und damit die Verantwortung für das Modellprojekt.

Am Beginn der Arbeit stand eine gemeinsame Weiterbildung der beteiligten Träger, um die Mitarbei-

ter/-innen für die interkulturelle Arbeit zu sensibilisieren. Diese Weiterbildung findet seitdem jährlich statt. Das Projekt erweiterte seinen Aktionsradius 2005 auf den ganzen Landkreis und bezog alle Zugewanderten in seine Arbeit ein; der Arbeitsschwerpunkt 2006 war die Aktivierung von Ehrenamtlichen. „Wir beschränkten uns nicht mehr auf leicht konsumierbare Angebote, sondern ermutigten die Migrant/-innen, selbst initiativ zu werden“, berichtet Claudia Carla. So entstand eine interkulturelle Band, ein Theaterstück zur Gewaltprävention wurde aufgeführt und an Schulen vor- und nachbereitet. Während eines außerschulischen Bildungswochenendes setzten sich junge Deutsche und Aussiedler/-innen mit dem Thema Fremdheit auseinander. Deutsche, Migrant/-innen und Spätaussiedler/-innen unternahmen gemeinsam einen Segeltörn und beteiligten sich an vielen anderen erlebnispädagogischen Aktionen. Noch in diesem Jahr werden Jugendliche verschiedenster Herkunft gemeinsam eine Zeitung erstellen. „Mit herkömmlicher Öffentlichkeitsarbeit sind Migrant/-innen nur schwer zu erreichen, der Informationsaustausch läuft häufig über persönliche Kontakte“, resümiert die Netzwerkerin. „Daher werden wir künftig unsere Beratung im Asylbewerberheim anbieten und die Angebote des Integrationsprojekts mit den Menschen dort gemeinsam entwickeln und planen.“

Als Netzwerkstelle in Trägerschaft der Evangelischen Jugend im Kirchenkreis Rostock setzt sich

Claudia Carla auch für die Vernetzung von Kirchgemeinden ein. So sollen Kräfte und Geld gebündelt werden, um Jugendlichen konfessionsunabhängig attraktive Angebote zu machen. In Steffenshagen/Retschow etwa baute die Netzwerkerin mit dem Pastor eine Junge Gemeinde auf, die nun ein interkulturelles und interreligiöses Filmprojekt umsetzt.

Ein irakischer Dorfbewohner mit seiner jugendlichen Tochter gab den Anstoß dazu. So schrieben die Jugendlichen gemeinsam ein Drehbuch und arbeiten an ihrem Film, unterstützt von einer professionellen Schauspielerin und dem Rostocker Offenen Kanal. In der Gemeinde hat sich ein reger Austausch über Religion und Kultur entwickelt.



Perspektive Netzwerkstelle per regio

Ansprechpartnerin:
Claudia Carla

Kontakt:

Perspektive Netzwerkstelle per regio

c/o ENNO-Laden

Baumstraße 17

18209 Bad Doberan

Tel.: 03 82 03 - 73 46 37

Fax: 03 82 03 - 22 57 37

Claudia.Carla@per-regio.de

www.per-regio.de

Patchwork Plus - Netzwerkarbeit in der Oberlausitz

Ein bunter Anstrich für den Jugendclub, eine neue Beschilderung für den Wanderweg oder ein Dokufilm über die Gemeinde - der Kreativität sind bei der 48-Stunden-Aktion im Oberland fast keine Grenzen gesetzt. Nur gemeinnützig müssen die Projekte sein und machbar, und zwar in 48 Stunden. Jugendliche können so eigene Ideen für ihren Heimatort in die Tat umsetzen. Jungen Menschen immer mehr solcher Chancen zu eröffnen, ihr Gemeinwesen aktiv zu gestalten, dafür engagiert sich Mitorganisator und Netzwerker Torsten Kluge. Jugendbeteiligung ist der Arbeitsschwerpunkt der Netzwerkstelle „Patchwork Plus“ in der mittleren Oberlausitz im Landkreis Bautzen. Ein Baustein im Konzept der Netzwerkarbeit ist die 48-Stunden-Aktion im Oberland, einem ländlichen Teil des Landkreises.

Die Netzwerkstelle, die Sächsische Landjugend und die mobile Jugendarbeit MAILÄR organisieren die 48-Stunden-Aktion gemeinsam. Sie rühren kräftig die Werbetrommel, Presse und Rundfunk berichten, und so wird die geplante Aktion landkreisweit bekannt. Viele Jugendgruppen melden sich mit ihren Projektideen. Eine Jury prüft die Vorschläge auf ihre Realisierbarkeit und sucht für die erfolgversprechenden Projekte Paten, die das Projekt organisatorisch unterstützen. Denn im Vorfeld der Aktion gibt es noch viel zu tun, vor allem für die Jugendgruppen als ortskundige Experten. Die Jugendlichen wissen nicht nur am besten, wo etwas

im Argen liegt und haben eine Idee, wie sie es verändern wollen. Sie können auch ihre Helfer/-innen, die nötigen Finanzen und Materialien weitgehend selbst organisieren: Der Bäcker stellt vielleicht Brötchen für die Verpflegung zur Verfügung, der Bürgermeister vermittelt weitere Hilfe. So werden einige Projekte zu echten Gemeindeprojekten, bei denen viele Bürger/-innen mithelfen.

Am Aktionswochenende im Juni 2006 sind im Oberland über 300 Jugendliche aus 24 Jugendgruppen auf den Beinen. In ihren leuchtend gelben T-Shirts nicht zu übersehen, verwirklichen die Jugendlichen von Schmölln-Putzkau bis Großpostwitz, von Kirschau bis Taubenheim die unterschiedlichsten Vorhaben. Da bekommen die Kindergartenkinder des Ortes eine neue Sitzcke. Es werden Wanderwege und Bolzplätze in Ordnung gebracht, Kinder- und Familienfeste organisiert und Theater gespielt. Eine Jugendgruppe gestaltet eine Oase der Sinne mit Holzklangspiel und Tastboxen am Fuß des Faltenbergs. In jeder Gemeinde entsteht etwas Neues. Nach der Arbeit treffen alle Jugendgruppen zusammen, tauschen ihre Erfahrungen aus und feiern ihren Erfolg. Auch die Bürgermeister kommen, um den Jugendlichen für ihr Engagement zu danken. „2007 werden sich neben dem Oberland zwei weitere ländliche Planungsregionen des Landkreises Bautzen beteiligen, andere Landkreise haben bereits ihr Interesse signalisiert“, berichtet Netzwerker Kluge.

Die Netzwerkstelle wird die 48-Stunden-Aktion ebenso wie viele andere Jugendbeteiligungsprojekte weiter unterstützen. Aber Torsten Kluge bohrt auch dicke Bretter. Er übernimmt als Sozialraumkoordinator im Jugendhilfeverbundsystem Verantwortung. Der Landkreis Bautzen besteht aus vier Sozialräumen, in denen sich jeweils eine Verantwortungsgemeinschaft gebildet hat. Vertreter/-innen

der Jugendhelferträger, Bürgermeister/-innen, Ehrenamtliche aus Sport, Kirche, Freizeiteinrichtungen und Jugendliche kommen hier zusammen. Als Koordinator im Sozialraum West vermittelt Torsten Kluge zwischen dem Jugendhilfeausschuss des Landkreises und Verantwortungsgemeinschaft und fördert auch auf diese Weise die Jugendbeteiligung und das bürgerschaftliche Engagement in der Region.



Netzwerkstelle „Patchwork Plus“

Ansprechpartner:
Torsten Kluge

Kontakt:
Netzwerkstelle „Patchwork Plus“
c/o Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V.
Platz des Volkes 1
01877 Bischofswerda

Tel.: 03 594 - 70 47 22

torsten.kluge@kijunetzwerk.de
www.patchworkplus-bz.de

Ideenwerk

Halle-Saalkreis

Was ist eigentlich ein Katalender? Viele Jugendliche in Halle wissen es und nutzen die Mischung aus Katalog und Kalender gern. Der Kalender in Form eines Timers verzeichnet Termine, die für Jugendbeteiligung wichtig sind. Hinweise auf den Jugendbeteiligungs-Stammtisch oder Informationen zur Bewerbung für den Jugendkulturpreis sind als Engagementtipps ebenfalls darin zu finden. Im Katalog dahinter stellen sich Einrichtungen vor, die Projekte für engagierte Jugendliche anbieten. In der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. können sich Interessierte dann beraten und vermitteln lassen.

Jugendliche selbst haben den Katalender erstellt, unterstützt von der Servicestelle Jugendbeteiligung „klar! und der Netzwerkstelle Ideenwerk in Halle (Saale). Der Katalender wurde im September 2006 auf dem Abschlussfest des 1. Jugendengagementtags „Jugend bewegt die Stadt“ verteilt. „Der Jugendengagementtag sollte einen Anstoß geben, sich langfristig bürgerschaftlich zu engagieren“, berichtet Netzwerkerin Susanne Steuer. „Mit dem Katalender können die Jugendlichen sich einen Überblick über die verschiedenen möglichen Tätigkeitsfelder verschaffen und finden kompetente Ansprechpartner.“

Der Träger der Netzwerkstelle hat jahrelange Erfahrung mit Engagementförderung: Die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. bietet seit über sieben

Jahren Information und Beratung zu ehrenamtlichen Tätigkeiten in Halle und Umgebung an. Von Ausstellungsbetreuung im Museum bis zum Zoolotsen im Bergzoo ist alles dabei. Die Netzwerkstelle fördert besonders das freiwillige Engagement von Jugendlichen. Und so entstand die Idee, den ersten Engagementtag speziell für junge Menschen zu organisieren. Ein jugendliches Organisationsteam unterstützte Netzwerkerin Steuer bei allen anfallenden Aufgaben. Da der Engagementtag an einem Schultag stattfinden sollte, wurden die Schulen als Kooperationspartner gewonnen. Mobile Schulteams waren im Vorfeld mit Infoständen auf den Schulhöfen um Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Auch über Flyer, Presseberichte, Radio-Jingles, Stadtfeste und eine eigene Homepage wurde über den bevorstehenden Engagementtag informiert. Zugleich galt es, sozialen und soziokulturellen Einrichtungen Idee und Ziel der Aktion vorzustellen, mit ihnen gemeinsam ein Tagesprojekt zu entwickeln und sie zu beraten, wie Jugendengagement langfristig integriert werden kann. Insgesamt beteiligten sich 34 Einrichtungen und 174 Jugendliche. Ein Verein, der Freizeitassistenten für Behinderte ausbildet, führte z.B. das Projekt „Barrieren erfahren“ durch. Dabei waren die engagierten Jugendlichen mit Rollstühlen in der Stadt unterwegs und erfuhren so soziale und technische Barrieren, mit denen Behinderte täglich umgehen müssen. Andere Jugendliche

machten Öffentlichkeitsarbeit für das Thalia-Theater, verteilten Flyer und schauten hinter die Theatertkulissen. Die Straßenzeitung Pflaster e.V. verließ sich einen Tag lang auf die jugendlichen Verkäufer und gab ihnen so Gelegenheit zum Gespräch mit Bürgerinnen, Bürgern und Obdachlosen. Viele Jugendliche gestalteten den Tag für Kinder in Kitas.

Auch ein Hochstand wurde als Aussichtspunkt in der Döhler Heide gebaut. Sowohl die Jugendlichen als auch die beteiligten sozialen Einrichtung erlebten den Engagementtag als wertvolle Bereicherung. Und so wird es auch im nächsten Jahr einen zweiten Jugendengagementtag „Jugend bewegt die Stadt“ in Halle (Saale) geben.



Netzwerkstelle „Ideenwerk“

Ansprechpartnerin:
Susanne Steuer

Kontakt:

Netzwerkstelle Ideenwerk
c/o Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
Leipziger Straße 37

06108 Halle

Tel.: 03 45 - 47 01 355

kontakt@ideenwerk-halle.de

www.ideenwerk-halle.de

Netzwerk in Märkisch-Oderland

„Das ist doch nicht der Rede wert, das mache ich bloß so nebenher“, sagen in Märkisch-Oderland viele Menschen, die sich für ihr Gemeinwesen engagieren. Steffen Adam und Kerstin Dickhoff von der Netzwerkstelle MOL erfahren dann oft durch Nachbarinnen und Nachbarn von den vielen Ideen und kleinen Projekten im Landkreis. Zum Beispiel von der alten Dame, die ihren Garten nicht mehr selbst pflegen konnte und einen Schüler suchte, der diese Arbeit übernahm. Ein Nachbar brauchte ebenfalls Hilfe, und die alte Dame fand weitere interessierte Schülerinnen und Schüler. Mit der Zeit baute sie in ehrenamtlichem Engagement eine Agentur für Taschengeldjobs auf.

Die Netzwerkstelle lud 2005 die vielen Engagierten solcher kleinen Projekte ein zum Fachtag „**MOL Macht Och Laune** - Wege und Visionen von Jung und Alt im ländlichen Raum“. Über 100 Menschen trafen sich, Bürger/-innen, Vertreter freier Träger und Vereine, Kommunalpolitiker/-innen, Schülersprecher, Jugendclubräte, Vertreter der Presse, mittelständischer Unternehmen und Landwirtschaft. Insgesamt 36 Projekte und Initiativen präsentierten sich auf dem Markt der Möglichkeiten oder stellten Referent/-innen für Workshops zur Verfügung. „Wir wollten, dass die ‚Macher/innen‘ miteinander ins Gespräch kommen. Sie wissen am

besten, was sie brauchen, um sich noch besser engagieren zu können“, erzählt Steffen Adam. Die Teilnehmer/-innen wünschten sich eine bessere Übersicht über das Engagement in Märkisch-Oderland und Unterstützung in bürokratischen Fragen. Nicht Geld oder zusätzliche Dankesreden forderten die Engagierten, sondern echte politische Unterstützung. Nach der Veranstaltung schlossen sich ehren- und hauptamtlich Aktive aus dem Landkreis zu zahlreichen Initiativgruppen zusammen. Der Arbeitskreis „Bunte Seiten für Märkisch-Oderland“ etwa stellt nun eine Informationsbroschüre zusammen, in der Engagierte eine Übersicht über Kontaktpartner/-innen, Praxistipps zur Projektplanung und Hinweise zu bürokratischen Fragen finden. Die Informationsplattform auf www.leben-in-mol.de hält Daten und Fakten, themenrelevante Studien, Links zu Fördermöglichkeiten und vieles mehr bereit. Die Netzwerkstelle moderiert und koordiniert diese Arbeit. Die Anbindung an den Kreis-, Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland ist für die beiden Netzwerkstellen-Mitarbeiter/-innen dabei von großem Vorteil. „Über unseren Träger können wir viele bestehende Kontakte zu Vereinen im Bereich der Jugend- und Jugendsozialarbeit nutzen“, erklärt Steffen Adam.

Engagement will auch in Märkisch-Oderland gewürdigt werden, wissen die Netzwerker/-innen und

haben gemeinsam mit Partnern eine Benefiz-Gala organisiert. Für alle, die sich ehrenamtlich engagieren oder engagieren wollen, gab es ein volles Musik- und Theaterprogramm. Anschließend versteigerten Seelower Jugendliche ein Dutzend selbstgestalteter Graffitis. Insgesamt 1.000 Euro brachte die Verstei-

gerung ein: Geld, mit dem nun kleine, ehrenamtliche Projekte gefördert werden. Mit etwas Glück ist dies ein weiterer Schritt für eine neue Engagementkultur in Märkisch-Oderland. Steffen Adam jedenfalls ist sich sicher: „Der ländliche Raum hat Potenziale - sie müssen nur aktiviert werden!“.



Netzwerkstelle MOL

Ansprechpartner/-innen:

Steffen Adam

Kerstin Dickhoff

Kontakt:

c/o Kreis-, Kinder- und Jugendring

Märkisch-Oderland e.V.

Feldstraße 3

15309 Seelow

Tel.: 03 346 - 80 609

info@leben-in-mol.de

www.leben-in-mol.de

DEMOKRATISCH HANDELN LERNEN

Vorgestellt werden Ansätze politischer Bildung, die über die Vermittlung reinen Faktenwissens hinausgehen. Auf unterschiedlichste Weise regen sie Diskussionsprozesse an und fördern die Meinungsbildung. Das Spektrum reicht dabei vom Coachingprojekt für zivilgesellschaftlich aktive Senior/-innen bis hin zum Aufbau von Jugendparlamenten. Diese Methoden politischer Bildung zielen auf eine Erziehung zur Demokratie, die alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens umfasst.

Netzwerk für Demokratische Kultur in Potsdam-Mittelmark

Demokratie lebt vom Mitmachen - und von der Beteiligung aller. Doch wie können Jugendliche politisch partizipieren, wenn sie erst mit 16 oder 18 Jahren wählen dürfen? Wie sollen sie einem demokratischen System vertrauen, dessen Vertreter ihre Wünsche und Ideen nicht ernst nehmen? Die Netzwerkstelle „Netzwerk für Demokratische Kultur“ mit Sitz in Potsdam arbeitet daran, Jugendbeteiligung im politischen Leben der Städte und Gemeinden Brandenburgs zu etablieren. Netzwerker Thomas Kropp will junge Menschen zur politischen Partizipation anregen und selbsttragende Strukturen aufbauen, die es jungen Menschen ermöglichen, in politischen Entscheidungsprozessen mitzumischen. Jugendparlamente können die demokratische Kultur vor Ort entscheidend stärken. „Sie sind ein Forum des Dialogs zwischen Jugendlichen und Verwaltung. Jugendliche können ihre Anliegen besser durchsetzen, und auch die Erwachsenen finden hier jugendliche Ansprechpartner“, meint der Sozialpädagoge Kropp. In Jugendparlamenten können junge Menschen im Alter von 13 bis 27 Jahren Ideen zur Verbesserung ihres Lebensumfelds entwickeln und sich für deren Verwirklichung engagieren.

Das Jugendparlament in Beelitz etwa erreichte die Legalisierung von Graffiti-Flächen in der Stadt. Im Gegenzug sorgen die Jugendlichen nun dafür, dass tatsächlich nur auf den freigegebenen Flächen gesprayt wird. Im Sommer organisierte das Beelitzer Jugendparlament ein Open-Air-Konzert für Vielfalt und Toleranz, im Winter wird es Gespräche mit Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs geben. In den letzten vier Jahren baute die Netzwerkstelle kontinuierliche und aktive Jugendbeteiligungsstrukturen in Beelitz, Teltow, Nuthetal und Großbeeren auf. Zu Beginn des Aufbauprozesses informiert die Netzwerkstelle vor Ort umfassend über das Thema politische Jugendbeteiligung. Sie regt noch unbeteiligte Jugendliche zur Mitarbeit an und wirbt um die Unterstützung in der Öffentlichkeit. Im Idealfall trifft Thomas Kropp auf Kommunen, in denen Jugendliche bereits aktiv sind und die Chancen politischer Jugendbeteiligung schon öffentlich diskutiert wurden. Der Netzwerker unterstützt die Jugendlichen dabei, ihre verschiedenen Interessen und Projekte unter dem Dach einer Jugendbeteiligungsinitiative zusammenzufassen. Er berät politische Entscheidungsträger/-innen in den Kommunen, hilft den Trägern der Jugendarbeit bei der Entwicklung des

Jugendparlamentes und kann im engen Kontakt mit politischen Gremien auch gelegentlichen Vorbehalten konstruktiv begegnen. Nach der Gründung einer Jugendbeteiligungsinitiative begleitet die Netzwerkstelle diese bei ihrer Arbeit und vermittelt Kontakte zu potenziellen Partnern. Sie bietet Seminare an zu Projektentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Moderation. Auch der inhaltliche und metho-

dische Austausch verschiedener Jugendparlamente untereinander läuft oft über die Netzwerkstelle. Thomas Kropp ist sicher: „Politische Partizipation von Jugendlichen lohnt sich nicht nur für die jungen Menschen selbst, sondern auch für ihre Heimatregion. Denn engagierte Jungparlamentarier identifizieren sich verstärkt mit ihrer Region und fühlen sich zum Bleiben ermutigt.“



Netzwerk für Demokratische Kultur

Ansprechpartner:
Thomas Kropp

Kontakt:
Netzwerk für Demokratische Kultur
c/o Stiftung SPI/NL Brandenburg
Schopenhauerstr. 32
14467 Potsdam

Tel.: 03 31 - 97 93 730

kropp@stiftung-spi.de
www.demokratische-kultur.de

Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick

Im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick siedelte sich 2004 die NPD-Bundeszentrale an; die Einrichtung eines NPD-Bildungszentrums wurde geplant. Das Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD) setzt diesen Bestrebungen ein demokratisches Bildungsangebot entgegen: Interessierte finden hier beispielsweise fachlichen Austausch, demokratierelevante Themenseminare, Hilfe bei der Gründung von Netzwerken, Projekten und Initiativen. Die Angebote richten sich an zivilgesellschaftliche Akteur/-innen, Multiplikator/-innen, Erwachsene, Jugendliche und Senior/-innen. Ziel des Zentrums ist es, die demokratische und pluralistische Alltagskultur im Bezirk zu stärken. Zivilgesellschaftliche Akteur/-innen, die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren, finden hier eine kompetente Anlaufstelle.

Die politischen Bildungsangebote vermitteln demokratische Werte, Wissen über gesellschaftliche Strukturen und geben methodische Hilfestellungen. Die Teilnehmer/-innen lernen, demokratische Prozesse aktiv zu gestalten und sie zu stärken. Zielgruppen sind alle zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen, von Einzelpersonen über Vereine und Gruppen, von den Kleingärtner/-innen über die Senior/-innen-Initiative bis hin zum Kirchenchor. In diesen Gruppen fehlt es oft an Pluralität und Demokratieverständnis. „Viele engagieren sich zwar gegen die NPD, äußern sich aber beispielsweise missbilligend über die bunten Haare

jugendlicher Vertreter/-innen in den Bündnissen“, berichtet Tanja Berg vom ZfD. Um einen Demokratisierungsprozess in den Gruppen anzustoßen, verteilt sie mit ihrem Kollegen Björn Malycha die Broschüre „Demokratisch Handeln im Alltag. Anregungen und Methoden für Multiplikator/-innen in Treptow-Köpenick“. Potenzielle Multiplikator/-innen sprechen die beiden auch gezielt an und laden sie zu Workshops, Beratungen und Fortbildungen ein. Hier können sich die Multiplikator/-innen das methodische Handwerkszeug aneignen, um vereinsinterne Prozesse in Zukunft demokratischer zu gestalten. Das ist ein schwieriger Prozess, weiß Tanja Berg: „Wenn die Demokratisierung hierarchische Strukturen in Frage stellt, kommt es oft zu Konflikten, die konstruktiv bearbeitet werden müssen.“

Im Rahmen seiner politischen Bildungsarbeit bietet das ZfD auch Veranstaltungsreihen an, die sich mit Demokratie, Pluralität und den Unterschieden zwischen Ost und West beschäftigen. Schließlich hat ein Großteil der Menschen in Treptow-Köpenick seine biographischen Wurzeln in der DDR und hat dort auch wesentliche Erfahrungen im Umgang mit Demokratie gemacht. Die Auseinandersetzung mit diesen Themen erfordert ein hohes Maß an Sensibilität und ein gutes Veranstaltungskonzept, um einen respektvollen Umgang mit unterschiedlichen Erfahrungen und Biographien zu gewährleisten.

Dass „Demokratisch Handeln lernen“ keine Frage des Alters ist, zeigt das ZfD etwa mit dem Projekt „Lebenslanges Demokratie Lernen“, einem Coachingprojekt für zivilgesellschaftlich aktive Senior/-innen. Mit Workshops, Seminaren, Planspielen und Zukunftswerkstät-

ten können ältere Bürger/-innen ihre demokratischen und zivilgesellschaftlichen Beteiligungsformen ausbauen. Ziel ist es, die Selbstorganisation der Senior/-innen zu fördern und ihre Erfahrungen bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu nutzen.



Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick

Ansprechpartner/-innen:

Tanja Berg
Björn Malycha

Kontakt:

Zentrum für Demokratie
Treptow-Köpenick
Puchanstr. 12
12555 Berlin

Tel.: 030 - 65 48 72 93

zfdtk@t-online.de

Peerleader-Training in Nordvorpommern

In Flächenlandkreisen in Mecklenburg-Vorpommern werden die öffentlichen Etats für Jugendarbeit gekürzt und Schulstandorte geschlossen. Oft fehlen daher jugendkulturelle Angebote als Alternative zur rechten Jugendkultur. Die Peerleader-Ausbildung soll andere Jugendkulturen unterstützen und Demokratieprozesse stärken. Diese Form der außerschulischen politischen Weiterbildung vermittelt Jugendlichen methodisches und fachliches Wissen, mit dem sie sich in ihren Peergroups für ein couragiertes Miteinander einsetzen können. „Die Jugendlichen selbst werden zu Demokratielehrern. Die damit verbundene Aufklärung über Hintergründe und Zusammenhänge fördert und ermächtigt die nachwachsende Generation in einem zivilgesellschaftlichen Gemeinwesen“, so die Projektinitiatorin Heike Harder. Ziel des Projektes ist es, junge Menschen für ein freiwilliges Engagement im Gemeinwesen zu begeistern, sie zur Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz anzuregen und sie für die Situation von Minderheiten zu sensibilisieren.

Die Peerleader-Ausbildung wendet sich an junge Menschen zwischen 12 und 21 Jahren und basiert auf der Erlebnispädagogik als Methode des ganzheitlichen Lernens. Die Ausbildungswoche beginnt mit einer zweitägigen Kanutour, bei der die Gruppe schwierige Aufgaben bewältigen muss. Dabei erwerben die Teilnehmer/-innen Wissen über Gruppendy-

namik und verschiedene Gesprächs- und Führungsstile. In Workshops und Seminaren beschäftigen sich die Jugendlichen anschließend mit Grundbausteinen der Demokratieerziehung und der Anti-Extremismusbildung. Methoden der Konfliktschlichtung, pädagogische und rechtliche Grundlagen der Jugendgruppenarbeit und kommunikative Fähigkeiten werden ebenso vermittelt. Gleichzeitig absolvieren die Jugendlichen die Jugendgruppenleiter-schulung und einen Erste-Hilfe-Kurs. So erhalten die jungen Peerleader am Ende der Ausbildungswoche nicht nur ein Peerleader-Diplom, sondern auch die Jugendleiter-Card und ein Zertifikat über eine abgeschlossene Erste-Hilfe-Ausbildung.

Ähnlich wie die Jugendkultur insgesamt wird auch die Musikkultur häufig von rechten Einflüssen dominiert. Viele Jugendliche organisieren sich in kleineren Schülerbands oder treffen sich einfach im elterlichen Keller, um Musik zu machen. Oft denken sie nicht darüber nach, welches Liedgut sie hören und singen, vor welchem Publikum sie spielen und welche Inhalte sie transportieren. Daher bietet das Projekt angelehnt an das Peerleader-Training die Bandleader-Ausbildung an. Die Bandworkshops klären auf über rechte Musik, über Einstellungen und Vorurteile als Textinhalte und über die Manipulation durch Musik. Sie liefern Argumente gegen rechte Musik und rechte Jugendkulturen und vermitteln Methoden des Songwritings.

Die ausgebildeten Peerleader unterstützen Projekte der Jambus gGmbH und von Kooperationspartnern, beispielsweise begleiten und betreuen sie internationale Jugendbegegnungen. So setzen die Jugendlichen ihr erlerntes Wissen in die Praxis um und sammeln neue Erfahrungen. Im kommenden Jahr unterstützen

junge Peerleader deutsch-polnische und deutsch-israelische Begegnungen. Bei diesem Austausch unterschiedlicher kultureller und gesellschaftlicher Erfahrungen werden besonders ihre Kompetenzen in der Vermittlung von demokratischem und tolerantem Verhalten zum Gelingen beitragen.



Peerleader-Training Nord-Ost

Ansprechpartnerin:
Heike Harder

Kontakt:

Jambus gGmbH
Am Kirchplatz 1
18334 Bad Sülze

Tel.: 03 82 29 - 79 510

Heike.Harder@jambus-bildung.de
www.jambus-bildung.de

Kinderdorfprojekt in Hütten

Vierzig Kinder toben über den Hof, bauen, spielen, backen, schreiben, erzählen. Ein ganz normales Ferienlager? Nein, weit mehr: Der BLITZ e.V. in Thüringen hat für zehn Tage im Juli 2006 seine Bildungsstätte in Hütten zu einem Kinderdorf umgewandelt. Und in diesem Dorf bestimmen Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren selbst, was passiert.

Das Projekt „Kinder machen Demokratie“ ermöglicht Kindern, die Prozesse in einer demokratischen Gesellschaft praktisch zu erlernen und Verantwortung in einem Gemeinwesen zu übernehmen. Der Verein, der sonst vorrangig Jugendarbeit und Jugendbildungsarbeit betreibt, hat erkannt, dass Demokratieerziehung und Entwicklung von Entscheidungskompetenzen bei jungen Menschen früher beginnen muss als im Jugendalter. Angebote für Demokratieerziehung mit Kindern gibt es in Deutschland jedoch oft nur in größeren Städten und Ballungsgebieten, kaum im ländlichen Raum. Gemeinsam mit Kooperationspartnern im Kinder- und Jugendbereich suchte Blitz e.V. die Teilnehmer/-innen, sogar zwei Einrichtungen in Belgien und Österreich beteiligten sich. Die Kinder bereiteten sich in mehreren Treffen vor. In ihrem Dorf sollte alles möglich sein, der Phantasie waren keine Grenzen gesetzt. Nicht die Erwachsenen, sondern die Kinder setzten diese Phantasien mit ihren eigenen Mitteln um. Beispielsweise sollte es Tiere

geben, also musste sich auch jemand verantwortlich fühlen, für sie sorgen. Um die Verantwortung für einen Bereich im Dorf einschätzen zu können, wurden im Vorfeld Exkursionen durchgeführt, bei denen die Kinder sich selber alle nötigen Informationen besorgten. Bei den Vortreffen entschieden sich die Kinder für folgende Arbeitsbereiche: „Essen & Trinken“, „Tiere & Pflanzen“, „Funk & Fernsehen“, „Dorffest“, „Sport & Fitness“, „Amt“ und eine „Baugruppe“.

Während des Kinderdorfs lebten die Kinder in zufällig zusammengestellten „Familien“, da dörfliche Strukturen im Wesentlichen von Familien getragen werden. Jede Familie hatte zwei erwachsene Begleiter/-innen, die im Familienrat das Leben des Dorfes reflektierten und als Vertraute für persönliche Belange da waren. Alle Kinder gingen ihrer selbstgewählten Arbeit nach. Entscheidungen fürs Dorf wurden gemeinsam im Dorfrat getroffen; aus jeder „Familie“ wurde ein Kind als Vertreter/-in gewählt. So konnte das Hüttengeld als Währung eingeführt und Bürgermeisterwahlen ausgerufen werden. Für die Kinder war dabei ohne Diskussion klar: Zwei Bürgermeister sollten es sein - ein Mädchen und ein Junge. Die belgische Bürgermeisterin und der deutsche Bürgermeister eröffneten als Höhepunkt das Dorffest, an dem auch Fachtagsbesucher und Eltern mit Touristenvisum teilnahmen.

Die Kinder lernten die komplexen Strukturen gesellschaftlichen Zusammenlebens kennen. Besonders intensiv waren die Erfahrungen im Umgang mit Verantwortung, der Wirksamkeit eigenen Handelns und den Schwierigkeiten, zu gemeinsamen Entscheidungen für den gemeinsamen Lebensraum zu kommen. Für die Begleiter/-innen waren es neue Erfahrungen, Entscheidungsprozesse auszuhalten und Prozesse zu begleiten,

anstatt einzugreifen und zu bestimmen. Ein Begleiter resümiert: „Wenn ich erzähle, was ich hier erlebt habe und wie wir gearbeitet haben, wird mir keiner glauben. Ich weiß aber, dass Zusammenleben zwischen Kindern und Erwachsenen so funktionieren kann.“

Für den Verein war es ein erfolgreicher Start, Lernerfahrungen für Kinder in einem selbstorganisierten und sehr komplexen System zu ermöglichen.



Kinderdorfprojekt in Hütten

Ansprechpartnerin:
Karin Schreibeis

Kontakt:

Bildungswerk BLITZ e.V.

Zeitgrund 6

07646 Stadtroda

Tel.: 03 64 28 - 51 70

oder 03 647 - 41 47 71 (Jugendbildungsstätte Hütten)

schreibeis@bildungswerk-blitz.de

www.bildungswerk-blitz.de

Kinder (er)leben Demokratie

Schon Kinder können die Grundlagen demokratischen Handelns lernen und sozial, tolerant und gemeinwesenorientiert denken. Um diese Fähigkeiten zu fördern, bietet die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar mit ihrem Projekt „Demokratie lernen mit Kindern“ Demokratieerziehung für Grundschüler an. Expert/-innen für Demokratiepädagogik und für die Kooperation mit Grundschulen erarbeiteten dafür ein kindgerechtes, erfahrungsorientiertes Konzept der Demokratieentwicklung. „Sie griffen dabei zurück auf vorhandene und erprobte Demokratieentwicklungsprogramme für Jugendliche und junge Erwachsene, mit denen die Träger entsprechender Projekte seit Jahren gute Erfahrungen gemacht haben“, so die Initiator/-innen. Für die Arbeit mit Kindern wurden die Grundbausteine der Demokratieerziehung verbunden mit den Alltagserfahrungen an der Grundschule.

Die entstandenen Bildungsangebote vermitteln den Kindern Einblicke in politische Prinzipien und Inhalte und fördern demokratische Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Engagement für das Gemeinwesen. Die Schlüsselqualifikationen und Selbstkompetenzen der Kinder werden gestärkt und so ihre Urteils-, Sozial- und Handlungskompetenzen entwickelt. Der erfahrungsorientierte Bildungsansatz ermöglicht ein Lernen

mit Spaß und emotionaler Begleitung, so die Initiator/-innen.

Damit die Kinder ihre neu erworbenen Kompetenzen und Einstellungen üben und anwenden können, muss sich die Schulkultur verändern. „Ohne eine demokratische Grundhaltung des Kollegiums ist keine nachhaltige Entwicklung bei den Schülern und Schülerinnen möglich. Tragen die Lehrer/-innen die Inhalte nicht mit und wollen nicht selbst etwas entwickeln, dann ändert sich nichts nachhaltig“, meint der Projektmitarbeiter Martin Boock. Darum wendet sich das Projekt nicht nur an einzelne Schulklassen, sondern stößt einen demokratischen Schulentwicklungsprozess an. Kinder, Lehrerkollegium, Erzieher/-innen und Eltern planen im Rahmen des Projekts eine auf die Schule zugeschnittene Demokratisierung des Schulalltags.

Die Kinder der Weimarer Wieland-Grundschule entwickeln zur Zeit ihre Vorstellungen für die Schulordnung, die Grundschüler/-innen der Friedensschule in Kahla beschäftigen sich mit ihrem Schulleitbild. In Aushandlungsgruppen werden Kinder, Eltern und Lehrer/-innen sich über ihre Vorstellungen austauschen und im Konsens entscheiden. Ziel ist eine demokratische Schule, die auch die Kinder an konkreten Entscheidungsprozessen beteiligt.

Die erste Projektlaufzeit hat gezeigt, dass die Projektmitarbeiter/-innen viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, um die Schulen für das Projekt zu gewinnen. Zudem kann das Projekt nur nachhaltig wirken, wenn parallel zur Entwicklung demokra-

tischer Kompetenzen bei Kindern ein Demokratisierungsprozess des Umfeldes stattfindet. Denn nur, wenn die Kinder Demokratie auch im Alltag erleben, kann eine demokratiebejahende Grundhaltung entstehen.



Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Ansprechpartner:
Martin Boock

Kontakt:
Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Jenaer Str. 2-4
99425 Weimar

Tel.: 03 643 - 86 23 32

boock@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

MITWIRKUNG MIT WIRKUNG - GESTALTUNGS- UND BETEILIGUNGSFÖRDE- RUNG IN JUGEND- UND LOKALPOLITISCHEN KONTEXTEN

Kinder und Jugendliche haben ein Recht, die Gesellschaft mitzugestalten. Welchen Kriterien müssen Partizipationsangebote genügen? Und kann Beteiligung jenseits einer demokratischen Legitimation erfolgen? Vertreter der Jugendverbände reflektieren, wie verbandsintern engagementfördernde Strukturen entwickelt und ermöglichende Rahmenbedingungen geschaffen werden können. Ein Kommunalpolitiker beleuchtet die Möglichkeiten engagementfördernder zivilgesellschaftlicher Strukturen bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene.

Jugendverbände - Experimentierfelder für die Partizipation von jungen Menschen

Christian Weis

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hängt direkt mit der Gestaltung ihrer individuellen Lebensumwelt zusammen. Die diesbezüglichen Rechte müssen ihnen gegeben werden. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen ist als Ziel heute gesamtgesellschaftlich anerkannt und teilweise gesetzlich festgeschrieben.¹ In diesem Sinne ist Beteiligung mehr als Teilnahme und mehr als Anhörung. Es geht um den aktiven Einbezug von Kindern und Jugendlichen in die Entscheidungsprozesse.

Partizipation, also die Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ist ein Querschnittsthema der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche. Aber längst nicht in allen das Leben von

Kindern und Jugendlichen betreffenden Bereichen wird ihnen tatsächliche Partizipation ermöglicht. Insbesondere in der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene wurde in den letzten Jahren auf unterschiedliche Weise die Partizipation von Kindern und Jugendlichen angestrebt, aber im Sinne der Jugendverbände (noch) nicht oft erreicht.

Partizipation ist Gestaltungsmacht. Partizipation bedeutet, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, ihr Recht wahrzunehmen, die Gesellschaft, in der sie leben und aufwachsen, aktiv mitzugestalten. Wo Kinder und Jugendliche, Mädchen und Jungen, junge Frauen und junge Männer mitmachen, soll ihre Mitwirkung auch Wirkung zeigen: Mitwirkung mit Wirkung. So versteht das

Bundesjugendkuratorium unter direkter Beteiligung das Prinzip, Kinder und Jugendliche als Experten und Expertinnen in eigener Sache effektiv in politische, planerische und zukunftsorientierte Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einzubeziehen. Partizipation ist vor allem dort einzufordern, wo politisch relevante Entscheidungen die biografischen Perspektiven junger Menschen und ihr Zusammenleben mit anderen beeinflussen.²

Beteiligung bzw. Partizipation müssen von allen Beteiligten immer wieder gelernt und neu gelebt, neue Formen und Methoden entwickelt und ausprobiert werden. Jugendverbände sind gelebte Beteiligung. Dies wird auch im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) festgestellt.³ Sie sind dabei wichtige Akteure der Zivilgesellschaft. Ihre grundlegenden Aufgaben umfassen außerschulische, politische, soziale, kulturelle und ökologische Bildung, Beratung in allen Fragen des Lebens, Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen, Einmischung in den Diskurs über die Gestaltung der Gesellschaft und kreative Freizeitgestaltung. Jugendverbände begleiten junge Menschen in ihrer Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft. Sie bilden und erziehen die Bürgerinnen und Bürger von morgen. Jugendverbandsarbeit wird richtigerweise als Sozialisationsinstanz beschrieben und stellt somit einen Integrationsfaktor in die Gesellschaft dar. Jugendverbände sind die Werkstätten der Demokratie und Praxisfeld gesellschaftlicher Gestaltung. Jugendverbände tragen neben der Persönlichkeitsentwicklung auch zur Demokratieentwicklung bei, indem sie den Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich in demokratischen Lern- und Praxisfeldern im politischen Handeln zu erproben und die dafür notwendigen Instrumente und Methoden zu erlernen.

Aus diesem Grund entwickeln die Jugendverbände ihre Beteiligungsmodelle im Rahmen der weiter unten beschriebenen Kriterien ständig weiter, probieren neue Formen und Methoden aus und passen vorhandene an die Bedürfnisse und Interessen der Kinder und Jugendlichen an. Erfolgreiche Modelle fließen dann in die Arbeit der Jugendverbände ein. Dies war u.a. ein Aspekt der mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) durchgeführten Initiative „Projekt P - misch dich ein“ und wird ebenfalls Bestandteil des in Kürze beginnenden neuen Beteiligungsprojektes sein. Im Rahmen der Initiative „Projekte P“ wurden durch den Deutschen Bundesjugendring vor allem in den Modulen „Come in Contract“ (CiC)⁴ oder [bite05]⁵ erfolgreich neue Methoden ausprobiert.

Partizipation muss aus Sicht der Jugendverbände Kriterien genügen. Der gesellschaftliche Gestaltungsanspruch von Kindern und Jugendlichen ist aus Sicht der Jugendverbände nur dann erfüllt, wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind:

1. Es gibt tatsächlich etwas zu entscheiden!
2. Kinder und Jugendliche können sich direkt und indirekt beteiligen.
3. Kinder und Jugendliche werden über ihre Mitbestimmungsrechte aufgeklärt.
4. Alle Beteiligten sind von Anfang an beteiligt.
5. Am Anfang jeder Beteiligung wird ein weitgehender Informationsgleichstand hergestellt.
6. Die Beteiligung wird von Kindern und Jugendlichen inhaltlich vorbereitet. Sie werden dabei von kompetenten Vermittler/-innen unterstützt.
7. Es herrscht Transparenz in Bezug auf Entscheidungen und Ziele.

8. Die Attraktivität von Beteiligungsformen wird gewährleistet. Dies wird u.a. über reale Gestaltungsmöglichkeiten, Lebensweltbezug, Altersangemessenheit und Methodenvielfalt erreicht.
9. Zwischen der Planung und der Umsetzung von Beteiligungsvorhaben bestehen enge zeitliche Zusammenhänge.
10. Ein angemessener Zeitraum für den Beteiligungsprozess ist zu gewährleisten.
11. Das Funktionieren von Kommunikation und Interaktion ist eine wesentliche Grundlage für gelingende Beteiligungsprojekte. Kommunikationsprobleme zwischen den Involvierten sind häufig ein Grund für Missverständnisse. Deshalb bedarf es Jugendlicher und Erwachsener, die als Schlichter/-innen und Moderator/-innen fungieren.
12. Ein größerer Grad an Institutionalisierung von Beteiligung wird erreicht.
13. Partizipation ist nicht umsonst zu haben. Von vornherein sind Budgets so zu gestalten, dass den vielfältigen Ansprüchen an Beteiligung Rechnung getragen wird.
14. Die Ergebnisse der Beteiligung sind für die Kinder und Jugendlichen nachvollziehbar und erkennbar.
15. Der Transfer der Ergebnisse in die Entscheidungsabläufe von Politik und Verwaltung gelingt.

Diesen Ansprüchen genügen z.B. die - oft anzutreffenden - Projekte nicht, in denen einzelne Jugendliche auf die Bundesebene geholt werden, die dann

lediglich an Veranstaltungen teilnehmen. Diese Formen sind keine Möglichkeit, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und weisen damit auch die Grenzen von Partizipation auf. Gerade auf Bundesebene ersetzt Partizipation nicht demokratisch legitimierte Verantwortungsstrukturen, sondern ergänzt sie.

Aus Sicht der Jugendverbände kann Beteiligung - unabhängig von Modellen, Formen und Methoden - nicht jenseits einer demokratischen Legitimation erfolgen und darf sich nicht auf die Ebene von Teilnahme an Veranstaltungen beschränken.

Beteiligung junger Menschen kann und darf hier nicht stehen bleiben. Sie muss um das Wahlrecht ergänzt werden. So fordern die Jugendverbände seit langem das Wahlalter 16 für alle föderalen Ebenen und diskutieren derzeit intensiv die Forderung nach dem Wahlalter 14.

Grundlage des vorliegenden Textes ist das Positionspapier „Mitwirkung mit Wirkung“ vom November 2002 und weitere Veröffentlichungen des Deutschen Bundesjugendrings. Alle Positionen und Publikationen des Deutschen Bundesjugendrings sind unter www.dbjr.de zu finden.

-
- 1 Siehe z.B.: UN-Kinderrechtskonvention, Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG).
 - 2 Bundesjugendkuratorium: Direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eine Stellungnahme des Bundesjugendkuratorium, September 2001.
 - 3 „In Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. Ihre Arbeit ist auf Dauer angelegt und in der Regel auf die eigenen Mitglieder ausgerichtet, sie kann sich aber auch an junge Menschen wenden, die nicht Mitglieder sind. Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten.“ (§12 2. Absatz KJHG).
 - 4 Siehe Schriftenreihe 45, „Come in Contract - Auf gleicher Augenhöhe“, Deutscher Bundesjugendring, Berlin 2006.
 - 5 Siehe Schriftenreihe 43, „Ihr seid die Jury - Demokratie spielerisch lernen [bite 05]“, Deutscher Bundesjugendring, Berlin 2005.

Evangelische Jugend in Ostdeutschland - Werkstatt der Demokratie?

Florian Dallmann

Welche Rahmenbedingungen kann kirchliche Jugendarbeit für die Förderung von demokratischen Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten und des (Bürgerschaftlichen) Engagements junger Menschen bieten? Im Rahmen des von CIVITAS geförderten Praxis-Entwicklungs-Projektes (PEP) erarbeitet die Evangelische Jugend ermöglichende Rahmenbedingungen und engagementfördernde Strukturen für die zukünftige Verbandsarbeit.

Zum Demokratie (Aus-) üben in den und durch die Jugendverbände:

Jugendverbände nehmen für sich seit jeher in Anspruch „Werkstätten der Demokratie“ zu sein.¹ Dabei wird vor allem auf die Gelegenheit zum „Demokratie lernen“ im Sinne des learning by doing verwiesen. Nicht nur die Selbstorganisiertheit und Selbstbestimmtheit der Evangelischen Jugend, sondern auch der daraus resultierende Zwang zur Selbstverwaltung, zum Aufbau, Erhalt und Betrieb übergreifender Strukturen machen das Wesen der Jugendverbandsarbeit aus. Diese Faktoren ermöglichen entscheidende gesellschaftliche Funktionen: Intermediarität, Interessenvertretung, Vergesellschaftung. Dass in diesen Strukturen zwangsläufig (aber eher im Sinne eines Nebeneffektes) viele Menschen gelernt haben und lernen, sich in den Regionen repräsentativer Politik zu bewegen und

hierüber auch eine Politisierung und Demokratisierung weniger strukturierter Bereiche der Verbände erfolgt, leuchtet ein. Dieser Zugang ist jedoch brüchig geworden und eine kritische Reflektion der Realität hat bereits Mitte der achtziger Jahre eingesetzt.² Spätestens seit der „Falken-Studie“³ und dem DJI Jugendsurvey⁴ hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Demokratie auch für die Jugendverbände mehr ist als nur ihr demokratischer Apparat. Neuere Studien zeigen, dass im verbandlichen Zusammenleben und -arbeiten vor allem die Grund-„tugenden“ erlernt und vermittelt werden: Auseinandersetzungsfähigkeit, Toleranz, Interessenartikulation und -vereinbarung. Hierfür bildet jedoch die grundlegende demokratische Verfasstheit erst den entsprechenden Lernraum.⁵

In der Konsequenz sind die demokratischen sowie die im engeren Sinne jugendpolitischen Strukturen der Jugendverbände zwar wichtige, aber nicht die entscheidenden Faktoren, wenn es um das Demokratielernen und -ausüben geht. Sie stellen aber einen wichtigen Indikator dar. Zu diesen Strukturen zählen die demokratischen Verbandsgremien, aber auch die Zusammenarbeit in Kreis-, Stadt- und Landesjugendringen, in den Jugendhilfeausschüssen als Ort der professionellen Interessenvertretung, jugendpolitischen Meinungsbildung und des Kontaktes mit den Organisationen der Gesellschaft, namentlich Politik, Verwaltung und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Zur jugendpolitischen Situation der Evangelischen Jugend in Ostdeutschland:

Mit diesen Worten begann in der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) in der Bundesrepublik Deutschland 2003 ein Analyseprozess, nachdem immer häufiger krisenhafte Meldungen über die Situation der jugendpolitischen Landschaft in Ostdeutschland auftauchten. Die Analyse, die hier nur in Auszügen wiedergegeben werden kann, zeigt erhebliche Herausforderungen:

„Die evangelischen Kinder- und Jugendarbeit in Ostdeutschland ist mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. (...)“

- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Ostdeutschland wird sich mittelfristig durch den Rückgang der Geburtenrate halbieren. (...)
- Verstärkt werden die massiven Schrumpfungsprozesse durch die Abwanderung nach Westdeutschland. (...) dies trifft die ehrenamtlich organisierten, ehermittelschichts-orientierten Jugendverbände besonders (...)
- Innerhalb Ostdeutschlands gibt es darüber hinaus massive Landflucht aus strukturschwachen Regionen in Agglomerationsräume. (...)
- Insbesondere in strukturschwachen Räumen lassen sich die notwendigen Anpassungen der Infrastruktur kaum mehr vornehmen, ohne eine Mindestversorgung zu gefährden.
- Auch wenn Fortschritte beim Aufbau freier Träger gemacht wurden, sind diese jedoch noch nicht so stabil, dass die anstehenden Veränderungen ohne Unterstützung bewältigt werden könnten:
- Der Aufbauprozess freier Träger war zwar sehr

erfolgreich, er hat sich aber noch nicht stabilisiert. (...) Auch Vorbehalte gegen wertorientierte Träger sind nach wie vor vorhanden.

- Der Aufbau kontinuierlicher und verbindlicher Ehrenamtsstrukturen braucht Zeit und ist nicht in 15 Jahren abzuschließen. Dieser Aufbau findet unter erschwerten Bedingungen statt, da Abwanderung und ein spezifisches Engagementverständnis eine 1 : 1 Adaption der klassischen westdeutschen Vorstellungen nicht sinnvoll machen, (...). Die Organisationsquote junger Menschen liegt auf ca. 60% des westdeutschen Niveaus.
- Förderpolitische Veränderungen führen bei freien Trägern zu einer massiven Ausdünnung des hauptamtlichen Personals. (...)
- Die jugendpolitischen Vertretungsstrukturen auf Kreis- wie Landesebene sind nicht flächendeckend vorhanden und teilweise deutlich schlechter ausgestattet als in Westdeutschland. In der oben genannten Situation sind sie jedoch überdurchschnittlich starken Anforderungen ausgesetzt, ohne über die notwendigen Ressourcen zu verfügen, sie umfassend und rasch zu bewältigen.
- Die Herausforderungen für die ostdeutsche evangelische Kinder- und Jugendarbeit für die nächsten Jahre sind vor diesem Hintergrund klar absehbar:
- Die Verbände und Organisationen der evangelischen Jugend müssen sich - aus einem kaum erst vollzogenen Aufbauprozess - in den nächsten Jahren analog zur Zahl der jungen Menschen und den finanziellen Ressourcen auf handlungsfähige Kernfunktionen reduzieren. Dies muss mit möglichst geringen Reibungsverlusten und in möglichst intelligenten Lösungen erfolgen.

- Mit Blick auf die Hauptamtlichen-Struktur erscheint Implementierung neuer, regionalisierter Konzepte erforderlich. (...)
- Immer stärker wird evangelische Jugend dabei als zivilgesellschaftlicher Akteur in die Pflicht genommen werden, z. B. in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen oder der wachsenden Demokratie-Distanz vieler junger Menschen in Ostdeutschland“.⁶

An dieser Stelle soll auf einige Spezifika eingegangen werden: Die Evangelische Jugend in Ost- und in Westdeutschland unterscheiden sich nach wie vor nicht unerheblich. Weite Teile der Evangelischen Jugend in Ostdeutschland sind primär als zwar relativ unabhängige, aber stark kirchengebundene Kinder- und Jugendarbeit durch die vergangenen Jahrzehnte geprägt. Damit ist die Evangelische Jugend in diesen Ländern zwar einerseits eine der wenigen Jugendorganisationen in Ostdeutschland, die flächendeckend tätig ist. Wesentliche Prozesse wie die vergesellschaftete Tätigkeit, die jugendpolitische Interessenvertretung und die Unabhängigkeit von der Erwachsenenorganisation „Kirche“ wirken teilweise jedoch noch unorganisch integriert.

Die geringere Kirchenbindung in der Bevölkerung führt dabei nicht unbedingt zu einer geringeren Reichweite: Zwar liegt die „Getauftenquote“ in Ostdeutschland in der Regel bei ca. 20- 25 %. Von diesen Getauften erreicht die Evangelische Jugend in Ostdeutschland jedoch relevant mehr junge Menschen als in Westdeutschland, weil diese in der Regel eine engere und bewusstere Identifikation mit der Kirche mitbringen. Die Prägung bedeutet auch spezifische „Selektionsgitter“ für den Zugang zu den Angeboten evangelischer Kinder- und Jugendarbeit.

Die ersten Vorergebnisse der Studie „Realität und Reichweite von Jugendverbandsarbeit“ bestätigen dies. Kurz gefasst: Im Vergleich zu Westdeutschland ist die Evangelische Jugend in Ostdeutschland bei aller Vorsicht bibelorientierter, geschlossener und weniger in vergesellschafteten Felder aktiv.

Wenn es um Engagement und die Gestaltung von Gemeinwesen geht, ist die Evangelische Jugend alles andere als ein unwesentlicher Akteur. Ein Beispiel: Alleine Sachsen zählt nach wie vor 1000 (!) regelmäßige Jugendkreise und 13.000 (!!!) regelmäßige Angebote für Kinder.⁷ Nach dem 2. Freiwilligensurvey ist „die“ Kirche (und dies ist in Ostdeutschland zum großen Teil „die evangelische“) einer der wichtigsten Engagement-Orte in Ostdeutschland. Optimistisch stimmt vor allem, dass die Zahl der kirchlich engagierten jungen Menschen sich in Ostdeutschland im Vergleich zum 1. Freiwilligensurvey 1999 nicht weniger als verdoppelt hat.⁸

Schließlich darf bei der Betrachtung dieser (fahrlässigkurzgefassten)Skizze die Rolle der Evangelischen Jugend als Anbieter sinnvoller Freizeitgestaltung und gesellschaftlicher Aktivität in Ostdeutschland vor allem in ländlichen Regionen nicht übersehen werden. Angesichts von Abwanderung, kommunalen und regionalen Kürzungen und Konzentrationsprozessen tauchen in vielen Berichten junger Menschen nur noch der Sportverein, die Feuerwehr und die Kirche als Träger elementarer sozialer Aktivitäten in ländlichen Räumen auf.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit in Ostdeutschland zweifellos erhebliche Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Aktivität, zum Engagement

und damit auch zum Demokratie Ein- und Ausüben mitbringt, gleichzeitig aber noch über erhebliche „schlummernde Potenziale“ verfügt, die erst noch entwickelt werden müssen. In der aktuellen zivilgesellschaftlichen Situation hat die Evangelische Jugend eine große Verantwortung, die Potenziale tatsächlich zu entwickeln und auch einzubringen, was unter den gegebenen Rahmenbedingungen alles andere als leicht möglich oder selbstverständlich ist.

Das Praxis-Entwicklungsprojekt PEP - Demokratiepotenziale entwickeln und einbringen

Eine Weiterentwicklung der Evangelischen Jugend zum Förderer demokratischer Potenziale ist gesellschaftlich notwendig. Nicht ohne Grund appellieren Lynen von Berg und Palloks,⁹ bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus vermehrt auch Akteure „lokaler Deutungsmacht“ zu aktivieren, wobei die Kirche sich wohl ausdrücklich angesprochen fühlen darf. Eine solche Weiterentwicklung entspricht ohnehin den aus dem christlichen Selbstbild wie aus der jugendverbandlichen Organisiertheit hervorgehenden eigenen Leitbildern. Dabei verbietet sowohl das jugendverbandliche Selbstverständnis der Evangelischen Jugend in Ostdeutschland wie die Ressourcenlage, hier einfach westdeutsche „Standards“ zu adaptieren.

Um ihrer Verantwortung gerecht zu werden, griff die aej auf die Methode der „Praxisentwicklung“ zurück. Dieses adressatenorientierte Modell wurde zusammen mit Prof. Dr. Richard Münchmeier und Arthur Fischer entwickelt. Begleitend zur oben genannten Studie wurde an mehreren regionalen Standorten das sogenannte „Praxis-Entwicklungsprojekt“ (PEP) durchgeführt. Hier schließen sich lokale Akteur/-innen der evangelischen Jugend in

Praxis-Entwicklung-Arbeitskreisen zusammen, um sich auf regionaler und Bundesebene zu vernetzen. In lokaler Verantwortung werden lokale Herausforderungen identifiziert und bearbeitet. Über die Zusammenschlüsse wird sowohl Austausch wie auch der Zugang zu nichtmonetären unterstützenden Dienstleistungen wie Beratung, Begleitung und Informationstransfer gewährleistet.

Da die Evangelische Jugend in Ostdeutschland über regionale Strukturen verfügt, wurden auf Landesebene entsprechende Arbeitskreise gebildet, in denen jeweils lokale Projekte zusammen geschlossen sind. Zwei Mitarbeiterinnen begleiten die Arbeitskreise und die lokalen Projekte von Bundesebene. Die Mitglieder der aej bringen als lokale Partner ihre strukturellen Zugänge und Netzwerke ebenso wie eigene Personalressourcen ein. Über regelmäßige Tagungen wird der Erfahrungstransfer gewährleistet und auch anderen, nicht direkt eingebundenen Akteur/-innen der Zugang zu den Ergebnissen ermöglicht.

Die beteiligten lokalen Träger sind in ihrer Schwerpunktsetzung autonom. Allerdings ist die Auswahl der Projekte an inhaltliche Schwerpunkte gebunden. Zentrale Aufträge bzw. Fragestellungen sind:

- Partizipationsmöglichkeiten und Angebotentwicklung für nicht konfessionell gebundene Teilnehmende als Grundlage vergesellschafteter Kinder- und Jugendarbeit
- Wertevermittlung und gesellschaftliche Orientierung für Multiplikator/-innen (junge Menschen für Demokratie gewinnen)
- Vernetzung mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, insbesondere gegen konkrete rechtsextreme Aktivitäten vor Ort
- Angebotentwicklung für rechtsextrem gefährdete Jugendliche

Das PEP Ostdeutschland begann für die aej 2005 mit längeren Vorarbeiten, die an den oben genannten Analyseprozess anschlossen. In einem ersten Schritt wurden die regionalen und lokalen Teilnehmer/-innen gewonnen. Seit dem Frühsommer 2006 arbeitet das Projekt nach der entsprechenden Mittelbewilligung unter Hochdruck an drei regionalen Standorten und mit einem Projektbüro in Hannover. Die ersten regionalen Vernetzungstagen wurden durchgeführt, weitere sind in Planung. Über konkrete Ergebnisse und Erfahrungen zu berichten, ist daher noch zu früh. Innerhalb der Evangelischen Jugend auf Bundesebene werden diese Ergebnisse und Erfahrungen jedoch mit großer Spannung erwartet, denn bereits bei der Analyse der Situation in Ostdeutschland wurde festgestellt:

„Die Situation in Ostdeutschland hat in einigen Aspekten Modellcharakter: Wenn die Evangelische

*Jugend in Ostdeutschland gute Antworten und Reaktionen auf diese Herausforderungen findet, wird sie auch an anderen Orten hiervon profitieren. Daher ist dieses Weiterdenken in der Gesamtheit der Evangelischen Jugend erforderlich“.*¹⁰

1 Vgl. Schefold, W., *Die Rolle der Jugendverbände in der Gesellschaft*, München 1972.

2 Vgl. Markmiller, Anton, *Jugendverbände. Interessenvertreter der Jugend*, in: DBJR (Hg.), *Jugend und Jugendpolitik*, Bonn 1985.

3 Radde, Martin, *Jugendkultur und Jugendverbandsarbeit. Politische Sozialisation zwischen jugendlicher Bewegung und funktionaler Erstarrung*, Weinheim und München 1988.

4 Hoffmann-Lange, Ursula (Hg.), *Jugend und Demokratie in Deutschland*, dji Jugendsurvey 1, Opladen 1995.

5 Vgl. Richter, Helmut/ Jung, Michael/ Riekman, Wibke, *Jugendverbandsarbeit in der Großstadt. Perspektiven für Mitgliedschaft und Ehrenamt am Beispiel der Jugendfeuerwehr Hamburg*, Hamburg 2006.

6 Dallmann, Florian, *Zur Situation der Evangelischen Jugend in Ostdeutschland*, in: aej (Hg.), *aej-informationen* 03/2004, Hannover 2004.

7 Vgl. aej, *Auswertung der Mitgliederbefragung Arbeit mit Kindern*, unveröffentlicht, Hannover 2005.

8 Vgl. Picot, Sibylle, *Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Zeitvergleich. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, München 2005.

9 Lynen von Berg, Heinz/ Palloks, Kerstin, *Civitas, ein Experiment wissenschaftlich begleitet*, in: Otte, Hans-Uwe/ Thiersch, Hans (Hg.), *neue praxis* 1/05, 2005.

10 Dallmann, Florian, 2004, a.a.O.

Chancen zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene

Markus Ulbig

Die Sächsische Schweiz und somit auch Pirna als Zentrum des Landkreises haben seit Jahren ein Problem mit rechtsextremen Strukturen und Straftaten dieser Extremisten. Aber auch mit der Stimmung, die aus solchem Denken und Handeln wächst.

Bereits seit meinem Amtsantritt als Oberbürgermeister der Stadt Pirna im Jahre 2001 habe ich versucht, für das Thema zu sensibilisieren, offen über unsere Problematik zu sprechen und nach Strategien der Zurückdrängung zu suchen. Schon damals gab es zivilgesellschaftliche Kräfte in unserer Stadt und Umgebung, mit denen wir in Kommunikation traten, um über die Situation und mögliche Optionen der Auseinandersetzung zu diskutieren. Dazu gehörten das Netzwerk Sachsen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit sowie die Aktion Zivilcourage. Diese Initiative junger Leute aus unserer Stadt und Umgebung - modellhaft gefördert durch das Bundesprogramm CIVITAS - ist seit damals ein wichtiger Partner für uns als Stadt.

Um weiteres Engagement zu initiieren und zu bündeln, gründeten wir im Juni 2002 die „Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage“, deren Schirmherr ich bin. Ein breites Bündnis wichtiger Akteure fand sich zusammen, um ein

klares Bekenntnis abzugeben, aber auch konkret in die Bürgerschaft einzuwirken. So veranstalten wir als Stadt Pirna seit 2003 in Kooperation mit unseren polnischen, tschechischen sowie französischen Partnerstädten, vielen Vereinen, Schulen, Institutionen, engagierten Bürgern und vor allem der Aktion Zivilcourage jährlich ein interkulturelles Fest auf dem Marktplatz. Dieser „Markt der Kulturen“ ist aber weit mehr als nur ein einzelner Tag, da es eine monatelange, gemeinsame Vorbereitung gibt. Nicht zuletzt die Äußerungen der rechtsextremen Szene gegen unser Fest zeigen, wie wichtig die Veranstaltung für den toleranten Dialog der Bürgerinnen und Bürger in unserer Region ist. Auch diesem Projekt halfen Mittel aus dem Bundesprogramm CIVITAS zum Erfolg - mit entsprechend guter Beratung durch die zuständige Servicestelle.

Daneben gibt es weitere, vor allem ehrenamtlich geprägte Projekte der Pirnaer Initiative. Zum Beispiel die „Bürgerbriefe“, welche fremdenfeindliche Propaganda entlarven und wichtigen Personen, Themen und Veranstaltungen Raum bieten.

Im Sommer 2005 konnte nun endlich der Weg für eine kreisweite Zusammenarbeit in der Sächsischen Schweiz geebnet werden. Landrat Michael Geisler,

der Leiter der Polizeidirektion Günther Liebenow und ich als Oberbürgermeister Pirnas gründeten die Steuerungsgruppe Extremismus. In dieser arbeiten des Weiteren Vertreterinnen und Vertreter des Verfassungsschutzes und des Regionalschulamtes mit. Während des ersten Jahres der Anschubphase wurden wir auch durch die Sächsischen Ministerien des Innern, der Justiz, Kultus und Soziales unterstützt. Neben dieser Behördenebene sind auf der Arbeitsebene - der AG Extremismus - auch alle relevanten Vereine und Initiativen eingebunden, z.B. die Aktion Zivilcourage, das Mobile Beratungsteam, der Jugendring Sächsische Schweiz und die Opferberatung der RAA Sachsen.

In monatlichen Beratungen wird die aktuelle Lage besprochen, Schwerpunkte werden analysiert und versucht, mit den relevanten Partnern abgestimmt geeignete Maßnahmen zur Zurückdrängung dieser extremistischen Erscheinungen zu ergreifen. Dabei gehen wir sowohl mit repressiven als auch mit präventiven Ansätzen vor.

Seit 1. November 2005 konnten wir durch die Förderung über das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ auch einen Koordinator für die Arbeitsebene einstellen.

Diese neue Qualität des Agierens:

- ein regelmäßig abgestimmtes Handeln aller relevanten Behörden im Landkreis
- unter Einbeziehung der entsprechenden zivilgesellschaftlichen Vereine und Initiativen
- stellt sich für uns als erfolgreicher Ansatz heraus.

Die seit Jahren gewachsenen rechtsextremen Strukturen genauso wie fremdenfeindliche Tendenzen in der Bevölkerung und Alltagsrassismus lassen sich nicht in kurzer Zeit eindämmen. Jedoch ist der begonnene Weg, der sicher in einer abgeschwächten Variante als Daueraufgabe steht, mit dieser Form der Zusammenarbeit weitaus wirkungsvoller.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen ist jedoch nur möglich, da die beteiligten Modell- und Strukturprojekte für ihre Arbeit eine gute finanzielle Grundlage durch Landes- und Bundesförderung erhalten. Diese Mittel sind aus kommunalen Haushalten nicht komplett aufzubringen, weshalb auch unsere Struktur in der Sächsischen Schweiz sehr von einer entsprechenden Weiterführung der Förderprogramme abhängt.

Es ist wichtig, dass sich die politischen Verantwortungsträger vor Ort klar positionieren und das Engagement gegen Rechtsextremismus - der unser friedliches Zusammenleben so immens beeinträchtigt - aktiv befördern. Dadurch können wir mehr Bürger und Bürgerinnen ermuntern, selbst couragiert unsere Demokratie zu verteidigen: in der Familie, in der Schule, im Verein und auch am Stammtisch!

Zivilcourage ist eine schwierige Tugend. Sie muss von jedem Einzelnen ausgehen, aber damit sie wirkt, muss sie von vielen gleichzeitig praktiziert werden. Örtliche Autoritäten haben ihre Verantwortung und sollten diese wahrnehmen. Doch sie können nicht das Engagement der gesamten Gesellschaft ersetzen.

Weiterführende Literatur

Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf/Wehrhöfer, Ulrich (Hg.), **Bürgergesellschaft und Gemeinwohl. Analyse. Diskussion. Praxis**, Opladen: Leske+Budrich, 1999.

Alisch, Monika/ Dangschat, Jens, **Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit**, Opladen: Leske+Budrich, 1998.

Anheier, Helmut/ Volker, Then, **Zwischen Eigennutz und Gemeinwohl. Neue Formen und Wege der Gemeinnützigkeit**, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2004.

Anhut, Reimund/ Heitmeyer, Wilhelm, **Bedrohte Stadtgesellschaft? Soziale Desintegration, Fremdenfeindlichkeit und ethnisch-kulturelle Konfliktpotentiale**, in: Currle, E./ Wunderlich, T. (Hg.),

Deutschland - ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen, Stuttgart: Lucius&Lucius, 2001, S. 419-432.

Arbeitskreis Soziale Bewegungen, www.aksb-online.de

Backhaus-Maul, Holger/ Ebert, Olaf/ Jakob, Gisela/ Olk, Thomas (Hg.), **Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven**, Opladen: Leske+Budrich, 2003.

Behr, Karin/ Liebig, Reinhard/ Rauschenbach, Thomas, **Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess**, Weinheim und München: Juventa, 2000.

BMFSFJ (Hg.) **Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004**, 2005. Verfügbar unter: www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Arbeitsgruppen/Pdf-Anlagen/freiwilligen-survey-langfassung

Brink, Christine (Hg.), **Adopt an Idea. Gute Ideen aus den USA**, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2001.

Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“, VS-Verlag, www.buergergesellschaft-demokratie.de/home.html

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), www.b-b-e.de/netzwerk.html

Crome, Erhard/ Muszynski, **Politikbedingungen und politische Bildung in Ostdeutschland**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/2000.

Dettling, Walfried, **Wirtschaftskummerland: Wege aus der Globalisierungsfalle**, München: Kindler, 1998.

Dienel, Christiane, **Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung: Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland**, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

Dienel, Christiane/ Gerloff, Antje/ Leske, Loreen u.w., **Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden? - Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt**, Abschlussbericht 30.11.2004. Verfügbar unter: www.sgw.hs-magdeburg.de/menschen/berichte2005/abschlussbericht.pdf

Dienel, Christiane/ Jain, Angela/ Schmithals, Jenny, **Rückwanderung als dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte. Erster Zwischenbericht zum 30.09.2005**, Berlin: nexus. Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, 2005. Verfügbar unter: www.uni-leipzig.de/~medienwi/studie/portal/media/downloads/Erster_Zwischenbericht_R_290905.pdf

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag (Hg.), **Bürgerschaftliches Engagement im internationalen Vergleich**, Opladen: Leske+Budrich, 2003.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag (Hg.), **Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft**, Opladen: Leske+Budrich, 2002.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, www.uni-leipzig.de/~roose/fjnsb/pages/frame1.htm

Friedrichs, Jürgen/ Blasius, Jörg, **Leben in benachteiligten Wohngebieten**, Opladen: Leske+Budrich, 2000.

Gensicke, Thomas, **Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B12/2006.

Gesprächskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, www.fes.de/buergergesellschaft

Glass, Christian, **Politische Bildung am Ende? Exemplarische Erfahrungen aus drei Maßnahmen der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe in Ostdeutschland**, Hamburg: Verlag Dr. Kovac, 2002.

Glück, Alois/ Magel, Holger, **Neue Wege in der Kommunalpolitik. Durch eine neue Bürger- und**

Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft, München: Jehle, 2000.

Hafeneger, Benno (Hg.), Handbuch politische Jugendbildung, Schwalbach/Ts, 1997.

Hafeneger, Benno (Hg.), Kinder- und Jugendpartizipation: im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren, Opladen: Leske+Budrich, 2005.

Hanesch, Walter, Armut und Integration in den Kommunen, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 2001/I, S. 27-47.

Häußermann, Hartmut, Die Krise der „sozialen Stadt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11/2000, S. 13-21.

Igl, Gerhard/ Jachmann, Monika/ Eichenhofer, Eberhard, Rechtliche Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements. Zustand und Entwicklungsmöglichkeiten, Opladen: Leske+Budrich, 2002.

Krummacher, Michael/ Kulbach, Roderich/ Waltz, Viktoria/ Wohlfahrt, Norbert, Soziale Stadt - Sozialraumentwicklung - Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit, Opladen: Leske + Budrich, 2003.

Land, Rainer/ Willisch, Andreas, Schrumpfung - Raumordnung oder Gesellschaftsordnung, in: Berliner Debatte Initial, 17 (2006) 5.

Mai, Ralf, Abwanderung aus Ostdeutschland: Strukturen und Milieus der Altersselektivität und ihre regionalpolitische Bedeutung, Europäische Hochschulschriften, Reihe 22, Soziologie, 2004.

Möller, Kurt (Hg.), Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft. Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements, Opladen: Leske+Budrich, 2002.

Olk, Thomas, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: Fakten - Prioritäten - Empfehlungen, 2003. Verfügbar unter: www.buerger-fuer-buerger.de (siehe > Dokumentationen/ Veröffentlichungen).

Ottersbach, Markus, Die Marginalisierung städtischer Quartiere in Deutschland als theoretische und praktische Herausforderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B28/2003, S. 32-39.

Probst, Lothar, Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie: Entstehung, Bedeutung und Zukunft, Köln: Bund-Verlag, 1993.

Röbke, Thomas/ Wagner, Bernd (Hg.), Jahrbuch Kulturpolitik 2000: Bürgerschaftliches Engagement, Essen: Klartext-Verlag, 2001.

Reichstagsbrandforum: www.zlb.de/projekte/kulturbbox-archiv/brand/einleitung.htm

Rosenzweig, Beate/Eith, Ulrich (Hg.), Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft: ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, Wiesenercker Beiträge zu Politik und politischer Bildung, Bd. 2, 2004.

Rudolf, Karsten, Bericht politische Bildung 2002. Was wollen die Bürger? Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland. Verlag: Büdigen IJBG, 2002.

Rudolf, Karsten, Politische Bildung: (k)ein Thema für die Bevölkerung? Was wollen die Bürger? Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B45/2002, S. 45-53.

Schlag, Thomas, Bevor Vergangenheit vergeht: für einen zeitgemäßen Politik- und Geschichtsunterricht über Nationalsozialismus und Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, 2005.

Scurrall, Babette, Chancen reproduktiver Arbeit in schrumpfenden Regionen, in: Biesecker, Adelheid/ Grenzdörffer, Klaus/ Elsner, Wolfram (Hg.), Erhalten durch Gestalten - Nachdenken über eine (re-) produktive Ökonomie, 2005.

Themenheft Bürgerschaftliches Engagement, Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2006. Verfügbar unter: www.bpb.de/files/UDNNW5.pdf

Vogel, Berthold, Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Konsequenzen für das Sozialgefüge und für die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels, in: SOFI-Mitteilungen Nr. 27/1999.

Vortkamp, Wolfgang, Integration durch Partizipation. Aktives Bürgerengagement und die Rolle von Vereinen in Ostdeutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 18, Heft 3, 2005, S. 69-83.

Wagner, Bernd/ Witt, Kirsten, Engagiert für Kultur. Beispiele ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich, Essen: Klartext-Verlag, 2003.

Werz, Nikolaus/ Nuthmann, Reinhard (Hg.), Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

Zimmer, Annette/ Nährlich, Stefan (Hg.), Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske+Budrich, 2000.

Modelle, Methoden und Verfahren

Community Organizing

Community Organizing ist kein Werkzeug oder beliebig einsetzbares Verfahren, sondern ein mehrdimensionaler Ansatz zum lokalen und regionalen Aufbau einer handlungsorientierten, proaktiven Zivilgesellschaft auf breiter gesellschaftlicher Basis.

Das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin fungiert als Kristallisationspunkt für die Entwicklung von unabhängigen Bürgerplattformen auf breiter gesellschaftlicher Basis nach dem Modell von Community Organizing. Als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis dient es der Forschung auf diesem und benachbarten Gebieten. Das Institut unterstützt dabei sowohl die Stärkung der demokratisch agierenden Akteure der Zivilgesellschaft als auch die Ausbildung von Professionellen - reflektierten und reflektierenden Praktiker/-innen -, die im Auftrag dieser organisier-

ten Zivilgesellschaft handeln. Das Institut ist ein Kompetenzzentrum für Community Organizing in Deutschland.

Prof. Dr. Leo J. Penta begleitet als Community Organizer und Wissenschaftler den Aufbau der ersten modellhaften „community organizations“ in Deutschland: Menschen verändern ihren Kiez/Organizing Schöneweide und Bürgerplattform Werknetz in Berlin-Karlshorst, mit Unterstützung des Deutschen Caritas Verbandes Aufbau neuer Plattformen in Hamburg-Mitte und im Stuttgarter Raum.

Kontakt und Infos:

Prof. Dr. Leo J. Penta

Deutsches Institut für Community Organizing (DICO)

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

info@dico-berlin.org

www.organizing-berlin.de

Gemeinsinn-Werkstatt - Beteiligung übers Reden hinaus

Als „Werkstatt auf Zeit“ bietet das Projektverfahren **Gemeinsinn-Werkstatt** gut strukturierte Rahmenbedingungen für Großgruppenprozesse. Brennende gesellschaftliche Anliegen können so effektiv, gemeinsam und praktisch umgesetzt werden. Verschiedene Akteure (Personen und Institutionen) werden schrittweise beteiligt und koordiniert. Selbstorganisierte Aktionen führen am Ende des Projektzeitraums zu einer reichen Ernte. Es wird dokumentiert, reflektiert und gefeiert. Mit Hilfe eines Baukastensystems und methodischer Begleitung entsteht ein maßgeschneidertes Projektdesign. Eine Kombination innovativer Beratungs-, Projekt- und Großgruppenverfahren fördert freiwilliges Engagement und nachhaltige Ergebnisse.

Der Ansatz Gemeinsinn-Werkstatt entstand inmitten eines Forschungs- und Entwicklungsprojekts der Bertelsmann-Stiftung mit der Universität München. Die Arbeit wird durch den gemeinnützigen Netzwerk Ge-

meinsinn e.V. unterstützt, der 2003 von Methodenexperten und Institutionen gegründet wurde und getragen wird. Seine Aufgabe besteht in der Verbreitung und Weiterentwicklung von Methoden und Verfahren, die Beteiligung, Vernetzung und Gemeinsinn fördern.

Wolfgang Fänderl ist seit 2000 am Centrum für angewandte Politikforschung (Institut der Ludwig-Maximilian-Universität München) tätig; seit 2005 arbeitet er hauptberuflich als Vernetzungsberater, Begleiter und Forscher im Bildungs-, Moderations- und Beratungsbereich; er ist u.a. Herausgeber des Handbuchs „Beteiligung übers Reden hinaus - Gemeinsinn-Werkstatt: Materialien zur Entwicklung von Netzwerken“, Bertelsmann-Stiftung, 2005.

Kontakt und Infos: Wolfgang Fänderl

faenderl@vernetzungsberatung.com

www.cap-akademie.de

www.netzwerk-gemeinsinn.net

Praktisches Management von Freiwilligen

Ein **Engagement von Freiwilligen** läuft häufig im Rahmen von zeitlich befristeten Projekten ab. Diese Projekte haben meist ein mehr oder weniger klar definiertes Projektziel. Um diese Projekte erfolgreich zum Ziel zu führen und Freiwillige darin sinnvoll und motivierend einzusetzen, sind Methoden aus dem Projektmanagement und dem Freiwilligenmanagement sehr hilfreich.

Die Methoden des Projektmanagements unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den bekannten Techniken, wie sie z. B. für Projekte mit Hauptamtlichen oder Festangestellten verwendet werden. Die Methoden helfen bei der Organisation, Strukturierung, Planung und Zielverfolgung eines Projektes.

Die Qualität eines Projektes wird aber nicht nur durch dessen Methoden und Werkzeuge bestimmt, sondern auch von der Art und Weise, wie das Projekt und das Team der Freiwilligen geleitet wird. Hier sind Führungsqualitäten gefragt,

die sich an die jeweilige Situation und den jeweiligen Menschen anpassen. Projekte gelingen also am besten, wenn darin Hirn, Herz und Hand gut zusammenspielen und nach Bedarf eingesetzt werden.

Oliver Reifenhäuser ist selbstständiger Organisationsberater und Trainer bei framework Organisationsberatung + Training GbR; interner Berater im Bereich zentrales Qualitätsmanagement und Revision; freiberuflicher Trainer für systematische Produktentwicklung und Kreativitätstechniken; Experte für Projekt- und Qualitätsmanagement im Ausbildungsteam „Freiwilligen-Management“ der Akademie für Ehrenamtlichkeit (fjs e. V.).

Kontakt und Infos:

Oliver Reifenhäuser

or@framework-beratung.de

framework Organisationsberatung + Training GbR

www.framework-beratung.de

Eigenmittel-Erwirtschaftung - Strategien nachhaltiger Finanzierung

Der Begriff der Eigenmittel-Erwirtschaftung beschreibt den Betrieb gewerblicher Aktivitäten als unabhängiges Finanzierungsstandbein gemeinnütziger Träger.

Die SOCIUS Organisationsberatung hat 2003/04 eine Studie zu Modellen der Eigenmittel-Erwirtschaftung durchgeführt, deren Ergebnisse in einem Leitfaden mit Fallbeispielen dargelegt sind („Eigenmittel Erwirtschaften - eine Navigationshilfe für gemeinnützige Träger“, Andreas Knoth, Berlin: Verlag Stiftung Mitarbeit, 2004).

SOCIUS bietet zu diesem Thema neben Beratungen auch Workshops an, in denen Grundlagen der Eigenmittel-Erwirtschaftung vorgestellt und einzelne Schritte wie Ressourcen- und Marktanalyse, juristische Konstruktion sowie Businessplanung in praktischer Fallarbeit vertieft werden.

Andreas Knoth ist Trainer und Berater im Team der SOCIUS Organisationsberatung gGmbH mit den Schwerpunkten Organisationsentwicklung, Projektmanagement und Finanzierungsstrategien, Projektmanager und Fundraiser in Organisationen und Stiftungen in Deutschland, den USA und Südost-Europa.

Er ist Autor des Buches „Eigenmittel erwirtschaften - Eine Navigationshilfe für gemeinnützige Träger“; Forschungs- und Beratungsschwerpunkt im Bereich Eigenfinanzierung.

Kontakt und Infos:

Andreas Knoth

knoth@socius.de

SOCIUS Organisationsberatung gGmbH

www.socius.de

Organisations- und Projektentwicklung

Die rasante Entwicklung, Vielfalt und Komplexität der unterschiedlichsten Problemfelder und Handlungsbedarfe des sozialen Marktes verlangen geeignete und flexibel reagierende Strukturen der im Gemeinwesen agierenden Organisationen. Ob kleine ehrenamtliche Initiative oder großer Wohlfahrtsverband - alle nutzen eine ihrem Aufgabenbereich angemessene Organisationsform.

Über Organisationsformen und entwickelte Aufbau- und Ablaufstrukturen, Human Ressourcenmanagement, Teamfindung und Personalentwicklung sowie Projektmanagement und Kundenorientierung können sich Organisationen optimal entwickeln.

portablo Projektmanagement GmbH berät, begleitet und bildet frei-gemeinnützig orientierte Organisationen und Projekte, Kommunen und öf-

fentliche Träger sowie private Initiativen und privatwirtschaftlich tätige Unternehmen.

Die Agentur begleitet sie bei der Handhabung von anspruchsvollen Projekten in ihrer Entwicklung, Steuerung und Verwaltung und deren Anforderungen an Akquise, Leitung und Orientierung.

Uwe Bobsin ist Geschäftsführer der portablo GmbH - Projektmanagement für Bildung, Kultur und Soziales mit den Schwerpunkten Organisations- und Projektentwicklung und Organisationsberatung.

Kontakt und Infos:

Uwe Bobsin

portablo GmbH - Projektmanagement für Bildung, Kultur und Soziales

port@portablo.de

www.portablo.de

Vernetzungsmodell in der Jugend- und Gemeinwesenarbeit

Der Verein Jugendhaus Alte Molkerei e. V. arbeitet seit 1999 nach dem Konzept des sogenannten Vernetzungsmodells, das die einzelnen Bereiche der Jugendhilfe als Gesamtheit betrachtet und die Auflösung der starren Finanzierungs- und Organisationsformen sowohl seitens der öffentlichen als auch der freien Träger der Jugendhilfe zur Voraussetzung hatte.

Grundanliegen des Vernetzungsmodells ist nicht in erster Linie Kosten zu sparen, sondern langfristig den Arbeitsschwerpunkt der Jugendhilfe von den Hilfen zur Erziehung auf niedrigschwellige Hilfen sowie präventive Angebote bedarfsgerecht zu verlagern, zu stabilisieren und zu qualifizieren.

Über das Grundkonzept der Strukturveränderung in der Jugend- und Gemeinwesenarbeit im Land-

kreis Nordvorpommern (Land Mecklenburg-Vorpommern) und erzielte Arbeitsergebnisse können Sie sich informieren bei:

Juliane Hecht-Pautzke ist stellvertretende Geschäftsführerin des Jugendhaus Alte Molkerei e.V. und Fachbereichsleiterin Ambulante Hilfen zur Erziehung, Mitinitiatorin verschiedener modellhafter Entwicklungen im Bereich der Jugendhilfe und Gemeinwesenarbeit im Landkreis Nordvorpommern.

Kontakt und Infos:

Juliane Hecht-Pautzke

Juliane.Hecht-Pautzke@JAMweb.de

Jugendhaus Alte Molkerei e. V.

www.jamweb.de

Autor/-innenverzeichnis

Dallmann, Florian

(Jg. 1970), Dipl.-Sozialarbeiter und Dipl.-Pädagoge, Referent für Kinder- und Jugendpolitik bei der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (aej), stellvertretender Vorsitzender Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Ebert, Olaf

(Jg. 1973), Dipl.-Erziehungswissenschaftler, Schwerpunkt Sozialpädagogik, seit 1999 Geschäftsführer der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., 2001 - 2005 Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen/BAGFA, 2001 - 2003 Leiter von Forschungsprojekten u.a. zum Engagement im Kulturbereich und in der Evangelischen Kirche, 2004 - 2005 Mitglied im Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, seit 2003 Mitglied im Fachausschuss der Stiftung Demokratische Jugend, Arbeitsschwerpunkte: Engagementförderung, bürgerschaftliches Engagement im Jugend-, Kultur-, Kirchen- und Sozialbereich, empirische Sozialforschung zu aktuellen engagementpolitischen Themen

Fehren, Oliver

Dipl.-Pädagoge, Studium in Münster und Bielefeld, 1999 - 2001 Gemeinwesenarbeiter innerhalb eines Jugendhilfe-Stadtteil-Teams beim Jugendamt der Stadt Viersen, 2001 - 2004 Mitarbeiter im Büro für Gemeinwesenarbeit bei der Evangelischen Kirche in Düren, Schwerpunkt Tätigkeit: Unterstützung beim Aufbau eigenständiger Interessenvertretungen der Bewohner/-innen benachteiligter Stadtteile durch Aktivierung und Organisationsberatung, seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim ISSAB (Institut für stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung) der Universität Duisburg-Essen, als forschender Praktiker begleitet Oliver Fehren als Stadtteilmoderator in intermediärer Funktion Stadtteilentwicklungsprozesse in Essen-Katernberg, Promotion zum Thema „Zivilgesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement: Alleiniger Spielplatz der Mittelschichten?“, aktives Mitglied im „Forum Community Organizing foco e.V.“

Hülsemann, Wolfram

(Jg. 1943), Leiter von *demos* - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, Theologe, Supervisor, Coach, Organisationsberater, 1970 - 1984 evangelischer Gemeinde- und Jugendpfarrer in Thüringen, 1984 - 1992 Leiter der evangelischen Jugendarbeit Berlin (Ost), Stadtjugendpfarramt, 1992 - 1995 Mitarbeiter der evangelischen Berufsschularbeit; politische Bildung (Haus Kreisau, Berlin), 1995 - 1998 Superintendent (Leiter) des Kirchenkreises Königs Wusterhausen, seit Herbst 1998 Aufbau und Leitung des Mobilen Beratungsteams Tolerantes Brandenburg

Jancke, Gunther

(Jg. 1971), Studium Soziale Arbeit an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, 2002 Abschluss als Dipl.-Sozialpädagoge, seit 2002 freiberufliche Tätigkeit als Community Organizer in Berlin, Treptow-Köpenick, für die unabhängige Bürgerplattform Organizing Schöneeweide, halbjähriges Praktikum bei London Citizens 2001 - 2002, Teilnehmer am IAF-Organizing Training in Houston Texas 2004, 2006 erstes eigenes Organizing Training (Co-Trainer), mehrjährige Erfahrung in der Arbeit mit organisierten Bürgerinnen und Bürgern, Aktionskampagnen zur Stabilisierung eines Berliner Stadtteils

Dr. Klein, Ansgar

(Jg. 1959), Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, Sozialwissenschaftler (Dr. phil. als Politikwissenschaftler an der FU Berlin und Dipl.-Soziologe an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt) und Publizist, 1988 Mitbegründer und seitdem Mitherausgeber des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen, Sprecher des Arbeitskreises „Soziale Bewegungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), Mitbegründer und Mitglied der Steuerungsgruppe des Gesprächskreises „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mitbegründer und Mitherausgeber der Buchreihe „Bürgergesell-

schaft und Demokratie“ im VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Vorherige berufliche Tätigkeiten: langjähriger freier Lektor, Publizist und Dozent in der politischen Bildung, 1999-2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Darmstadt am Lehrstuhl „Politische Theorie“, 2000-2002 wissenschaftlicher Referent in der SPD-Bundestagsfraktion für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (14. Legislaturperiode), seit 2002 Geschäftsführer des BBE

Koch, Daniela

(Jg. 1974), Studium Erziehungswissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Erfurt und an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, seit 2003 Dipl.-Pädagogin, inhaltliche Schwerpunkte: Debatte um Bürgerschaftliches Engagement, z. B. von Unternehmen (Diplomarbeit), Arbeitsschwerpunkte: Mitarbeit in der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. im Beratungsteam (Vermittlung von Bürger/-innen in ehrenamtliche Tätigkeiten), im Projekt EmS (Engagement macht Schule) und aktuell als Koordinatorin des Freiwilligen Sozialen Jahres in der Kultur für das Land Sachsen-Anhalt

Mones, Bernd

(Jg. 1961), Dipl.-Sozialpädagoge, seit 1996 Geschäftsführer Landesjugendring Brandenburg e. V., 1997 - 2006 Mitglied im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, 1997 - 2003 Mitglied im Stiftungsrat der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, seit 2005 Vorstandsmitglied der Stiftung für die IJBS Auschwitz, seit 1997 Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss Brandenburg, seit 2005 Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses Brandenburg, Vorsitzender des Bildungsverbundes für die Internationale Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen

Prof. Dr. Olk, Thomas

Professor für Sozialpädagogik und Sozialpolitik in der Philosophischen Fakultät III der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagement“ des Deutschen Bundestages

Pautzke, Andreas

(Jg. 1961), Kaufmann, Stiftungsmanager ebs (european business school), seit 1990 Geschäftsführer der Stiftung Demokratische Jugend, Kuratoriumsmitglied der Stiftung Bürger für Bürger, Beiratsmitglied der Sächsischen Jugendstiftung.

Die Stiftung Demokratische Jugend ist eine selbstständige Stiftung des Öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin. Mitglied im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement B-B-E, im Bundesverband Deutscher Stiftungen, in der Gesellschaft für Evaluation DeGeVal e.V. und der Initiative Kinder- und Jugendfonds Sachsen-Anhalt. Stiftungsaufgabe ist die Förderung der Jugendarbeit in den Neuen Bundesländern. Die Stiftung arbeitet eng mit dem Bundesjugendministerium und den ostdeutschen Jugendministerien zusammen. Aktuelle Schwerpunkte und Programme: Bundesprogramm CIVITAS, Koordinierungsstelle Perspektiven für junge Menschen, Jugendprogramme Zeiteinsparungen und Jugend aktiv!, Landesprogramme Jugendnetz-Berlin.de und respectABel Aktion Berlin, Jugendmagazin schekker.de.

(Weitere Informationen unter www.jugendstiftung.org)

Dr. phil. Scurrall, Babette

(Jg. 1959), Soziologin, 1990 - 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Geschäftsbereich Arbeit und Soziales der Filmfabrik Wolfen / Sachsen-Anhalt (Analysen und Vorschläge zur Qualifizierung des Personalmanagements, Vorbereitung und Durchführung der Gespräche zu Beginn der Massenentlassungen), 1992 - 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bauhaus Dessau, primäres Arbeitsgebiet: sozialökonomische Fragen nachhaltiger Regionalentwicklung, 1998 - 2001 Koordinatorin des BMBF-geförderten Forschungsprojektes „Zukunft der Arbeit und nachhaltiges regionales Wirtschaften“, 2001 - 2003 Mitarbeit bei der Etablierung der IBA Stadtumbau 2010 Sachsen-Anhalt in der Stiftung Bauhaus Dessau, 2003 - 2006 Koordination des Forschungsprojektes „Blockierter Wandel? - Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Raumentwicklung“ in Trägerschaft des BUND Sachsen-Anhalt (BMBF Förderprogramm Sozial-ökologische Forschung), seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungs- und Koordinationsstelle des Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung am Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin

Dr. Speck, Karsten

(Jg. 1973), Dipl.-Pädagoge, 1998 - 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Potsdam im Arbeitsbereich „Erziehungs- und Sozialisationstheorie“, Promotion 2005 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zum Thema „Qualitätsstandards, Qualitätsentwicklung und Selbstevaluation in der Schulsozialarbeit“, Arbeitsschwerpunkte: Kooperation von Jugendhilfe und Schule, Bürgerschaftliches Engagement, Qualitätsentwicklung und Selbstevaluation, Jugendforschung

Thies, Susanne

Dipl.-Heilpädagogin, Studium der Heilpädagogik & Rehabilitation an der Hochschule Magdeburg-Stendal, berufsbegleitender Studiengang „European perspectives on social inclusion“ zum „European Master of development studies in social and educational sciences“, Dozentin an der Fachschule für Sozialwesen in Leipzig, seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal und im Projekt „Rückkehrförderung auf kommunaler Ebene“, derzeit u. a. zuständig für das Kontaktbüro für Ab- und Rückwanderer

PD Dr. Thumfart, Alexander

Hochschuldozent für Politische Theorie an der Universität Erfurt, seit 2006 fellow am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt, seit 2004 Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt

Ulbig, Markus

(Jg. 1964), seit 2001 Oberbürgermeister der großen Kreisstadt Pirna und Schirmherr der Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage, Ausbildung zum Funkmechaniker/Elektroniker, 1990 Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Dresden mit dem Abschluss als Diplom-Verwaltungs- und

Betriebswirt (VWA), 1990 - 1992 Büroleiter des Bürgermeisters von Pirna, 1992 - 1999 Leiter des Bauordnungs- und Bauverwaltungsamtes in Pirna, 1998 Ernennung zum Verwaltungsrat, seit 1999 Referent im Sächsischen Staatsministerium des Innern

Dr. phil. Vortkamp, Wolfgang

(Jg. 1954), Kameramann und Sozialwissenschaftler, 2000 - 2004 Mitarbeiter im SFB 485 der DFG: „Norm und Symbol“ an der Universität Konstanz, Lehrstuhl Politik- und Verwaltungswissenschaften, Forschungsschwerpunkte: Integration, Partizipation, Zivilgesellschaft, Bürgerengagement, Promotion: 2000 FU Berlin, FB Politik und Sozialwissenschaften zum Thema „Partizipation und soziale Integration in heterogenen Gesellschaften. Louis Wirths Konzeption sozialer Organisation in der Tradition der Chicagoer Schule“

Weis, Christian

(Jg. 1970), seit 2001 Grundlagenreferent des Deutschen Bundesjugendring (www.dbjr.de). Schwerpunktthemen: Auswirkungen der Föderalismusreform und der Änderung des KJHG (durch das KICK) auf die Jugend(verbands)arbeit, Partizipation von jungen Menschen (im Moment vor allem Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund) und Bildung, speziell die Zusammenarbeit von Jugendverbänden und Schule

Ziegenhagen, Martin

(Jg. 1964), Dipl.-Pädagoge, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.“, Leiter des Projekts „Forum Demokratie und Zivilgesellschaft“, Aufgabenschwerpunkt: Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen sowie von Fachgesprächen und Konferenzen mit dem Ziel der Förderung von demokratischer Kultur und zivilgesellschaftlichem Engagement gegen demokratiefeindliche Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus



Das vorliegende Fach- und Praxisbuch gibt einen umfassenden theoretischen und praktischen Einblick in die aktuellen Diskussionen über unterschiedliche Ansätze der Engagementförderung und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen.

Die in diesem Buch veröffentlichten Beiträge spiegeln die auf der bundesweiten Fachtagung und Fortbildung „Demokratiepotenziale im Gemeinwesen“ diskutierten Themen wider, die im Rahmen des Bundesaktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ vom 9. bis 12. Mai 2006 in Berlin stattfand. Ziel der Tagung war, die bisher zu stark separierten Fachdiskussionen um Engagementförderung und Demokratieentwicklungen enger zusammen zu führen, um die Frage zu diskutieren: „Wie kann eine Arbeit für Beteiligung, für Gestaltung und für Stärkung des Engagements im Gemeinwesen mit einer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt verknüpft werden?“ In Fach- und Praxisforen sowie in unterschiedlichen Fortbildungen diskutierten Wissenschaftler/-innen, Praktiker/-innen, Interessierte und Engagierte aus Initiativen und Verbänden, Jugendarbeit, Kommunalpolitik oder Kirche über Potenziale, Rahmenbedingungen und Grenzen Bürgerschaftlichen Engagements.



Gemeinwesen
Austausch
Arbeit
Modernisierung
Partnerschaft
Chancen
Wandel
Kultur
Bürger
Gesellschaft
Ideen
Engagement
Anerkennung
Entscheidung
Bildung
Würde
Verantwortung
Gemeinn
Diskussion
Ausgleichssetzung
Lernen
Handeln